



Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien

**Nr. 32/33
November/Dezember 2004**

herausgegeben
vom

Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.

Am Neuen Markt 1
(Eingang Schwertfegerstr. 8)
D-14467 Potsdam

Telefon: (0331) 28991-0
Telefax: (0331) 28991-60
www.zzf-pdm.de

Direktion:
Konrad H. Jarausch (Direktor)
Martin Sabrow (kom. stv. Direktor)

Redaktion:
Hans-Hermann Hertle, Jennifer Schevarido

© Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.
2004

ISSN 1432-4881

Das Bulletin für Zeithistorische Studien erscheint nach Bedarf. Wir erheben eine Schutzgebühr von **2,24 Euro** pro Heft, die Sie **in Form von Briefmarken** an uns senden können. Pro Jahr erscheinen durchschnittlich drei Hefte.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien

Nr. 32/33

November/Dezember 2004

INHALT

Konrad H. Jarausch EDITORIAL.....	5
Bernd Stöver „DEM ZZF EIN UNVERWECHSELBARES GESICHT GEGEBEN“ Zur Emeritierung von Prof. Dr. Christoph Kleßmann.....	7
Jan-Holger Kirsch DATENMÜLL UND INFOSMOG. Über einige Hindernisse (kultur)wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns heute....	9
Lars Karl VOM KRIEG DES WEINBAUERN: DER „TAUWETTER“-SPIELFILM IN GEORGIEN...	19
Jürgen John HERRSCHAFTSDISKURS- UND LEITTEXTFORSCHUNG AM ODER OHNE ENDE? Kommentar zu Siegfried Lokatis: „Der rote Faden“.....	28
Renate Hürtgen DIE RECHTE HAND DES MFS IM BETRIEB – DER SICHERHEITSBEAUFTRAGTE	38
Hans-Hermann Hertle/Lars-Broder Keil „ICH WAR MIR DER VERANTWORTUNG UND DER GEFAHR BEWUßT“ Interview mit Miklós Németh, ungarischer Ministerpräsident a.D.	45
 NEUE FORSCHUNGSPROJEKTE	
Christian Domnitz/José M. Faraldo/Paulina Gulińska „EUROPA IM OSTBLOCK“.....	48

TAGUNGSBERICHTE

Heiner Stahl

„ANKUNFT - ALLTAG – AUSREISE“

Migration und Interkulturalität in der DDR-Gesellschaft

ZZF-Workshop, Potsdam, 15. Januar 2004.....53

Detlef Kannapin/Sebastian Seibert

„ZWISCHEN POP UND PROPAGANDA. RADIO IN DER DDR“

Konferenz der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und des ZZF,

Berlin, 26./27. März 2004.....56

Jennifer Schevardo/Irmgard Zündorf

„BEITRÄGE ZUR ERFORSCHUNG DES LEBENSSTANDARDS IN DEUTSCHLAND

UNTER DEN BEDINGUNGEN VON DIKTATUR UND DEMOKRATIE“

ZZF-Workshop, Potsdam, 1./2. April 2004.....61

Annelie Ramsbrock

„THINKING EUROPE“

Internationale Konferenz des ZZF in Zusammenarbeit mit EURHISTXX,

Berlin/Potsdam, 6. – 8. Mai 2004.....65

Melanie Arndt/Christopher Görlich

„GESCHICHTSBILDER UND ERINNERUNGSGENERATIONEN“

2. Doktorandenforum des ZZF, Potsdam, 14./15. Oktober 2004.....72

Christian Domnitz/Christoph Classen

„KOMMUNIKATION UND RAUM“

Zum 45. Deutschen Historikertag in Kiel, 14.-17. September 2004.....76

Christoph Kleßmann

„GESCHICHTE DER TEILUNG.

NORDKOREA- UND DDR-FORSCHUNG IM VERGLEICH“

Konferenz an der Korean University, Seoul, 4. – 6. November 2004.....82

Jochen Laufer

ERGEBNISSE UND PERSPEKTIVEN DER QUELLENSCHLIEßUNG IM ARCHIV

FÜR AUßENPOLITIK DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Zur Buchpräsentation „Die UdSSR und die deutsche Frage“, 15.11.2004.....86

ZZF-PUBLIKATIONEN 2003 - 2004.....90

AUTORENVERZEICHNIS.....95

EDITORIAL

Konrad H. Jarausch

Das Jahr 2004 stand im Zeichen eines personellen wie wissenschaftlichen Umbruchs, der ein eigenartiges Zwischenstadium zwischen Vergangenenem und Zukünftigem markierte. Gleichzeitig wurden die Forschungsarbeiten sowie die öffentlichen Veranstaltungen des Zentrums ohne Unterbrechung fortgesetzt und Grundlagen für die weitere Festigung der Institutionalisierung gelegt.

Ende Januar konnten die Instituts-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihrem ersten Direktor Christoph Kleßmann bei seiner Verabschiedung in den Ruhestand mit einer Festveranstaltung im Kutschstall vor großem Publikum kollektiv Dank erweisen. Mit seiner Emeritierung verlor das ZZF einen führenden Zeithistoriker, der sich weit über Deutschland hinaus mit seinen vergleichenden Bänden zur Nachkriegsgeschichte, – einem Standardwerk, das noch lange zitiert werden wird –, einen Namen gemacht hat. Er war einer der ersten, die sich ernsthaft mit der Zweistaatlichkeit beschäftigt und versucht haben, für die Zeit der Teilung eine übergreifende Fragestellung zu entwickeln. Als akademischer Lehrer und als Institutsdirektor war er vor allem durch seine ausgewogenen wissenschaftlichen Urteile sowie seine Liberalität und Integrität nach innen wie nach außen erfolgreich. Unter seiner Ägide konnte sich das Institut trotz anfänglicher publizistischer Querelen konsolidieren, vermochte es Mitarbeiter mit den unterschiedlichsten Biographien aus Ost- und Westdeutschland konstruktiv zu integrieren und gelang es ihm, ein klares wissenschaftliches Profil durch die Verbindung von Herrschafts- und Erfahrungsgeschichte zu bilden. Alle, die seine starke und zugleich tolerante Persönlichkeit schätzen, werden Christoph Kleßmann in der aktiven Institutsarbeit vermissen, ihm aber schöpferische Muße ohne Pflichten in Lehre und Verwaltung wünschen. Sein Verständnis der „Zeitgeschichte als Aufklärung“ wird auch weiterhin für die wissenschaftlichen Bemühungen des ZZF verpflichtend sein.

Ebenfalls im Januar konnte das ZZF dank der intensiven Vorarbeiten von Jan-Holger Kirsch, Jürgen Danyel und Maren Brodersen eine neue Zeitschrift, ein Web-Portal und ein zeitgeschichtliches Forum bei H-Soz-u-Kult der Öffentlichkeit vorstellen. Das Publikumsinteresse an der Präsentation von „Zeithistorische Forschungen“ sowie „Zeitgeschichte-online“ im repräsentativen Leibniz-Saal der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften am Gendarmenmarkt war groß; die Medienresonanz auf die gleichzeitig elektronische wie gedruckt publizierte Zeitschrift und das Web-Portal war durchweg positiv. Durch ihre stärkere visuelle Ausstattung der Aufsätze, die Fokussierung auf Debatten, die Erschließung von Bildquellen und die Rezension von Filmen, Ausstellungen und Klassikern bieten Zeitschrift und Portal eine moderne Form wissenschaftlicher Präsentation und sind zugleich ein schnelles und offenes Kommunikationsmedium für die Zeitgeschichte. Man wird schon jetzt sagen dürfen, daß diese

doppelte Initiative eine wesentliche Bereicherung der zeitgeschichtlichen Landschaft darstellt.

Dies trifft auch auf den Relaunch der multimedialen Website „www.chroniker-mauer.de“ im November zu, die das ZZF zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung und DeutschlandRadio betreibt. Durch Kooperationen mit „Tagesschau-online“, der Deutschen Welle und der CineImpuls Film- und Video-KG konnte erstmals neben schriftlichen Dokumenten, Foto- und Original-Ton-Material in größerem Umfang auch dokumentarisches Filmmaterial und zum Teil ungesendetes Kamera-Interviewmaterial mit Zeitzeugen (aus der preisgekrönten ARD-Dokumentation „Als die Mauer fiel“) eingesetzt werden.

Ein weiterer Höhepunkt unserer Institutsarbeit war die internationale Tagung über das Thema „Europeanizing Contemporary Histories“ Anfang Mai, die einen Impuls zur Europäisierung der zeitgeschichtlichen Perspektiven geben sollte. Diese Konferenz ging aus der Bildung eines Netzwerks zur europäischen Zeitgeschichte hervor, welches mehr als zwei Dutzend Wissenschaftler aus Westeuropa und Osteuropa zusammengeführt hat, die versuchen wollten, die Mauern der im 20. Jahrhundert besonders starken Nationalgeschichten zu durchbrechen. Im Gegensatz zu anderen, manchmal vorschnellen Harmonisierungsversuchen ging der dabei gewählte Ansatz explizit von der Konstatierung oft feindlicher Erinnerungen aus, die sich aus den zahlreichen Konflikten und Verbrechen des Jahrhunderts ergeben haben. Erst wenn die gegenseitigen Verletzungen anerkannt und analysiert statt einfach übergangen werden, kann sich aus dem gemeinsamen Bemühen um Aufarbeitung auch eine Anerkennung transnationaler Tendenzen ergeben, welche den politischen Integrationsprozess historisch untermauert. Dieser kritische Ansatz hat sich als außerordentlich fruchtbar erwiesen und wird auch in organisatorischer Hinsicht die weiteren Initiativen von EURHISTXX bestimmen.

Das institutionelle Interesse war während des Jahres hauptsächlich auf die Besetzung der zweiten Direktoren-Stelle und die langfristige Zukunft des Instituts über das Ende der besonderen GWZ-Förderung im Jahre 2007 hinaus gerichtet. Da die Verhandlungen über die Berufung eines neuen Direktors noch nicht abgeschlossen sind, wäre ein Bericht über ihren Verlauf verfrüht. Während des partiellen Interregnums hat Martin Sabrow dankenswerter Weise die Funktion eines stellvertretenden Direktors übernommen.

Gleichzeitig war die Energie des ZZF auf die Vorbereitung der Evaluierung des Wissenschaftsrats gerichtet, die Ende November stattgefunden hat. Diese durch eine Subkommission der Arbeitsgruppe für Geisteswissenschaften vorgenommene Überprüfung der wissenschaftlichen Arbeit hat glücklicherweise zu einem durchaus positiven Resultat geführt. Wir hoffen deswegen, daß sich trotz der überall angespannten Haushaltslage ein neues Instrument finden wird, das nach Auslaufen der besonderen DFG-Förderung die Weiterführung der wissenschaftlichen Forschungen des Instituts erlaubt.

Potsdam, im Dezember 2004

Konrad H. Jarausch

**„DEM ZZF EIN UNVERWECHSELBARES GESICHT GEGEBEN“
Festakt und Kolloquium aus Anlaß der Emeritierung von
Prof. Dr. Christoph Kleßmann**

Bernd Stöver

Am 30. Januar 2004 wurde Prof. Dr. Christoph Kleßmann, Inhaber der Professur für Zeitgeschichte mit dem Schwerpunkt „Geschichte der DDR“ der Universität Potsdam und Direktor des Zentrums Zeithistorische Forschung (ZZF), mit einem wissenschaftlichen Kolloquium zur Bedeutung der Musik in der Zeitgeschichte und einem anschließenden Festakt in den Ruhestand verabschiedet. Die Festredner, Staatssekretär Dr. Christoph Helm (MWFK des Landes Brandenburg), Prof. Dr. Wolfgang Loschelder (Rektor der Universität Potsdam), Prof. Dr. Peter Steinbach (Universität Karlsruhe) und Prof. Konrad Jarausch (ZZF), würdigten seine großen Verdienste in Forschung und Lehre. Den Festvortrag hielt Prof. Dr. Hannes Siegrist (Universität Leipzig) zum Thema „Musiker zwischen Markt und Macht“. Ministerpräsident Matthias Platzeck hob in einer Grußadresse hervor, Christoph Kleßmann habe gemeinsam mit Ko-Direktor Konrad H. Jarausch dem ZZF „ein unverwechselbares Profil gegeben und das Zentrum zu einer anerkannten wissenschaftlichen Einrichtung“ gemacht.

Christoph Kleßmann wurde 1938 in Jöllenbeck bei Bielefeld geboren. Nach dem Studium der Geschichte, Politik und klassischen Philologie an den Universitäten





Göttingen, Tübingen und München promovierte er 1969 in Bochum mit dem Thema: „NS-Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement“. 1976 folgte seine Habilitationsschrift, die sich mit den polnischen Bergarbeitern im Ruhrgebiet zwischen 1870 und 1945 beschäftigte. Bereits im selben Jahr wurde er auf den Lehrstuhl Zeitgeschichte der Universität Bielefeld berufen. 1993 folgte der Ruf an die neugegründete Universität Potsdam. Ein Jahr später übernahm Christoph Kleßmann gemeinsam mit Prof. Dr. Jürgen Kocka die kommissarische, 1996 zusammen mit Prof. Dr. Konrad H. Jarausch die geschäftsführende Leitung des neugegründeten und wissenschaftlich höchst erfolgreichen Zentrums für Zeithistorische Forschung, das eng mit dem Historischen Institut der Universität zusammenarbeitet. Zahlreiche Forschungsaufenthalte und Gastprofessuren, unter anderem in Frankreich, England und den USA, belegen seine hohe internationale wissenschaftlichen Reputation.

Wahrscheinlich am bekanntesten sind zwei seiner Bücher zur deutschen Geschichte nach 1945 mit den prägnanten Titeln „Die doppelte Staatsgründung“ und „Zwei Staaten, eine Nation“. Zur Zeit arbeitet er an zwei neuen Bänden: einer Geschichte der Sozialpolitik der DDR und einer Geschichte der Arbeiter in der DDR.

DATENMÜLL UND INFOSMOG
Über einige Hindernisse (kultur)wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns
heute

Jan-Holger Kirsch

In diesem Beitrag geht es nicht um (zeit)historiographische Inhalte oder Methodenprobleme im engeren Sinne.¹ Das Augenmerk soll vielmehr bestimmten Bedingungen gelten, die das Umfeld der Forschung ausmachen. Das abgebildete Trüffelschwein und wir Wissenschaftler haben zumindest eines gemeinsam – die Fülle potentiell relevanter Informationen für unser jeweiliges Fachgebiet übersteigt die Aufnahmefähigkeit bei weitem. Der Literaturwissenschaftler Harald



© Greser & Lenz

¹ Leicht überarbeitete Fassung eines Vortrags beim „Akademietag“ der Universität Witten/Herdecke am 25. Januar 2002. Für viele hilfreiche Anregungen danke ich Joachim Landkammer (jetzt Zeppelin University Friedrichshafen). Der Titel stammt von David Shenk, *Datenmüll und Infosmog. Wege aus der Informationsflut*, München 1998. Das Interesse am vorliegenden Thema ergab sich zunächst aus Erfahrungen während der Arbeit an meinem Disserationsprojekt zum „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“; durch meine gegenwärtige Tätigkeit im Rahmen des Projekts „Zeitgeschichte-online“ (<http://www.zeitgeschichte-online.de>) hat sich dieses Interesse noch einmal vertieft.

Weinrich hat das Problem folgendermaßen skizziert: „Wer heute, etwa als junger Wissenschaftler, in das Unternehmen Forschung eintritt und dabei auch das Handwerk der Informationsbeschaffung gelernt hat, sieht sich alsbald, und zwar in ausnahmslos jedem Fach und bei fast jedem Thema, einem so überwältigenden Informationsangebot gegenüber, daß er Jahre braucht, um diesen Informationsberg zu erklimmen. Oben angekommen, wo sein eigenes Suchen und Forschen beginnen könnte, muß er feststellen, daß inzwischen, während er den ‘Stand der Forschung’ erarbeitet hat, längst wieder andere Berge von Materialien, die zur Kenntnis genommen werden wollen, nachgeschoben worden sind. Denn Hunderttausende von Wissenschaftlern produzieren eben Millionen von Büchern, Zeitschriftenaufsätzen und anderen Datenangeboten, die unabsehbar weit über die Kapazität eines einzelnen Menschen hinausreichen.“²

In einem ersten Schritt werde ich dieses Phänomen näher charakterisieren. Dabei ist allerdings einem verbreiteten Eindruck entgegenzutreten: Die Informationsflut ist nicht erst mit digitalen Speichermedien wie dem Internet aufgekommen, sondern resultierte – auf niedrigerem Niveau – bereits aus der Erfindung des Buchdrucks. „Wissenschaftler haben sich schon immer in einer Welle der Literatur ertrinken sehen“, schreibt der Soziologe Peter Weingart mit Recht.³ Als zweiter Schritt ist deshalb ein kleiner geschichtlicher Exkurs sinnvoll. Im dritten Schritt wende ich mich wieder der Gegenwart zu und frage, welche Bewältigungsstrategien für den Umgang mit großen Informationsmengen es heute geben könnte.

Die Argumentation konzentriert sich auf die Lage der Kulturwissenschaften, weil ich die Forschungspraxis der Naturwissenschaften nicht selbst beurteilen kann. Einige Nachfragen bei Naturwissenschaftlern haben ergeben, daß diese Disziplinen anscheinend über leistungsfähigere Wege der Fachinformation verfügen, d.h. über klarer geordnete Abstract-Datenbanken und andere Aufmerksamkeitsfilter. Hinzu kommen unterschiedliche „Publikationskulturen“: Die Veröffentlichung erfüllt in den Naturwissenschaften vornehmlich den Zweck, das zuvor Erforschte zu dokumentieren. Maßgeblich ist die Aufsatzform, wobei digitale Publikationen ebenso akzeptiert sind wie gedruckte. In den Kulturwissenschaften hingegen ist das Schreiben ein Hauptelement der Forschung selbst. Die höchste Anerkennung genießen Monographien in Buchform, gefolgt von Aufsätzen in Zeitschriften und Beiträgen in Sammelbänden. Das digitale Publizieren findet erst allmählich größere Beachtung; noch bildet es eher eine Ergänzung als eine Alternative zum gedruckten Schrifttum. Unter dem hier gewählten Gesichtspunkt der Informationsflut kann man dennoch eine Gemeinsamkeit der unterschiedlichen Wissenschaftszweige feststellen – viele Studenten und Doktoranden, aber auch fortgeschrittene Wissenschaftler fühlen sich permanent überfordert, klagen über Zeitmangel und Konzentrationsstörungen. Dies ist kein

2 Harald Weinrich, *Letha. Kunst und Kritik des Vergessens*, München 1997, S. 265.

3 Peter Weingart, *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Medien und Wirtschaft in der Wissensgesellschaft*, Weilerswist 2001, S. 91.

Zeichen individueller Schwäche; es ist in erster Linie systembedingt und sollte deshalb fachübergreifend diskutiert werden.

Beschreibung des Phänomens

Nach Berechnungen des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels wurden in der Bundesrepublik 2003 etwa 61.500 neue Buchtitel veröffentlicht (Erstauflagen). Für die wissenschaftliche Erkenntnissuche ist natürlich nur ein kleiner Teil davon relevant, doch müssen Zeitschriftenaufsätze und fremdsprachige Literatur ja noch hinzugerechnet werden. Einerseits ist der enorme Publikationsausstoß ein Zeichen kultureller Prosperität, andererseits ist er eine echte Belastung. Ein Beispiel aus dem Arbeitsfeld der Zeitgeschichte kann dies belegen: Die „Bibliographie zum Nationalsozialismus“, zuerst 1995 veröffentlicht, erschien im Jahr 2000 als erweiterte Neuauflage. Über 9.000 Titel zur Geschichte der NS-Zeit sind im Laufe von nur fünf Jahren hinzugekommen, darunter mehr als 4.000 Monographien; der Gesamtumfang beträgt nun rund 37.000 Titel.⁴ Ein solches Nachschlagewerk ist sehr verdienstvoll, führt dem Wissenschaftler aber vor allem die Begrenztheit seiner eigenen Kräfte vor Augen – die Schere zwischen dem Informationsangebot und der individuellen Informiertheit wird immer größer. Mehr noch: Der erkenntnisfördernde Informationsfluß kann in einen erkenntnisbehindernden Informationssmog umschlagen, also gleichsam seinen Aggregatzustand verändern und eine weitgehende Orientierungslosigkeit verursachen.

Psychologen und Psychiater sprechen vom „Information Input Overload“, wenn der Organismus durch Außenreize überfordert ist.⁵ Dies läßt sich auf die Situation von Wissenschaftlern übertragen, die den Impulsen großer Informationsmengen ausgesetzt sind. Das rasche Erfassen von Texten und anderen Materialien kann zwar trainiert werden, stößt letztlich aber an physiologische Grenzen – die „Geschwindigkeit des Verstehens“ ist kaum zu steigern.⁶ Auch bei Wissenschaftlern machen sich daher Schutzmechanismen bemerkbar: Informationen werden gänzlich übergangen, falsch übermittelt oder entdifferenziert. Dies ist erklärlich und in gewissem Maße sogar notwendig, kann allerdings die wissenschaftliche Rationalität gefährden, bei der es gerade auf sachliche Richtigkeit und argumentative Differenziertheit ankommt. Problematisch ist insbesondere der bei Überlastung auftretende „Standardfehler“, daß Informationen gemäß den eigenen Vorannahmen ausgewählt oder diesen Vorannahmen angepaßt werden.⁷

4 Michael Ruck, *Bibliographie zum Nationalsozialismus*, Köln 1995 bzw. Darmstadt 2000; siehe dazu Norbert Frei, „Fortschreitende Unübersichtlichkeit“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 9.3.2001, S. 13.

5 Vgl. James G. Miller, „Information Input Overload and Psychopathology“, in: *American Journal of Psychiatry* 116 (1959/60), S. 695–704.

6 Dieter E. Zimmer, *Die Bibliothek der Zukunft. Text und Schrift in den Zeiten des Internet*, Hamburg 2000, S. 36.

7 Helmut F. Spinner, *Die Wissensordnung. Ein Leitkonzept für die dritte Grundordnung des Informationszeitalters*, Opladen 1994 (Studien zur Wissensordnung Bd. 1), S. 180.

Wo liegen die Ursachen des „Infosmog“? Eine wesentliche Rolle spielt zunächst das Größenwachstum des wissenschaftlichen Betriebs: Die Publikationen haben sich schon deshalb so rasant vermehrt, weil die Zahl der Universitäten und der dort arbeitenden Wissenschaftler im Verlauf der letzten 200 Jahre nahezu exponentiell gewachsen ist. Eine eigene Disziplin, die sogenannte „Szientometrie“, versucht diese Entwicklungen zahlenmäßig zu belegen. Gab es 1896 weltweit rund 50.000 Wissenschaftler, so waren es ein Jahrhundert später über drei Millionen.⁸

Dafür waren und sind entsprechend viele Qualifikationsarbeiten notwendig. Sie dienen dem Leistungsnachweis (was positiv ist, weil es gleichzeitig die Forschung voranbringt) oder zumindest der Profilierung (was nicht immer positiv ist). Leicht karikierend hat der Literaturwissenschaftler Dietrich Schwanitz festgestellt: „Viele Arbeiten werden nicht dazu verfaßt, um ein Publikum zu informieren oder die Erkenntnis zu fördern, sondern um Prüfungskommissionen zu beeindrucken. (...) Solche Arbeiten verstecken die Dürftigkeit ihres Erkenntnisgewinns hinter sprachlichen Nebelwänden oder pompösen Begriffsfassaden. Sie wirken auf den ersten Blick zwar harmlos, aber in Wirklichkeit sind sie von einer Gefährlichkeit, die noch gänzlich unerforscht ist: Sie stehlen dem Leser die Zeit, verwirren den Anfänger, deprimieren den Wahrheitssucher und hinterlassen in jedem Neuling bisweilen solch schwere geistige Verletzungen, daß er von nun an jedes wissenschaftliche Buch meidet.“⁹

Für die Vielzahl an Publikationen gibt es also Gründe, die mit der Expansionsdynamik und der Karrierelogik des Wissenschaftsbetriebs zusammenhängen – ein Mechanismus, den man kritisieren kann, zu dem aber keine überlegene Alternative in Sicht ist. Ein weiterer Grund ist seit einigen Jahren hinzugetreten: Die Distanz zwischen der Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Funktionssystemen verringert sich.¹⁰ Im Kampf um Beachtung und Förderung ist nicht mehr nur die fachliche Reputation eines Forschers von Belang, sondern beispielsweise auch seine Medienprominenz. Häufiger als früher äußern sich Kulturwissenschaftler daher in essayistischen und tagesaktuellen Formaten – was im Prinzip begrüßenswert ist, die Informations- und Publikationsmenge aber wiederum erhöht. Umgekehrt machen sich außeruniversitäre Publizisten, die meist über eine akademische Qualifikation verfügen, wissenschaftsnahe Darstellungsformen zu eigen. Auch dies ist im Grundsatz begrüßenswert. Die Annäherung von Wissenschaft, Medien, Ökonomie und Politik bedeutet freilich, daß die Grenzlinie zwischen ‘wissenschaftlichen’ und ‘unwissenschaftlichen’ Publikationen zumindest in den Kulturwissenschaften nicht mehr eindeutig gezogen werden kann. Damit entfällt ein Relevanzkriterium, das früher die Kanalisierung von Informationen erleichterte.

8 Vgl. Ulrike Felt/Helga Nowotny/Klaus Taschwer, *Wissenschaftsforschung. Eine Einführung*, Frankfurt a.M./New York 1995, S. 44f.

9 Dietrich Schwanitz, *Bildung. Alles, was man wissen muß*, Frankfurt a.M. 1999, S. 436. Ähnlich Walter Grasskamp, „Unerhörte Monologe“ (1992), in: ders., *Kunst und Geld. Szenen einer Mischehe*, München 1998, S. 95–104, hier S. 99.

10 Vgl. ausführlich Weingart, *Die Stunde der Wahrheit?* (wie Anm. 2).

Als Zwischenfazit sei festgehalten, daß Fleiß und Selbstdisziplin nicht genügen, um die heute verfügbaren Informationsmengen auch nur annähernd zu verarbeiten, d.h. gering systematisierte 'Informationen' zu theoretisch und methodisch reflektiertem 'Wissen' aufzubereiten. Das bewußte Aufmerksamkeitsmanagement wird eine fast noch wichtigere Voraussetzung wissenschaftlicher Erkenntnis. Dies hat eine fachliche und zugleich eine volkswirtschaftliche Bedeutung, wie Georg Franck in seiner Studie zur „Ökonomie der Aufmerksamkeit“ hervorgehoben hat: „Der Forschungsbetrieb kann als Wissensproduktion nur dann rational organisiert sein, wenn auch die Art und Weise, wie er mit knappen Ressourcen umgeht, im Sinne des Erkenntnisfortschritts optimiert ist. Suboptimale Verwendung der forschenden Aufmerksamkeit ist Verschwendung und dem Erkenntnisfortschritt so abträglich wie Mängel in der Methode.“¹¹ Wie die Zeit ist die Aufmerksamkeit eine nicht vermehrbare Ressource. Wenn durch technische Innovationen neue Informationskanäle hinzukommen, läßt sich das Aufmerksamkeitsbudget nicht steigern, sondern nur umverteilen. Dies ist ein Problem, das aus historischer Perspektive durchaus vertraut ist, und so kann es vielleicht helfen, den Medienwandel der Frühen Neuzeit zu betrachten.

Kleiner geschichtlicher Exkurs

Der englische Kulturhistoriker Peter Burke hat die „Geburt der Wissensgesellschaft“ für den Zeitraum zwischen 1450 und 1750 beschrieben – also von Gutenbergs Erfindung des Buchdrucks bis zu Diderots *Encyclopédie*.¹² Burke macht deutlich, daß der Zugewinn an Informationen und ihre beschleunigte Verbreitung vielfach mit einem Krisenbewußtsein, einem Gefühl des Orientierungsverlusts verbunden war. Schon 1550 klagte ein italienischer Bibliograph, es gebe „so viele Bücher, daß wir nicht einmal mehr die Zeit haben, die Titel zu lesen“.¹³ Das Ideal der Universalgelehrsamkeit mußte in Mitteleuropa nach und nach aufgegeben werden; an Schulen und Universitäten begannen sich fachlich abgegrenzte Disziplinen zu bilden. Seit Anfang des 17. Jahrhunderts wurden Enzyklopädien von einer sachthematischen auf eine alphabetische Ordnung umgestellt. Burke wertet dies als signifikante Zäsur: Die verfügbaren Informationen wuchsen nun so rasch, daß sie nicht mehr systematisch in den etablierten Wissenskanon einzufügen waren; die mechanische Wortfolge erschien deshalb als geeignete Alternative.¹⁴

Um die Publikationsfülle in den Griff zu bekommen, entstand gegen Ende des 17. Jahrhunderts das bis heute bekannte Rezensionswesen. Auch Register und Inhaltsverzeichnisse sind vergleichsweise neue Hilfsmittel, die sich erst im

11 Georg Franck, *Ökonomie der Aufmerksamkeit. Ein Entwurf*, München/Wien 1998, S. 42.

12 Peter Burke, *Papier und Marktgeschrei. Die Geburt der Wissensgesellschaft*, Berlin 2001. Siehe zum Folgenden auch: *Journal of the History of Ideas* 64 (2003), Heft 1: Early Modern Information Overload.

13 Zit. nach Burke, *Papier und Marktgeschrei* (wie Anm. 11), S. 125.

14 Vgl. ebd., S. 132.

Verlauf des 18. Jahrhunderts allgemein durchsetzen.¹⁵ Ganz im Gegensatz zur kontemplativen Bibellektüre erfreuten sich nun Techniken des Schnellesens einer großen Popularität.¹⁶ Der englische Gelehrte Samuel Johnson fragte Mitte des 18. Jahrhunderts einen Gesprächspartner: „Sir, lesen *Sie* denn Bücher ganz?“¹⁷ Die Rezeptionsgeschwindigkeit von Fachpublikationen ließ sich noch einmal deutlich erhöhen, als um 1830 die ersten Abstract-Journale aufkamen.¹⁸

Verbesserte Ordnungskriterien dienen also dazu, große Materialmengen vorzusortieren. Die Crux ist allerdings, daß man um so mehr ‘Treffer’ erhält, je leistungsfähiger die verwendeten Navigationshilfen und je umfangreicher die Gesamtinformationen sind. Wie die folgende Episode belegt, kann dies gerade für vielseitig interessierte Wissenschaftler eine Gefahr werden.

Im Jahr 1801 besucht Goethe die Göttinger Bibliothek, die seinerzeit wegen ihrer reichen Bestände und ihrer guten Organisation bekannt ist. Er gibt eine Liste von Büchern ab, die er benutzen will, und wird vom Spürsinn der Bibliothekare überrascht: „Nicht allein ward mir was ich aufgezeichnet hatte vorgelegt, sondern auch gar manches, das mir unbekannt geblieben war, nachgewiesen.“ Es stellt sich heraus, daß dies nicht nur Grund zur Freude, sondern auch eine handfeste Bedrohung ist. „So verbracht ich denn die Zeit so angenehm als nützlich, und mußte noch zuletzt gewahr werden, wie gefährlich es sei sich einer so großen Masse an Gelehrsamkeit zu nähern: denn indem ich, um einzelner in mein Geschäft einschlagender Dissertationen willen, ganze Bände dergleichen akademischer Schriften vor mich legte, so fand ich nebenher so viel Anlockendes, daß ich bei meiner ohnehin leicht zu erregenden Bestimmbarkeit und Vorkenntniß in vielen Fächern, hier und da hingezogen ward und meine Collectaneen [Sammelstücke] eine bunte Gestalt anzunehmen drohten.“ Wohl jeder heutige Bibliotheks-, Archiv- und Internetnutzer kann diesen Vorgang nachvollziehen. Goethe erkannte immerhin einen Ausweg, der sich auch als Merksatz für Doktoranden eignet: „Ich faßte mich jedoch bald wieder in’s Enge und wußte zur rechten Zeit einen Abschluß zu finden.“¹⁹

Das Problem, daß Informationen durch Auswahl reduziert werden müssen, ist mithin nicht neu. Die allgemeine Verbreitung des Internet hat freilich dafür gesorgt, daß wir uns heute doch in einer grundlegend anderen Situation befinden als Goethe: Eine erhebliche Menge von Informationsressourcen ist nicht mehr ortsgebunden. Ob sich der Zugang eines Nutzers in Potsdam, in München oder in Neu-Delhi befindet, ist relativ gleichgültig. Natürlich können globale Zusammenhänge die nationalen und regionalen Kontexte der Forschung nicht ersetzen; es ist nach wie vor ein Unterschied, ob man in Berlin/Brandenburg, in Bayern

15 Vgl. ebd., S. 197, S. 214.

16 Hermann Lübke, „Kulturelle und politische Folgen beschleunigter technischer Evolution“, in: Dieter Mersch/J. Christoph Nyiri (Hg.), *Computer, Kultur, Geschichte. Beiträge zur Philosophie des Informationszeitalters*, Wien 1991, S. 41–61, hier S. 42.

17 Zit. nach Burke, *Papier und Marktgeschrei* (wie Anm. 11), S. 209 (dortige Hervorhebungen).

18 Vgl. Weingart, *Die Stunde der Wahrheit?* (wie Anm. 2), S. 102.

19 Zit. nach Nikolaus Wegmann, *Bücherlabyrinth. Suchen und Finden im alexandrinischen Zeitalter*, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 297f.

oder in Indien lebt und arbeitet. Doch die Transaktionskosten der Information sind rapide gesunken, womit sich auch die Frage der Auswahl anders stellt als noch vor zehn Jahren.

Strategien des Umgangs mit großen Informationsmengen

„Den meisten von uns“, schreibt Hans Magnus Enzensberger, „steht schon längst nicht mehr zu wenig, sondern zu viel Input zur Verfügung. Als einzig mögliche Gegenwehr bietet sich eine Ökologie der Vermeidung an, die schon in der Grundschule trainiert werden sollte.“²⁰ Ähnlich urteilt der Philosoph Hermann Lübbe: „Wir müßten sehr bald in den dramatisch ansteigenden Altdatenniederschlägen moderner kommunikativer Interaktion ertrinken, wenn wir diese nicht zu ständig wachsenden Anteilen ins Meer des ewigen Vergessens ableiteten.“²¹ Wie kann es Wissenschaftlern also gelingen, die Informationsflut zu begrenzen, den mit der Auswahl verbundenen „Wirklichkeitsverlust“²² aber nicht zu groß werden zu lassen? Idealtypisch seien zunächst fünf Strategien genannt, die weniger plausibel erscheinen:

- Die *Ameisenstrategie* läuft darauf hinaus, Literatur, Quellen und sonstige Materialien bis an den Rand der eigenen Kräfte zu sammeln. Oberstes Prinzip ist hier der Satz „Literaturkenntnis schützt vor Neuentdeckungen“. Doch das Vollständigkeitsstreben ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Zudem hält es häufig davon ab, Erkenntnisinteressen präzise zu formulieren und konsequent zu verfolgen. Dissertationen sind gewissermaßen die Ameisenhaufen der Wissenschaft: Alles oder fast alles, was es zu einem Thema gibt, wird aufgetürmt – Umfänge von über 1.000 Seiten sind deshalb nicht selten. Die eigentliche Erschließungsarbeit bleibt dabei leicht auf der Strecke, und Zweitnutzer müssen die vorsortierten Informationen noch selbst in handhabbares Wissen verwandeln.
- Die *Geniestrategie* markiert ein entgegengesetztes Extrem. Hier wird darauf verzichtet, sich mit der Quellen- und Forschungslage eingehend auseinanderzusetzen; man vertraut der Originalität der eigenen Argumentation. Während ein solches Vorgehen in den Naturwissenschaften wohl selten möglich ist, kann es in den Kulturwissenschaften durchaus zu wichtigen Erkenntnissen führen. Wenn sich allerdings herausstellt, daß die vermeintliche Originalität hinter längst erarbeiteterem Wissen zurückbleibt, ist es um die Reputation des betreffenden Forschers geschehen.
- Die *Kartellstrategie* ist ein Versuch, die Informationsmenge durch formelle Kriterien oder informelle Absprachen zu beschränken. Zur Kenntnis genommen werden nur wenige Zeitschriften und Verlage, die für das eigene Arbeitsgebiet als besonders renommiert gelten, oder man verläßt sich auf Hinweise ausgewählter Kollegen. Dieses Verhaltensmuster ist recht verbreitet und kann zumindest

20 Hans Magnus Enzensberger, „Das digitale Evangelium“, in: *DER SPIEGEL*, 10.1.2000, S. 92–101, hier S. 97.

21 Hermann Lübbe, „Zukunft der Erinnerung“, in: *Frankfurter Rundschau*, 30.6.2001, S. 7.

22 Zimmer, *Die Bibliothek der Zukunft* (wie Anm. 5), S. 37.

zeitweise erfolgreich sein. Es birgt indes die Gefahr der Abschottung und intellektuellen Inzucht, wenn man sich von fremden Forschungszusammenhängen und eher peripheren Impulsen nicht mehr irritieren läßt. Oft sind es gerade randständige Zeitschriften oder Diskussionskreise, in denen wissenschaftliche Neugierde und Innovation zu finden sind, während die etablierten Foren lediglich den akademischen Mainstream abbilden.

- Etwas anders gelagert ist die *Relevanzstrategie*, bei der Informationen durch inhaltliche Prämissen abgewehrt werden. Um einer „postmodernen Beliebigkeit“ (oder, neutraler ausgedrückt, einer methodischen und thematischen Vielfalt) zu entkommen, behauptet man eine „Hierarchie der Probleme“. So wird der Historiker Hans-Ulrich Wehler nicht müde zu betonen, daß die Frage nach Reproduktionsmechanismen sozialer Ungleichheit wichtiger sei als das bunte Sammelsurium der neueren Kulturgeschichte.²³ Die Schwierigkeit ist freilich, daß scheinbar objektive Relevanzkriterien nicht bzw. nicht mehr allgemein zustimmungsfähig sind, weil in den Kulturwissenschaften etliche Paradigmen nebeneinander existieren.

- Aus dieser Differenzierung der Forschungslandschaft ergibt sich die *Spezialistenstrategie*. Für sich selbst und für andere definiert man ein so eng begrenztes Terrain, daß die Informationsmenge überschaubar bleibt. Wegen des vorhin erwähnten Größenwachstums des Wissenschaftsbetriebs ist eine derartige Blickverengung nahezu unvermeidlich – in einem Artikel über Dissertationsthemen sprach die FAZ einmal von der „Schrumpfung der Forschquadrate, auf denen die Studenten ihre Rettiche und Radieschen ziehen“.²⁴ Spezialforschungen werden aber nur dann für allgemeinere Zusammenhänge anschlussfähig, wenn man von Zeit zu Zeit auch die Nachbargärten besucht.

Alle fünf Strategien bieten also pragmatische Vorteile, können die Ausgangsfrage jedoch nicht hinreichend beantworten, wie mit großen Informationsmengen umzugehen sei. Eine Ökologie der Fachinformation sollte daher auf zwei Ebenen ansetzen: bei der Produktion und bei der Rezeption.

Für die *Produktionsseite* ist eine Verringerung des Publikationsausstoßes zu fordern, der ja nicht nur die wissenschaftliche Aufnahmefähigkeit sprengt, sondern längst auch die Bibliotheksetats. Ein Gegensteuern könnte zum einen durch freiwillige Selbstkontrolle, zum anderen durch institutionelle Mechanismen geschehen. Mit Selbstkontrolle ist gemeint, daß Autoren und Herausgeber auf Veröffentlichungen verzichten sollten, von denen sie selbst wissen, daß der Erkenntniswert gering ist. Nicht jedes Symposium verdient der Nachwelt in Buchform überliefert zu werden, und für die Geburtstage von Professoren gibt es sicher auch andere Würdigungsformen als die obligatorische Festschrift.

23 Vgl. etwa Hans-Ulrich Wehler, „Ein Kursbuch der Beliebigkeit“, in: *DIE ZEIT*, 26.7.2001, S. 37f.; dort die Zitate (Rezension zu Ute Daniel, *Kompendium Kulturgeschichte*, Frankfurt a.M. 2001).

24 Jürgen Kaube, „Dissertationen: Einige Studien über den Rettich“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2.10.2001, S. 60.

Der Aufruf zur Selbstbeschränkung ist indes illusionär, solange eine möglichst hohe Publikationszahl als Beweis wissenschaftlicher Leistung gilt. Notwendig ist deshalb vor allem, daß das Anreizsystem zugunsten qualitativer Kriterien umgestellt wird. Dies klingt vielleicht weltfremd, ist aber bereits Inhalt der DFG-Empfehlungen zur „Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ vom Dezember 1997. Dort heißt es ganz deutlich, „daß Originalität und Qualität als Bewertungsmaßstab stets Vorrang vor Quantität haben“.²⁵ Der „Selbstentwertung durch Vielschreiberei“ wäre eine neue Intensität der inhaltlichen und sprachlichen Arbeit entgegenzusetzen.²⁶ Natürlich ist die Klage über den Qualitätsverfall seit langem ein Topos der Kulturkritik, doch ändert dies nichts an der sachlichen Berechtigung des Arguments.

Für die *Rezeptionsseite* wäre es wünschenswert, die Zugangswege zur Fachinformation weiter zu verbessern.²⁷ Hier haben die Kulturwissenschaften gegenüber den Naturwissenschaften immer noch Nachholbedarf – zum Beispiel gibt es in der Geschichtswissenschaft kein wirkliches Pendant zu den zentralen Abstract-Journalen der Physik, Chemie, Biologie und Medizin. Die Informationsmöglichkeiten im Internet sind bislang nur begrenzt hilfreich, da sie mitunter eine noch extremere Nischenbildung bewirken (Stichwort „virtuelle Balkanisierung“). Zudem ist die Beachtung etablierter Qualitätsstandards bei kulturwissenschaftlichen Online-Angeboten alles andere als selbstverständlich. Die Auswahl von Informationen kann deshalb nicht allein technischen Gatekeeper-Systemen überlassen werden – wie es die Persönlichkeitsprofile mancher Suchmaschinen suggerieren –, sondern erfordert weiterhin Kompetenz und Kreativität. Menschliche „Infobroker“, die zwischen Autor und Leser vermitteln, müssen angesichts der Informationsfülle einen höheren Stellenwert und eine höhere Anerkennung erhalten. Daß die meisten Verlage ihre Fachlektorate abgeschafft haben, schadet der wissenschaftlichen Kommunikation immens; alle Autoren sollten im eigenen Interesse darauf dringen, daß dies kein Dauerzustand sein kann. Auch andere Serviceleistungen wie das Zusammenstellen kommentierter Linklisten und das Schreiben problemorientierter Sammelrezensionen sollten im wissenschaftlichen Selbstverständnis stärkere Beachtung finden, da es sich hier um genuine Forschungsbeiträge handelt.

Würde man diesen Vorschlägen folgen, erhielten die Informationsvermittler zweifellos ein gewisses Machtpotential. Die Kontrolle der Kontrolleure könnte am ehesten dadurch gewährleistet werden, daß sich möglichst viele Wissenschaftler an ihr beteiligen würden. Gutachter- und Herausgeberfunktionen einer Person müßten zahlenmäßig begrenzt werden, um bestehende Kartellstrukturen aufzubrechen und neuen entgegenzuwirken. Insofern wäre das wissenschaftliche

25 Deutsche Forschungsgemeinschaft, *Vorschläge zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis. Empfehlungen der Kommission „Selbstkontrolle in der Wissenschaft“*. Denkschrift, Weinheim 1998, S. 10.– Aktueller Anlaß der Empfehlungen waren die Betrügereien eines renommierten Hämatologen, der seine Publikationszahl durch erfundene und manipulierte Daten gesteigert hatte. Vgl. dazu Weingart, *Die Stunde der Wahrheit?* (wie Anm. 2), S. 294ff.

26 So auch Volker Ullrich, „Zurück zur Langsamkeit“, in: *DIE ZEIT*, 28.6.2001, S. 37.

27 Dies ist ein wesentlicher Anstoß für das Projekt „Zeitgeschichte-online“ gewesen.

Publizieren nicht isoliert zu betrachten, sondern mit der allgemeineren Diskussion um Hochschul- und Dienstrechtsreformen zu verknüpfen.

Resümee in drei Thesen

1. Die Menge wissenschaftlicher Erkenntnisse wächst nicht linear mit der Menge verfügbarer Informationen. Der „Infosmog“ kann zu einer kräftezehrenden und kostenträchtigen Erkenntnisbarriere werden. Diese These ist nicht sonderlich originell, hat bisher aber nicht die nötige Beachtung gefunden, weil ein quantitatives Wachstum an Informationen immer noch als Fortschritt gilt. Hier wäre ein ähnliches Umdenken erforderlich wie einige Jahrzehnte früher beim Energieverbrauch.

2. Aus historischer Perspektive ist belegbar, daß jeder tiefgreifende Medienwandel neue Formen des Informationstransfers hervorbringt. Nach der Erfindung des Buchdrucks waren dies etwa die alphabetische Ordnung, die Anlage von Indizes, das Rezensionswesen und der Zettelkasten. Das Internet-Zeitalter ist nun durch nahezu unbegrenzte Speicherkapazitäten gekennzeichnet, die nicht standortgebunden sind. Als neue Organisationsformen haben sich unter anderem die Hypertext-Struktur und die Volltextsuche herausgebildet. Solche technischen Hilfen sind notwendig und sinnvoll, reichen zur Kanalisierung der Informationsflut jedoch nicht aus.

3. Der einzelne Wissenschaftler und das Wissenschaftssystem insgesamt müssen eine Ökologie der Information entwickeln, um die Qualität wissenschaftlicher Erkenntnis zu sichern und nicht an der eigenen Betriebsamkeit zu ersticken. Zwar ist gerade die kulturwissenschaftliche Forschung nicht ohne Publikationen denkbar, doch sollte die Notwendigkeit jeder einzelnen Veröffentlichung stärkerem Begründungsdruck ausgesetzt werden. Die von der DFG geforderte „Ehrlichkeit gegenüber sich selbst und anderen“²⁸ gebietet es, auf Publikationen zu verzichten, die nach Ansicht kompetenter Gutachter keinen besonderen Innovationsgehalt besitzen. Fällt die Überprüfung positiv aus, sollten die Gutachter den künftigen Lesern in Abstracts, Vorworten und ähnlichen Paratexten ihre Begründungen darlegen – gleichsam als erste Rezension und als Unterscheidungsmerkmal zu nichtwissenschaftlichen Veröffentlichungen. Dies klingt etwas bürokratisch, könnte aber für alle Beteiligten eine gute Orientierungshilfe liefern. Auch bei anderen Produkten sind ja Qualitätssiegel üblich (man denke etwa an TÜV-Plaketten, den „Blauen Engel“ und ähnliche Zertifikate).

*Kritik und Kommentare zu diesem Essay sowie Erfahrungsberichte zum eigenen Umgang mit „Information Overload“ sind willkommen:
E-Mail: kirsch@zeitgeschichte-online.de.*

28 Deutsche Forschungsgemeinschaft, *Vorschläge* (wie Anm. 24), S. 5.

**VOM KRIEG DES WEINBAUERN:
Der „Tauwetter“-Spielfilm in Georgien**

Lars Karl

„Jedes Volk hat seinen eigenen Wert. Der des georgischen Volkes besteht darin, daß es wie ein Wald ist, wo die Bäume, das Unterholz, die Gräser und die Vögel im Chor singen.“ (Viktor Šklovskij)

Wie an vielen anderen Orten des Sowjetreiches kam es auch in den nicht-russischen Unionsrepubliken zu Beginn der sechziger Jahre zu einer Belebung der Filmproduktion, ein Phänomen, das von der Filmgeschichte später als „Emanzipation der nationalen Kinematographien“ bezeichnet wurde.¹ Insbesondere der georgische Film, der sich von Anfang an in eigenen, von der russischen Filmkunst weitgehend unabhängigen Bahnen entwickelt hatte, erlebte in den „Tauwetterjahren“² eine Renaissance.

Die Stalin-Ära war für die oft kleinen Studios in den südlichen Sowjetrepubliken eine besonders finstere Periode. Von den knapp 290 Spielfilmen, die zwischen 1945 und 1955 in der Sowjetunion produziert wurden, stammten nur 19 aus den fünf zentralasiatischen Republiken. Die drei transkaukasischen Republiken Armenien, Aserbaidschan und Georgien produzierten lediglich 22 Filme, von denen 12 aus den noch bevorzugten georgischen Studios kamen.³

Als Chruščev das Erbe Stalins antrat, erklärte er seinen Vorgänger zum alleinigen Verantwortlichen für die Leiden der sowjetischen Bevölkerung. Er verurteilte den „Personenkult“ und beschuldigte das Kino, dessen Komplize gewesen zu sein.⁴ Das „Tauwetter“ bewirkte in der sowjetischen Kinematographie, in der künstlerischen Praxis, in der Filmästhetik sowie im Verhältnis zwischen Film-

1 Vgl. Engel, Ch. (Hg.): Geschichte des sowjetischen und russischen Films, Stuttgart/Weimar 1999, S. 164-181; Lawton, A. (Hg.): The Red Screen. Politics, Society, Art in Soviet Cinema, London/New York 1992; Radvanyi, J. (Hg.): Le cinéma géorgien, Paris 1988; Mostra internazionale del Nuovo cinema (Hg.): Il cinema delle repubbliche transcaucasiche sovietiche: Armenia, Azerbaigian, Georgia, Venezia 1986. Zum sowjetischen „Vielvölkerkino“ aus zeitgenössischer sowjetischer Perspektive vgl. Čachirjan, G.: Mnogonacional'noe sovetskoe kinoiskusstvo, Moskau 1961; Kandelaki, D.: Kino i iskusstvo, Tiflis 1957; Mamatova, L.: Mnogonacional'noe sovetskoe kinoiskusstvo, Moskau 1982; Pisarevskij, D.: Mnogonacional'noe sovetskoe kino, in: Iskusstvo kino, 4/1962, S. 100-111; Vajsfel'd, I.: Naše mnogonacional'noe kino i mirovoj ekran, Moskau 1975; Vajsfel'd, I. V.: Zavtra i segodnja. O nekotorych tendencijach sovremennogo filma i o tom, čemu nas učit opyt mnogonacional'nogo sovetskogo kinoiskusstva, Moskau 1968.

2 Der Begriff „Tauwetter“ entstammt dem Titel des Romans „Ottepel“ (1954-56) des Schriftstellers Il'ja Ehrenburg, wird jedoch ebenso auf alle anderen Bereiche der Kunst angewandt. Zum „Tauwetter“ in der Filmkunst vgl. Woll, J.: Real Images. Soviet Cinema and the Thaw, London/New York 2000.

3 Aus einem Bericht des Komitees für Kinematographie beim ZK der KPdSU „Über den Zustand der produktionstechnischen Basis der Spielfilmstudios in den Unionsrepubliken“ vom 17.11.1952 geht hervor, daß die Kinostudios von Tiflis im Vergleich zu denen in anderen nicht-russischen Sowjetrepubliken materiell vergleichsweise gut ausgestattet waren. GARF, f. 5446, op. 86, d. 2491, Bl. 1-6.

4 Vgl. Woll, Real Images, S. 9 ff.

kunst und Zuschauer grundlegende Veränderungen. Mitte der fünfziger Jahre wurden viele der alten Einschränkungen aufgehoben, was ein beachtliches Ansteigen der Filmproduktion zur Folge hatte. Regisseure, die in der Vergangenheit interessante Arbeit geleistet hatten, nutzten die neue Freiheit und kehrten zum Experiment zurück. Neue Regie-Talente hatten die Chance zur Entfaltung, wodurch das Kino insgesamt vielfältiger wurde. In einem System, das alle Aspekte des Lebens politisierte, hatte jeder Film, der die Realität mehr oder weniger realistisch zeigte, subversives Potential. Zwar erreichte der sowjetische Film nie wieder die weltweite Anerkennung, die er einst in den zwanziger Jahren genossen hatte, aber die Filme wurden wieder sehenswert und auch international als positiver Beitrag zum kulturellen Leben der Sowjetunion gewertet.⁵

Die neuen Filme unterschieden sich radikal von der stalinistischen Dogmatik der vergangenen Jahre. Ihre Helden waren gewöhnliche Menschen in einer konkreten Umgebung, die filmisch in einer annäherungsweise realistischen Art und Weise beschrieben wurde.⁶ Der Film leistete so einen wichtigen Beitrag gegen die Tendenz, Kunst als Bebilderung von Abstraktionen zu verstehen, gegen einen Monolithismus, der keinen Widerspruch zuließ zwischen Individuellem und Gesellschaft, gegen die „perspektivische“ Abbildung einer Realität, die der Theorie des Sozialistischen Realismus entsprang.

Entscheidend für die Entwicklung des Kinos in den nicht-russischen Sowjetrepubliken war in diesem Zusammenhang die Rolle der Moskauer Filmhochschulen, insbesondere des All-Unions-Staatsinstituts für Kinematographie (VGIK) mit seinem zweijährigen Förderstudium, das seit 1960 für Drehbuchautoren und nach 1963 auch für Regisseure angeboten wurde. Die Moskauer Institute bildeten Schmelztiegel verschiedener „nationaler“ Stile, in denen zukünftige Regisseure von anerkannten Altmeistern des Fachs unterrichtet wurden: Eisenstein, Trauberg, Dovženko sowie deren Nachfolger Savčenko, Rajzman, Romm und Gerasimov. Der positive Effekt von „Quoten“ für Studenten der kleineren Republiken und die besonders fruchtbare kulturelle Atmosphäre in Moskau zwischen 1955 und 1965 übten einen tiefen Einfluß auf diese jungen Künstler aus.

Auch in Georgien war der Aufschwung in der Filmproduktion durch eine neue Generation von kreativen Regisseuren geprägt, deren stilistischer Bruch mit der Vergangenheit eine vergleichbare Wirkung hatte wie die Tätigkeit ihrer russischen Fachkollegen. Dieser Bruch war nicht einfach. Um ein Projekt zu Ende zu bringen, mußte häufig die Hilfe der Intelligencija, besonders von Schriftstellern, gewonnen werden. Die durch das „Tauwetter“ aufgerissene Kluft war so groß, daß es Regisseure der früheren Generation wie Arno Bek-Nazarov oder

5 Zu den internationalen Erfolgen des sowjetischen „Tauwetter“-Kinos vgl. Bol'sakov, I.: *Sovetskie fil'my na ekranach mira*, in: *Iskusstvo kino*, 9/1959, S. 120–124; Kacev, I.: *Sovetskie fil'my i zarubežnyj zritel'*, in: *Iskusstvo kino*, 3/1961, S. 22–27; *Pobeždaet pravda. Uspech sovetskogo kinoiskusstva na mirovom ekrane*, in: *Iskusstvo kino*, 2/1961, S. 1–6; Sadul', Ž.: *Tri perepolennyh zalach. Uspech sovetskich kinofil'mov vo Francii*, in: *Kul'tura i žizn'*, 8/1959, S. 58–59; Zorkaja, N. M.: *Sovetskie fil'my na zarubežnom ekrane*, Moskau 1987.

6 Zum veränderten Menschenbild im „Tauwetter“-Kino vgl. Hänsgen, L.: *Vom Pathos des Aufbruchs zur kulturellen Selbstreflexion: Entwicklungstendenzen im sowjetischen Film von der zweiten Hälfte der fünfziger bis in die frühen achtziger Jahre*, Bochum 1999.

Michail Čiaureli nicht gelang, weiterhin überzeugende Arbeiten zu liefern. Trotz dieser Konflikte entstanden – oft nach ermüdenden Kämpfen der beteiligten Regisseure – Filmwerke, die in der Tradition der nationalen Kinematographien verankert und weit von der von oben verordneten Doktrin des Sozialistischen Realismus entfernt waren.⁷

Tradition vs. Moderne: Der geteilte Blick auf ein Paradies

In Georgien gelang es, in den Studios der Hauptstadt Tiflis eine neue Filmsprache zu entwickeln, die fest in der Tradition des nationalen Films verwurzelt zu sein schien. Der Erfolg des georgischen Films wurde dem Genre der Tragikomödie zugeschrieben, das auf den Zusammenprall alter patriarchalischer Lebensformen mit der modernen Zivilisation beruhte. Die Grundsituation konnte scheinbar unendlich variiert werden: Ein Bauer kommt in die Stadt, ein Weinbauer an die Front; ein Parteisekretär kämpft gegen lokale Sitten, die im modernen Staat als Korruption, innerhalb der patriarchalischen Lebenswelt des Dorfes jedoch als Verhaltensnorm gelten. Der georgische Film setzt die parabelhafte Abrundung seiner Geschichten gegen die grobe Abbildnatur des Mediums. „Der metaphorische Lakonismus ist die Formel des orientalischen Denkens überhaupt“, so die Einschätzung des georgischen Filmemachers Ėl'gar Šengelaja.⁸ Kennzeichen georgischer Filme ist demzufolge häufig die Zuflucht in eine symbolische und metaphorisch distanzierende, poetisch-humoristische Sprache – am beeindruckendsten in Michail Kobachidzes Meisterwerken⁹ – oder in anderen Kurzfilmen der georgischen Schule¹⁰ – und vor allem in den Arbeiten von Otar Ioseliani.¹¹ Sein Film „Es war einmal eine Singdrossel“ (Icho šašwi mgalobeli/Žil pevcij drozd, 1971) handelt von einem Paukisten in einem großen Sinfonieorchester, dessen Rolle sich lediglich auf ein paar Trommelwirbel am Ende der Konzerte beschränkt. In zerstreuter Manier kommt er meistens erst in letzter Minute. Der Zuschauer folgt einem ruhigen Träumer, der komponiert, einen Uhrmacher besucht, in einer Bibliothek Bücher liest oder in einem medizinischen Labor herumstreicht, auf der Suche nach seiner Freundin. Er ist nicht zu fassen, man weiß nie, wo er gerade zu finden ist. Um Haaresbreite verfehlen ihn

7 Vgl. Maglakelidse, D.: Nationale Identitäten in den westdeutschen und georgischen Autorenfilmen zwischen den 60er- und 80er Jahren, Berlin 2002; Amirėdzivi, N. I.: Na zare gruzinskogo kino, Tiflis 1978; Cereteli, K. D.: Gruzinskij chudožestvennyj kinematograf, 1925-1967, Moskau 1968; Cereteli, K. D.: Kinoiskusstvo Sovetskij Gruzii, Moskau 1969; Rondeli, L.D.: Tradicija i ekran, Tiflis 1978; Tikanadze, R.: Gruzinskoe kino..., problemy, iskanija, Tiflis 1978.

8 Zit. nach Engel, Geschichte des sowjetischen und russischen Films, S. 168.

9 Etwa „Die Hochzeit“ (Korsile/Svad'ba, 1964).

10 Etwa Iraklij Kvirikadzes „Der Weinkrug“ (Kvevri/Kuvšin, 1971).

11 Etwa „Die Weinernte“ (Giorgowistwe/Listopad, 1967). Zum Filmschaffen Ioselianis vgl. Trošin, A.: Interv'ju s Ioseliani. Vse idet po krugu..., in: Iskusstvo kino, 12/1996, S. 12-17; Amirejibi, N.: Kinorezisor Otari Ioseliani, Tiflis 2003; Fiant, A.: Le cinéma d'Otar Ioseliani. Lausanne 2002; Silvestri, S.: Otari Ioseliani, Rom 1997.

herabfallende Gegenstände, und am Ende erwischt ihn, als er einem Mädchen nachschaut, ein fahrendes Auto.¹²

Auch Georgij und Ėl'dar Šengelaja, Söhne des Regisseurs Nikolaj Šengelaja und der populären Schauspielerin Nato Vačnadze, debütierten Mitte der sechziger Jahre als eigenwillige Regietalente. Georgij Šengelaja absolvierte seine Ausbildung an der Moskauer Filmhochschule in den Meisterklassen von Aleksandr Dovženko und Michail Čiaureli. In seinen Werken, die der georgischen Filmkunst zu Weltruhm verhelfen, stehen die Traditionen und die Kultur Georgiens im Mittelpunkt. An seinem vielleicht bekanntesten Film „Pirosmani“ (Pirosmani, 1969; Verleih 1972 mit 107 Kopien und 1,8 Mio. Zuschauern) arbeitete Georgij Šengelaja zwei Jahre lang. Das Werk versteht sich als Annäherung an das rätselhafte Leben des naiven georgischen Volksmalers Niko Pirosmanišvili (1862–1918), genannt Pirosmani. Dabei ist es jedoch nicht als bloße Inszenierung biographischer Stationen zu verstehen, sondern bildet eine Art Dialog des Künstlers und Filmemachers Šengelaja mit einem Maler des alten, vorrevolutionären Georgien, eine Suche nach Übereinstimmung mit der Tradition, eine Reflexion über das Ethos des Künstlers und die moralischen Intentionen seines Seins. Somit wird der Film auch zu einem Beitrag in der Diskussion um die Rolle des Künstlers in der Gesellschaft – ein Thema, mit dem sich der sowjetische Film während dieser Zeit wiederholt auseinandersetzt.¹³

Der Film widmet sich dem Leben Pirosmanis im Spannungsfeld seiner außergewöhnlichen Künstlernatur, dem Leben der armen, aber nach den moralischen und ethischen Grundsätzen des Christentums lebenden bäuerlichen Bevölkerung, und der aus Entfremdung resultierenden Einsamkeit in den Städten: Zwei junge Männer stoßen 1912 in einer Kneipe in Tiflis auf Pirosmanis Bilder und entschließen sich, diesen ausfindig zu machen. Dabei stoßen sie jedoch lediglich auf Spuren von ihm, auf weitere Werke, die er anderen Gastwirten zur Abzahlung seiner Schulden hinterlassen hat, auf merkwürdige Geschichten aus seinem Leben, die ihnen von anderen Menschen erzählt werden. Den Einzelgänger, Bauernsohn aus dem kachetischen Dorf Mirsani, zog es in die weite Welt. Deren Krämergeist kann er nicht begreifen, die gleichmacherischen Kunstschulen verachtet er, er wird Diensthilfe, Eisenbahnarbeiter, Soldat und schließlich Gebrauchs- und Wandermaler. Er läßt sich durch Weinhändler und Gastwirte ausbeuten und erhält statt Geld oft nur einen Becher Wein oder einen Teller Suppe. Man will ihn verheiraten, doch er macht sich beim Hochzeitsfest davon. Eines Tages wird er in einer Scheune eingesperrt, damit er ein Bild vollendet und

12 Vgl. dazu: Es war einmal eine Singdrossel, in: Binder, E./Engel, Ch. (Hg.): Eisensteins Erben: der sowjetische Film vom Tauwetter zur Perestrojka (1951–1991), Innsbruck 2002, S. 188–191; Gromov, E.: *Duchovnost' ekrana*, Moskau 1976, S. 93–95; Ioseliani, O: Ja chotel by..., in: Fomin, V.: *Peresečenie parallel'nych*, Moskau 1976, S. 118–147; Lordkipanidze, N.: *Motivy tvorčestva*, in: *Komsomol'skaja pravda*, 12.1.1972; Nekrasov, V.: Ioseliani protiv Ioseliani, in: *Ekran* 71–72, Moskau 1972, S. 23–27; *Problemy sovremennogo kino*, Moskau 1976, S. 89–96; Šklovskij, V.: *Za 60 let: Raboty o kino*, Moskau 1985, S. 322–325; Vajsfel'd, L.: *O sovremennom kino*, Moskau 1973, S. 5–6; Zak, M.: *Kinorežissura. Opyt i poisk*, Moskau 1983, S. 139–146.

13 Etwa in Andrej Tarkovskijs „Andrej Rubljow“ (Andrej Rublev, 1966) und Gleb Panfilovs „Durch das Feuer führt keine Furt“ (V ognje broda net, 1968).

dort buchstäblich vergessen. Als man ihn zum Osterfest freiläßt, bleibt ihm die einzige Freiheit, arm und einsam zu sterben. Das Auferstehungsfest scheint hier bereits das des Künstlers nach seinem eigenen Tode zu sein. Der Film parallelisiert somit die künstlerischen und persönlichen Schwierigkeiten der Hauptfigur mit dem Leidensweg und der Auferstehung Christi.¹⁴

Auch war die unsichere Zukunft einer Gesellschaft, die nicht mit ihren Traditionen brechen wollte, ein entscheidendes Thema vieler georgischer Spielfilme und machte einige Produktionen aus Tiflis weltweit beliebt.¹⁵ In seiner späteren „Pastorale“ (Pastoral', 1976) konstatiert Ioseliani, daß der Fortschritt an die Wurzeln rührt. Über die nur scheinbar unberührte Landschaft fliegt ein Flugzeug, das Düngemittel oder Insektizide verstreut; in den klaren Gebirgsbächen detonieren die Dynamitstangen, mit denen man Fische fängt; nachbarliche Streitigkeiten unterbrechen den ländlichen Frieden und die spontane Fröhlichkeit bei einem Familienfest kann insgesamt nicht mehr darüber hinwegtäuschen, daß die Menschen in diesem Dorf wenig von den Segnungen des Fortschritts und der Zivilisation erfahren haben. Und schließlich verschweigt der Film auch nicht, daß in dieser Umgebung die Menschen weniger an der Planerfüllung interessiert sind als daran, mit unter der Hand beschafften Materialien ein Haus zu bauen. Der Film verweilt stärker auf den Unstimmigkeiten und Widersprüchen der Moderne als auf dem traditionellen Bild des Georgiers, der singt und eine Menge Wein trinkt.

Auch der später weltbekannte Tengiz Abuladze¹⁶ nutzte in „Das Gebet“ (Vedreba/Molba, 1968) die Vergangenheit, um wichtige moralische Fragen zu thematisieren. Arrangiert nach Motiven des bedeutenden georgischen Dichters Vaša P'šavela aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, projiziert der Film eine Geschichte vom Scheitern eines Versuchs, einer Ordnung der Gewalt und Unbarmherzigkeit einen Weg der Menschlichkeit und friedlichen Versöhnung entgegenzusetzen, ins Mittelalter. In einem kaukasischen Bergdorf weigert sich ein christlicher Krieger, den getöteten muslimischen Feind nach traditioneller Sitte zu verstümmeln. Er wird daraufhin aus der Dorfgemeinschaft ausgeschlossen und begibt sich als nun Vogelfreier auf die Wanderschaft. Er begegnet dem Bruder des Toten, der ihn – anstatt Blutrache zu nehmen – in sein Haus aufnimmt. Dessen Stammesgenossen setzen sich allerdings über das Gesetz der Gastfreundschaft hinweg – der Versuch, die Spirale der Gewalt zu durchbrechen, endet

14 Vgl. dazu: Pirosmiani, in: Binder/ Engel, Eisensteins Erben, S. 169–171; Donadze, M.: Proizvedenija živopisi na ekrane, in: Literaturnaja gazeta, 3/1980; Ekran 66–67. Moskau 1967, S. 144–147; Gasparov, E.: Niko Pirosmiani – legenda i čelovek, in: Moskovskij komsomolec, 4.6.1968; Lorkipanidze, N.: Motivy i tvorčestvo, in: Komsomol'skaja Pravda, 12.1.1972; Tikanadze, Gruzinskoe kino, S. 325–342.

15 Etwa Merab Kokočašvilis „Ein großes grünes Tal“ (Didi mtsavane veli/Bol'saja zelenaja dolina, 1967) oder Lana Gogoberidzes „Grenzen“ (Rubeži, 1968).

16 Zum Filmschaffen Abulazes vgl. Tuguši, S.: Ešče odin urok Tengiza Abuladze, in: Murian, V. M. (Hg.): Kino: Metodologičeskie issledovanija. Moskau 2001, S. 187–190; Horton, A. (Hg.): Russian Critics on the Cinema of Glasnost. New York 1994; Youngblood, D.: Repentance: Stalinist Terror and the Realism of Surrealism, in: Rosenstone, R. A. (Hg.): Revisioning History: Film and the Construction of a New Past. Princeton 1995, S. 139–154.

tödlich. „Das Gebet“ gehört mit „Der Baum der Wünsche“¹⁷ (Natvris khe/Drevo želanija, 1977) und „Die Reue“¹⁸ (Monanieba/Pokajanie, 1984) zu einem insgesamt dreiteiligen Filmzyklus, der auch im Westen stark rezipiert wurde und dem Regisseur internationalen Ruhm bescherte.¹⁹

Tengiz Abuladze begann seine Laufbahn als Filmemacher gemeinsam mit Revaz Čcheidze in der Tradition des Neorealismus. Ihr Debüt „Magdanas Eselchen“ (Lurdža Magdany, 1955) bekam in Cannes einen Preis. Später inszenierten beide Regisseure Filme über die Tragik des Krieges. Abuladze berichtet in „Ich, Großmutter, Iliko und Illarion“ (Ja, Babuška, Iliko i Illarion, 1963) über den Krieg als Einbruch der fremden, feindlichen, hoch technisierten Zivilisation in die patriarchalische Welt eines Dorfes. Revaz Čcheidze zeigt in dem 1964 produzierten Film „Der Vater des Soldaten“ (Otec soldata), wie ein alter Bauer, der von der Verwundung seines Sohnes an der Front erfährt, sein Dorf verläßt, um diesen zu finden.

Fallbeispiel: „Der Vater des Soldaten“ (Revaz Čcheidze, 1964)

Der Regisseur und sein überzeugender Hauptdarsteller Sergo Zakariadse erzählen in diesem georgischen „road movie“ vom Zusammenprall der Welt des Weinbauern Georgij Macharašvili und der des Frontsoldaten. Der bodenständige Alte mit seinen vom Dorfleben geprägten Verhaltensmustern ignoriert die Realitäten des Krieges. Selbst im Schützengraben lebt er konsequent nach seinen eigenen Gesetzen weiter, woraus sich im Film Humor und Dramatik ergeben und was den Hauptdarsteller zu einem Liebling des sowjetischen Publikums werden ließ.²⁰

Der alte Georgier gerät über die wechselnden Stationen seiner Odyssee immer näher an die wankende Front einer der erbarmungslosen Sommerschlachten des Jahres 1942. In dem Maße, in dem sich der Unterschied zwischen Zivilbevölkerung und kämpfender Truppe verwischt, verwandelt sich der scheinbar unbeholfene Alte, den man besorgt nach Hause abschieben will, in einen zähen,

17 „Der Baum der Wünsche“ erzählt von der Zerstörung des Mythos eines georgischen Paradieses am Anfang des 20. Jahrhunderts. In ein kleines Dorf hält die Moderne Einzug, doch dessen skurrile Bewohner verdrängen dies stoisch. Der Dorflehrer predigt von der geistigen Übermacht Georgiens, eine Verrückte berichtet von ihrer aus Groschenheften zusammengeträumten Liebe, ein Anarchist beschwört den technischen Fortschritt, ein Gegner die Tradition. Viele der Geschichten enden tragisch, denn das wirkliche Leben und die Wünsche und Ideen der Beteiligten klaffen zu weit auseinander.

18 Diese Geschichte über einen Diktator und sein Volk wird als „kleine Begebenheit“ in der Chronik eines nicht näher genannten Städtchens in einer nicht näher genannten Zeit aufgerollt. Varlam, der „Vater des Volkes“, liquidiert nach und nach die Bevölkerung, löscht die alte Kultur und das historische Gedächtnis aus, läßt die Kathedrale sprengen, versucht, den Künstler mit dessen Auserwähltheit zu korrumpieren und vernichtet ihn schließlich. Doch nach dem Ableben Varlams wird dessen Leiche immer wieder von Unbekannten ausgegraben und in seinem Garten aufgestellt.

19 Vgl. dazu Anninskij, L.: Zur Stalinismuskritik im Kino. Anmerkungen zum sowjetischen Film „Reue“, in: NZZ, 11./12.10.1987; Der Preis der Identität. Tengiz Abuladse und Wim Wenders triumphieren in Cannes, in: Süddeutsche Zeitung, 21.5.1987.

20 Vgl. Papava, M.: Otec soldata, in: Iskusstvo kino, 6/1965; Kogan, L. N. (Hrsg.): Kino i zritel': Opyt sociologičeskogo issledovanija, Moskau 1968, S. 111.

tapferen Soldaten, der auch noch den Jüngeren Eindruck abverlangt. Auf der Reise ins Lazarett begegnet Georgij zum ersten Mal der Sowjetarmee – in Form von diszipliniert in geordneten Reihen und zu Marschmusik vorbeiziehenden Truppen, die einen spürbaren Gegensatz zur undisziplinierten Quirligkeit seines Heimatdorfes bilden. Kurz darauf fährt der Alte mit einigen Zivilisten auf einem Pferdewagen, wo er dem Kutscher seine Meinung über den Krieg mitteilt. Der Krieg sei „nicht meine Sache“, sondern eine Angelegenheit für „die Jungen“, die kämpfen könnten – am Zielort angekommen, bemerkt er, daß der Mann ein beinloser Invalide ist, der sich nur auf primitiven Prothesen fortbewegen kann. Auch im Lazarett begegnet er Menschen, die von der Realität gezeichnet sind – verwundeten Soldaten und einem Arzt, der vor Erschöpfung einschläft, als Georgij von seinem Sohn erzählt. Die Konfrontation mit den Ereignissen und Folgen des Krieges kulminiert in der Szene, in der Georgij zwischen die Fronten gerät und aus Wut über den feigen Mord an seinem jungen russischen Kameraden einen deutschen Soldaten erschlägt. Vater Macharašvili will sich nun auch zur Armee melden und es gelingt ihm sogar, den perplexen General zu überzeugen, daß er trotz seines hohen Alters noch „voll einsatzfähig“ ist. Dieser formale und propagandistische Akzent macht den georgischen Soldaten zum Helden.

Noch bemerkenswerter als die Umwandlung von Passivität in Aktivität im Handeln der Hauptfigur ist das starre Gleichbleiben seines Wesens und seines Verhaltens im „Alltag“. Die knorrige Individualität des alten Weinbauern ist so ausgeprägt, ruht so fest in sich selbst, daß sie sogar von der Extremsituation des Krieges unberührt zu bleiben vermag. Nicht die unmenschlichen Maßstäbe und Gesetze des Krieges zwingen sich dem alten Soldaten auf – wenn er auch töten muß – sondern er besitzt die ertümliche Kraft, seine überzeitliche bäuerliche Denkweise von Pflanzen und Ernten, vom Erhalten und Pflegen den Menschen seiner Umgebung aufzuprägen. Macharašvili liebt eigentlich nur seinen Sohn und seine Erde: den einen, weil er Vater, die andere, weil er Bauer ist. Das Konzept der „Erdverbundenheit“ zieht sich durch die gesamte Handlung und manifestiert sich permanent in der Handlungsweise des Hauptprotagonisten. Selbst als sich Georgij vor einem Gefecht mit seinen Kameraden zur Deckung ein Erdloch ausgraben muß, zerreibt er sinnierend den Boden zwischen den Fingern: „Gute und lebende Erde“ (zemlja). Auch er ist es, der im verschneiten Boden auf dem Marsch nach Deutschland eine symbolträchtige Entdeckung macht: Ein Grenzschild mit der Aufschrift „SSSR“.

In einer späteren, in der Nähe einer deutschen Kirche spielenden Szene spricht der Alte in seiner georgischen Muttersprache – mit den Weinstöcken, die ihn an sein Dorf erinnern und ihn dazu inspirieren, ein Liedchen anzustimmen. Doch seine Freude währt nur kurz: Ein sowjetischer Panzer biegt von der Straße in das Feld ein und zermalmt die ersten Weinstöcke unter seinen Ketten. Georgij wirft sich vor das donnernde Ungetüm und bringt schließlich die Panzerbesatzung unter Zuhilfenahme von Ohrfeigen dazu, ihre Richtung zu ändern und die Gewächse zu schonen. Weinstöcke zu zerstören sei für ihn ebenso ein Verbrechen wie Menschen zu töten – wobei er auf zwei im Weinberg stehende deutsche

Kinder aufmerksam macht und den Panzerkommandanten auffordert, diese „Faschisten“ doch auch zu erschießen. Wenn der Alte einer vom Kriege abgestumpften, hartgesottenen Panzerbesatzung ins Gewissen redet und erreicht, daß sie beschämt den Weinstöcken ausweicht, die sie gerade zu überrollen im Begriff war, so wird suggestiv eine klare, sichere Gewißheit darüber spürbar, nach welchen Grundsätzen der Mensch – unabhängig von der Situation – sein Handeln auszurichten habe.

In den Kampfscenen fällt Čheidze zudem des öfteren in den pathetischen Monumentalstil der „stalinistischen“ Kriegsepen zurück. Gleich weit entfernt von dokumentarischem Realismus und distanzierender Abstraktion – man denke an die exzentrische, sich schwerelos drehende Kamera Grigorij Čuchrajs in der „Ballade vom Soldaten“ (*Ballada o soldate*, 1959) während des deutschen Panzerangriffs – entfaltet sich das Kriegsgeschehen in schöner Plastizität, in die Tiefe einer gewaltigen Freiluftbühne gestaffelt. Bezüglich dieser theatralischen Formen scheint sich der Film eher an Werken wie Vladimir Petrovs „Die Stalingrader Schlacht“ (*Stalingradskaja Bitva*, 1949) oder Michail Čiaurelis „Der Fall von Berlin“ (*Padenie Berlina*, 1949/50) zu orientieren. Die Szene, in denen Macharašvili auf dem Weg zu seinem Sohn wie ein entfesselter Kriegsgott das Treppenhaus eines von den Deutschen besetzten Gebäudes mit der Maschinenpistole stürmt, wirkt einer Sequenz bei Petrov nachgestellt, in der ein Sergeant im Alleingang ein Haus in Stalingrad vom Keller bis zum Dachboden von Deutschen leerfegt. Solche Szenen wie auch der ganz als Bühnenfinale inszenierte Abschied Georgijs von seinem sterbenden Sohn auf dem Hausdach über der Stadt stehen im Widerspruch zu der mit chronistischer Sorgfalt beobachteten Detailzeichnung der kleinen Ereignisse und ihrer Charaktere am Rande der Schlacht.

Die Handlung des Films ist einfach und schlicht – doch gerade darin liegt der Charakter ihrer Allgemeingültigkeit. Formal durchschnittlich und mit konventionellen Mitteln gestaltet, gelangt der Film doch zu einer eindringlichen Wirkung. Das verdankt er der zweifellos herausragenden Darstellungskunst Sergo Zakariades. Der freilich nimmt den gesamten Krieg auf seine breiten Schultern. Der georgische Regisseur wollte vermutlich mit dem bäuerlichen Dickschädel bewußt eine exemplarische Charakterstudie seines ganzen Volkes liefern. Der erdverbundene Bauer, begeisterte Soldat und liebende Vater versetzt in jeder Phase des Films den Zuschauer in den Zustand, dem künstlerischen Abbild des georgischen Weinbauern etwas Vorbildliches und Sinnbildhaftes abgewinnen zu können. „Der Vater des Soldaten“ steht somit zweifellos in der Tradition des in der georgischen Filmschule verbreiteten Genres der Tragikomödie, das auf dem Zusammenprall alter, patriarchalischer Lebensformen mit der Moderne beruht und dessen Grundsituation scheinbar unendlich variiert werden kann. So reihte sich „Der Vater des Soldaten“ ein in eine Galerie skurriler Dorfkäuze, diesem ständigen Ornament der folkloristischen Komödie, in der die Helden in ihren Träumen und Utopien leben und die schlechten Dinge der Realität nicht wahrhaben können oder wollen. Dies führt zu einem unüberwindlichen Auseinander-

klaffen von Leben und Ideen und endet unausweichlich in der Tragödie. Èl'gar Šengelaja charakterisierte diesen Sachverhalt wie folgt: „*Realismus ist und bleibt ein Produkt des europäischen analytischen Denkens. Die orientalische Kultur strebt nicht nach Abbildung, sondern immer nach Symbolik, Parabel, Ornament. Und die georgische Kultur steht an der Scheide, ja dazwischen.*“²¹

Der in der UdSSR als einer der größten Filmerfolge des Jahres 1965 rangierende „Vater des Soldaten“ war gleichfalls einer der letzten sowjetischen Kriegsfilme, die in Form und Inhalt der Periode des „Tauwetters“ zugerechnet werden können. Mit Beginn der Ära Brežnev brach nicht zuletzt im kulturellen Bereich die „Zeit der Stagnation“ an, in der ein neuer Konservatismus und eine verschärfte Zensur auch das verfilmte Bild des Krieges in konventionellere Schablonen gießen sollten.²²

21 Zit. nach Engel, Geschichte des sowjetischen und russischen Films, S. 168.

22 Zum sowjetischen Kino in der Brežnev-Ära vgl. Golovskoy, V./Rimberg, J.: Behind the Soviet Screen. The Motion-Picture Industry in the USSR 1972–1982, Ann Arbor 1986; Jampolskij, M.: Kino bez kino, in: Iskussvo kino, 6/1988, S. 88–95; Turovskaja, M.: K probleme massovogo fil'ma v sovetskom kino, in: Kinovedčeskie zapiski, 8/1990, S. 72–78.

HERRSCHAFTSDISKURS- UND LEITTEXTFORSCHUNG AM ODER OHNE ENDE?

Jürgen John

Siegfried Lokatis hat mit seinem Buch „Der rote Faden“¹ ein an frühere Forschungen und Publikationen anknüpfendes Gesamtporträt all dessen geliefert, was sich um die achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (1966/71) an Hintergründen, Absichten und Wirkungen im engeren Sinne rankte. Er versteht dies unter den Leitbegriffen „Parteigeschichte“ und „Zensur“ als paradigmatischen Untersuchungsfall für Geschichtspolitik in der „Ära Ulbricht“ und für den damit verbundenen diktatorisch-voluntaristischen Politik-, Zensur- und Interventionsstil. Und er weicht der Frage nicht aus, was den Forschungs- und Arbeitsaufwand rechtfertige, sich in Buchform mit einem Geschichtswerk zu beschäftigen, das zwar für einige Jahre im Zentrum geschichtspolitischer Aktivitäten stand, bald aber wieder in der Versenkung verschwand.

Er nennt dafür gute Gründe: Der „Achtbänder“ war – nach Lokatis – ein durch die Vorgänge 1956/58 politisch dringliches und mit singulärem Aufwand betriebenes Projekt – so könnte man wohl die Befunde und Aussagen seiner Untersuchung zusammenfassen – (1.) zur Revision stalinistischer Geschichtsbilder, (2.) zur Etablierung eines SED-dominierten Geschichtsbildes – auch als Gegenentwurf zur traditionellen und bundesdeutschen Historiographie –, (3.) zur Legitimierung der DDR aus den Traditionen der Arbeiterbewegung und (4.) zur geschichtspolitischen Fundierung der Deutschlandpolitik und „nationalen Grundkonzeption“ der Ulbricht-Ära für eine „sozialistische Revolution mit gesamtdeutschem Anspruch“.

Lokatis bescheinigt diesem Unternehmen, eine Art „Diktaturtheorie“ durch „formierte Erinnerung“² geschaffen zu haben. Er verweist auf den Stellenwert von „Geschichte und Traditionen“ im SED- und DDR-Selbstverständnis, auf die exponierte Rolle der Parteiesschreibung in der DDR und auf den Charakter des „Achtbänders“ als parteioffizieller Version der SED-Geschichte und -Vorgeschichte mit freilich kurz bemessener kanonischer Funktion. In diesem Sinne sei er als eine Art „Heiliger Schrift“ erstellt worden, als verbindlicher Leittext zur inneren Disziplinierung der SED und als Zensurmaßstab für Verlage, Geschichtsliteratur, Schulbücher etc. Das erkläre die – von Stefan Heym in seinem „König David Bericht“ verspottete und an von Umberto Eco „Im Namen der Rose“ geschilderte Praktiken erinnernde – Tragikomik des gesamten Unternehmens und den scholastischen Eifer der Text- und „Einschätzungs“-Debatten

1 Der vorliegende, leicht überarbeitete Beitrag wurde als Kommentar anlässlich der Buchvorstellung am 12. Februar 2004 in Berlin verfaßt. Vgl. Siegfried Lokatis, *Der rote Faden. Kommunistische Parteiesschichte und Zensur unter Walter Ulbricht* (Zeithistorische Studien 25), Köln/Weimar/Wien 2003.

2 Lokatis: *Der rote Faden*, S. 359.

ebenso wie die generalstabsmäßigen Planungen, den riesigen institutionellen, personellen und propagandistischen Aufwand, den Verschleiß von Forschungsenergie und die so – zur Freude heutiger Forscher – hinterlassenen Aktenberge.

All das breitet Siegfried Lokatis in archivgestützter Detailfülle aus. Das Buch ist eine beeindruckende Rechercheleistung in – wie ich finde – stilistisch glänzender Präsentation, wenn der ironische Stil vielleicht auch manchen befremden mag. Da wäre aus meiner Sicht viel zu loben und wenig zu beklammern. Ich will das gar nicht erst versuchen. Vielmehr möchte ich meinen Kommentar und meine gelegentlichen Einwände ins Grundsätzlichere wenden und dies in die Form einiger Anmerkungen aus meiner derzeitigen Arbeits- und Diskussionsperspektive der Erinnerungs-, Wissenschafts- und Universitätsgeschichte bringen. Da bewege ich mich auf etwas sicherem Terrain. Als nur gelegentlich zeithistorisch Tätiger bin ich nach den Maßstäben des Zentrums für Zeithistorische Forschung wohl doch eher ein Außenseiter. Ungewollt sind es insgesamt acht Anmerkungen geworden. Das „ungewollt“ sei betont. Diese Zahl soll keine Anspielung auf Lokatis' achtbändigen Untersuchungsgegenstand und auf die acht Kapitel seines Buches sein.

(1) Das von Lokatis untersuchte Fallbeispiel der achtbändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ ist ein eindrucksvoller Beleg für den „heiligen Ernst“ eines „Erziehungsstaates“³, der – zumindest in der „Ära Ulbricht“ – sehr stark auf Geschichtspolitik, erziehendes Geschichtsdenken und normiertes kollektives Erinnern mit entsprechenden „Leit- und Meistererzählungen“ setzte. Das macht auch Ulbrichts oft verspotteten „dritten Beruf“ als Historiker⁴ plausibel, den Lokatis zu Recht mit den konkreten Machtinteressen und entsprechenden Eingriffen in die Geschichtswissenschaft in Verbindung bringt.⁵

Man erführe nun aber gern, wie der „Achtbänder“ im DDR-spezifischen Gesamtensemble solcher „Leit- und Meistererzählungen“ bzw. in den Perspektivwechseln und Wandlungen des geschichtspolitischen Koordinatensystems der DDR von den 1950er/60er zu den 1970er/80er Jahren zu verorten ist. Im Vergleich etwa zu dem seit den 1960er Jahren erscheinenden Hochschullehrbuch der deutschen Geschichte, das nach Matthias Middell und Martin Sabrow mit dem „Achtbänder“ *zusammen* die Grundelemente der nationalgeschichtlichen „Mei-

3 Vgl. auch Heinz-Elmar Tenorth: „Erziehungsstaaten“. Pädagogik des Staates und Etatismus der Erziehung, in: Erziehungsstaaten. Historisch-vergleichende Analysen ihrer Denksysteme und nationaler Gestalten, hg. von Dietrich Benner, Jürgen Schriewer und Heinz-Elmar Tenorth (= Bibliothek für Bildungsforschung 1), Weinheim 1998, 13-53, v.a. S. 30-33, sowie im engeren Sinne zu Erziehung und Pädagogik der DDR Dietrich Benner/Horst Sladek: Ist Staatspädagogik möglich? Erziehungswissenschaft in SBZ und DDR zwischen affirmativer Staatspädagogik und reflektierender Pädagogik, in: Ebd., S. 195-224; Gert Geißler/Ulrich Wiegmann: „Das Sein bestimmt das Bewußtsein“. Zur gesellschaftspolitischen Funktionalisierung der Erziehung in der DDR-Gesellschaft, in: Ebd., S. 225-247.

4 So Ulbricht selber auf der 2. Tagung des ZK der SED 1963 über sein Verhältnis zur Geschichtswissenschaft; vgl. auch - diese Äußerung aufgreifend und im Stile eines Lobliedes - Dieter Fricke: Sein „Dritter Beruf“. Walter Ulbricht als Historiker, in: Sozialismus und Universität. Walter Ulbricht zum 75. Geburtstag gewidmet, Friedrich-Schiller-Universität Jena 1968, S. 71-86.

5 Lokatis: Der rote Faden, S. 209.

stererzählung“ der „Ulbricht-Ära“ bildete⁶, weiterhin zur mehrbändigen „Deutschen Geschichte“ der 1970er/80er Jahre oder zu der freilich in den Anfängen steckengebliebenen Parteigeschichte der 1980er Jahre.

Ein solcher Vergleich berührt auch die nach wie vor konträre Interpretation der Früh- und Spätphasen der DDR-Geschichtspolitik und -kultur. Die *einen* interpretieren die 1950er/60er Jahre als noch mehrdeutige und relativ offene Periode mit einem gewissen Nebeneinander „bürgerlicher“ und marxistischer Positionen und die 1970er/80er Jahre als inhaltlich verengte Periode eines nunmehr eindeutig-ausschließlichen marxistischen Paradigmas und entsprechenden Deutungsmonopols. *Andere* konstatieren einen geschichtskulturell eher umgekehrten Prozeß. Sie sehen gerade die Spätphase der 1970er/80er Jahre in Korrespondenz mit der internationalen Dialog- und Entspannungspolitik als Periode der Erosion früher verbindlicher, mit autoritär-repressiven Mitteln durchgesetzter und der Sprache des „Kalten Krieges“ verpflichteter Deutungsmuster der „Ära Ulbricht“, als Periode geweiteter Geschichtsbilder, nachlassender geschichtspolitischer Intervention sowie geschichtswissenschaftlicher Professionalisierung, Ausdifferenzierung und Emanzipation.

Siegfried Lokatis scheint sich aus solchen Debatten und Interpretationskämpfen heraushalten zu wollen. Jedenfalls enthält sein Buch – sofern ich es nicht überlesen habe – zu all dem wenig bzw. nur politikstil- und kontinuieritätsbezogene Aussagen. Lokatis sieht die späteren Unternehmen der 1970er/80er Jahre allein in der 1959/62 vorgezeichneten Kontinuität und im Erbe-und-Traditionsmodell der 1970er/80er Jahre einen bloßen Ausläufer der „nationalen Grundkonzeption“ (1959). Dieses vom ihm ironisch als „Nagruko“ abgekürzte Konzept und der „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (1962/63) hätten das DDR-Geschichtsbild bis 1989 konstitutiv geprägt. Dies scheint mir den Untersuchungsgegenstand des vorliegenden Buches zu *über-*, die deutungskulturelle Relevanz der späteren Erbe- und Traditionsdebatten zu *unterschätzen* und den gesamten geschichtskulturellen Perspektiv- oder gar Paradigmenwechsel der 1970er/80er Jahre⁷ viel zu *gering* zu veranschlagen. Diese späteren Vorgänge

6 Vgl. Matthias Middell: Autoren und Inhalte. Die Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1953–1989, in: Historische Zeitschriften im internationalen Vergleich, hg. von Matthias Middell, Leipzig 1999, S.235-296, hier S. 238; Martin Sabrow: Planprojekt Meistererzählung. Die Entstehungsgeschichte des „Lehrbuchs der deutschen Geschichte“, in: Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR (Zeithistorische Studien 14), hg. von Martin Sabrow, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 227-286; ders.: Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969 (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit 8), München 2002, S. 183-252; in einer Rezension dieses Bandes vertritt Rainer Eckert (Leipzig) den Standpunkt, es sei grundsätzlich falsch, Hochschullehrbuch und „Achtbänder“ als „Meistererzählung“ einzustufen, „da hier doch ganz offensichtlich eine parteiamtliche Historiographie dominierte“. Vgl. Das Historisch-Politische Buch 50 (2002), H. 1, S. 10.

7 Über diesen geschichtskulturellen und - zumindest partiell - auch geschichtspolitischen Perspektiv- bzw. - weiter gefaßt - Paradigmenwechsel der 1970er/80er Jahre wäre ohnehin noch gründlicher als bisher nachzudenken und zu diskutieren; neben den bereits genannten Aspekten der Erosion von Deutungsmustern, nachlassender geschichtspolitischer Intervention „von oben“, der Professionalisierung und Ausdifferenzierung der Geschichtswissenschaft und dem zweifellos ins Gewicht fallenden Generationswechsel würde ich dabei vor allem folgende Aspekte veranschlagen: den Wechsel vom gesamtdeutsch ausgerichteten zum DDR-bezogenen Nationsverständnis; damit verbundene Ausweitung des DDR-offiziellen Geschichtsbildes unter Berufung auf das Er-

liegen zwar außerhalb von Lokatis' eigentlichem Untersuchungszeitraum, kommen aber durch die kontinuierkeitsbezogenen Aussagen ins Bild. Und diese Aussagen fordern zum Widerspruch heraus.

(2) Einen Kontinuitätsbruch sieht Lokatis in der Preisgabe national eigenständiger deutschlandperspektivischer Politik und Geschichtsidentität nach Ulbrichts Sturz und der Demontage des „Achtbänders“. An deren Stelle seien in der „Ära Honecker“ geschichtspolitische Hörigkeit gegenüber der Sowjetunion sowie internationalistische Rhetorik und Umcodierungen getreten. Dies scheint mir die Ulbricht-Ära geschichtspolitisch zu sehr *auf-* und die Honecker-Ära zu stark *abzuwerten*. Und es folgt einem verbreiteten – in dieser Weise meines Erachtens unangemessenen – Trend, eine gewissermaßen noch „frische, reformentschlossene und eigenständige Ära Ulbricht“ der „unselbständigen, verkrusteten und erodierenden Ära Honecker“ gegenüberzustellen. Neben Ulbrichts Deutschlandpolitik ist dabei meist das – beim „Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker“⁸ teilweise wieder zurückgenommene – Paket wirtschafts-, bildungs- und wissenschaftspolitischer Reformen⁹ der – so ein deutsch-deutsch vergleichender Buchtitel – „dynamischen“ 1960er Jahre¹⁰ angesprochen worden.

Ulbrichts Deutschlandpolitik wird von Lokatis als Kontext des „Achtbänders“ berücksichtigt, die Reformpolitik aber nicht. Doch drängen sich da Fragen auf. Gab es Zusammenhänge zwischen der Reform- und der Geschichtspolitik der 1960er Jahre und wenn ja welche? Wie verhielten sich die verschiedenen Reformetappen¹¹ zur Genese des „Achtbänders“¹²? Kam der Geschichtspolitik und dem Thema „Geschichte der Arbeiterbewegung“ dabei tatsächlich nur eine volkspädagogische und repressive Maßnahmen rechtfertigende Funktion zu, wie Lokatis – in diesem Falle zweifellos zu Recht – im Kontext des 11. Plenums 1965¹³ ausführt? Und wie – wäre meines Erachtens weiter zu fragen – verhielt sich der ambivalente Umgang des „Achtbänders“ mit den ebenso betonten wie in

be der gesamten deutschen Geschichte; entsprechend verändertes Erbe-Traditions-Modell und deutlichere arbeitsteilige Geschichtspolitik (etwa im Falle der beim Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften angesiedelten „Deutschen Geschichte“ und der beim IML angesiedelten und der nun eher mit auf dieses engere Gebiet bezogenem Deutungshoheitsanspruch betriebenen Parteigeschichte); stärkere historiographische Hinwendung zur Sozial-, in Einzelbereichen auch zur Alltagsgeschichte.

8 Vgl. Monika Kaiser: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997.

9 Vgl. Jörg Rösler: Das Neue Ökonomische System - Dekorations- oder Paradigmenwechsel? (hefte zur ddr-geschichte 3), Berlin 1993; ders.: Wirtschafts- und Industriepolitik, in: Die SED. Geschichte. Organisation. Politik. Ein Handbuch, hg. von Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan und Jürgen Winkler, Berlin 1997, S. 277-293; Hubert Laitko: Das Reformpaket der sechziger Jahre - wissenschaftspolitisches Finale der Ulbricht-Ära, in: Naturwissenschaft und Technik in der DDR, hg. von Dieter Hoffmann und Kristie Macrakis, Berlin 1997, S. 35-57.

10 Vgl. Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 37), hg. von Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers, Hamburg 2000.

11 Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung (1963/67); Ökonomisches System des Sozialismus/(sog. III.) Hochschulreform/Akademiereform (1967/71).

12 Nach der konzeptionellen Vorbereitung seit 1956/58 vom „Grundriß“ (1962/63) über die Textdebatte (1964/65) bis zum Erscheinen (1966/71).

13 Lokatis: Der rote Faden, S. 310-312.

ihren „reformistischen“ Zügen bekämpften sozialdemokratischen Wurzeln *sowohl* zum „Kampf gegen den Sozialdemokratismus“ in den eigenen Reihen der SED *als auch* zur – zwischen Kooperation und Attacken gegen die bundesdeutsche SPD schwankenden – Ambivalenz der Deutschlandpolitik Ulbrichts?

(3) Welche Spuren hinterließ der „Achtbänder“ über die von Lokatis geschilderte verordnete und bald wieder abgebrochene SED-interne Rezeption hinaus im Geschichtsdenken? Und was machte – bei aller scholastischen Wortklauberei und allem Verschleiß an Forschungsenergie – den wissenschaftlichen Ertrag des Gesamtunternehmens aus, das ja – im Widerspruch zu seinem Titel – keine Geschichte der Arbeiter*bewegung*, sondern eher eine auf aktuelle politische Interessen ausgerichtete und entsprechend zurechtgestutzte Geschichte von Konzepten, Richtungen, Parteistrukturen und Führungsgruppen darstellte?

Lokatis spricht an einer Stelle – etwas überraschend und von der sonstigen Darstellung abgehoben – vom „vergleichsweise guten Ruf des Achtbänders“¹⁴. Er führt diesen allerdings nur auf die relative Namensoffenheit zurück, auf die geringe Zahl von „Unpersonen“ und auf die Bereitschaft, in diesen acht Bänden wie im begleitenden „Biographischen Lexikon zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (1970) Stalins Opfer oder „Abweichler“ – wenn auch pejorativ – zumindest zu nennen. Erwähnt werden im Buch zudem die vom Institut für Marxismus/Leninismus (IML) edierten vielbändigen „Dokumente und Materialien (zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung)“, die Gründung einer eigenen Zeitschrift („Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“) und des Zentralen Parteiarchivs beim IML.

Offen bleibt, ob das von der traditionell auf „Staat“, „Eliten“ und „Volk“ ausgerichteten deutschen Geschichtsschreibung bis dahin kaum bearbeitete Forschungsfeld (der Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte) auf diese Weise erstmals durch ein vom „Arbeiterstaat“ DDR massiv lanciertes Unternehmen erschlossen wurde? Das ist naheliegend, wird aber von Lokatis nicht erörtert. Und das wiederum überrascht bei einem so spezifischen Untersuchungsgegenstand und löst Fragen aus. Kam diesem Unternehmen also trotz aller konzeptionellen und thematischen Enge eine Pionierfunktion zu? Diese Frage läßt sich natürlich nur im deutsch-deutschen Vergleich beantworten. Hier wäre der immer wieder und meist vergeblich geforderte deutsch-deutsche Bezugs- und Kontrastvergleich tatsächlich dringend nötig. Nur so ließe sich die Frage beantworten, ob dieses Forschungsfeld mit dem „Achtbänder“ nicht nur politisch-symbolisch, sondern auch realiter zeitweise von der östlichen Seite besetzt wurde?

Dafür spricht vieles. Das Erscheinen des „Achtbänders“ und die ihn begleitenden – seltener veröffentlichten als sich in ungedruckten Dissertationen niederschlagenden – Forschungen stellten für die bundesdeutsche Seite eine deutliche Herausforderung dar. Erst danach setzte sich in der Bundesrepublik – teilweise gegen erhebliche Widerstände – der Trend zur historischen Arbeiter(bewegungs)forschung durch. Sie überflügelte dann seit den 1970er Jahren rasch die

14 Ebd., S. 243.

östliche Seite. Dort stagnierten solche Forschungen. Sie galten als Relikte einer auf die Person Ulbrichts zugeschnittenen Historiographie und blieben zudem häufig in der Falle früherer Kanons und Deutungsmuster gefangen. Dennoch und trotz konzeptioneller Enge des „Achtbänders“ stellt sich die Frage, in welchem Maße er in der DDR und darüber hinaus forschungsstimulierend wirkte und welchen Forschungsertrag das ganze Unternehmen bei allem zu Recht konstatierten Verschleiß an Forschungsenergie letztlich erbrachte? Darauf gibt das Buch leider keine Antwort. Die Frage ist für Lokatis sicher nicht untersuchungsleitend gewesen. Aber darin liegt meines Erachtens auch das Problem.

Das führt zu Fragen nach den Erkenntnismöglichkeiten und -grenzen von Untersuchungen wie der vorliegenden – und damit zu meiner vierten Anmerkung.

(4) Lokatis' Buch ordnet sich in eine nun schon stattliche Reihe von Publikationen über Geschichtsdiskurse, Geschichtsdenken, Geschichtspolitik und Geschichtswissenschaft namentlich der frühen DDR ein. Dieser Untersuchungsgegenstand avancierte so zu einem – auch im Vergleich zu anderen Wissenschaftsdisziplinen und selbst zu den in der DDR massiv geförderten Natur- und Technikwissenschaften¹⁵ – auffällig privilegierten „Großobjekt“ zeit- und wissenschaftshistorischer Forschung. Das scheint mir ebenso erklärungsbedürftig wie nach nunmehr zehn Jahren solcher Forschungen überdenkenswert zu sein.¹⁶ In der Regel wird auf die – schon erwähnte – exponierte Rolle von „Geschichte und Traditionen“ im DDR- und SED-Selbstverständnis und als legitimierende Universalargumente nach innen und außen verwiesen. Verifiziert wird das freilich kaum oder nur anhand normativer Quellen. Ob Geschichtsdenken und -kultur in der gesellschaftlichen Realität der DDR tatsächlich die vermutete herausragende Rolle gespielt haben, bleibt zumindest unklar. Mir scheint da eher Skepsis angebracht.

Und ich würde – obwohl ich hier gewissermaßen in der Höhle des Löwen bin – sogar die These wagen, das anhaltend starke Forschungsinteresse an diesem Gegenstand könne auch auf eine berufsbedingt überzogene Wahrnehmung zurückzuführen sein. Historiker neigen nun einmal dazu, ihr Fachgebiet zu überschätzen und der Historiographie *per se* eine gesellschaftswirksame Leit- und Orientierungsfunktion zuzuschreiben. Damit verbindet sich mitunter die Tendenz, der Historiographiegeschichte eine Art Stellvertreterfunktion zuzubilligen, sie gleichsam als Ersatz für Gesellschaftsgeschichte oder – geringer dimensioniert etwa für Wissenschafts- und Universitätsgeschichte – zu betreiben und ihre Befunde auf das jeweils Ganze hochzurechnen. Das Problem einer möglicherweise überzogenen Wahrnehmung scheint sich mir bei Untersuchungen über historische „Leit- und Meistererzählungen“ mit entsprechend kanonbildender Funktion besonders zu stellen. Vor allem dann, wenn es sich – wie im vorliegenden Untersuchungsfalle – um staatlich subventionierte Schriften handelt, bei

¹⁵ Vgl. Naturwissenschaft und Technik in der DDR (wie Anm. 9).

¹⁶ Im Folgenden beziehe ich mich auch auf meine Sammelrezension zu zwei Veröffentlichungen Martin Sabrows 2000/01 - vgl. Jürgen John: DDR-Geschichtswissenschaft als prominenter Forschungsgegenstand, in: Utopie kreativ 143 (September 2002), S. 837-844.

denen ja nicht einmal aus den Auflagehöhen auf ihre tatsächliche Rezeption und Wirkung zu schließen ist.

(5) Wie andere vor ihm hat Siegfried Lokatis angesichts weit geöffneter Archive vor allem aktenkundige Vorgänge im Hintergrund, Herrschaftspraktiken, interne Auseinandersetzungen, „subkutane Regeln“ und die gesamte institutionelle und zensorische – wie er ironisch schreibt – „Hardware“ der Diskurse untersucht. Letztere selbst kommen namentlich bei der Beschreibung der Textdebatten und Zuschriften ins Bild. Die Text- und Diskursanalyse nimmt bei ihm einen weit größeren Stellenwert ein als in Vorgängerpublikationen. Das gehört meines Erachtens zu den großen Vorzügen des Buches. Doch bleibt diese Form der Analyse nach meinem Eindruck letztlich auf Debatten im engeren Machtzirkel des Unternehmens beschränkt.

Das ist in vieler Hinsicht verständlich. Solch interne Debatten sind höchst informativ und aufschlußreich. Vor allem dann, wenn sich in ihnen – wie im Falle der von Lokatis als „Ulbrichts Glasperlenspiel“ apostrophierten 58er „Thesen zur Novemberrevolution“ und der vorangehenden Kontroversen um den „sozialistischen“ oder „bürgerlichen Charakter“ dieser Revolution¹⁷ – eigene Selbst- und Revolutionsbilder, erzieherisches Geschichtsdenken sowie symbolische und reale Macht- und Fraktionskämpfe überschneiden. Lokatis konnte hier auf einen reichen Fundus an Archivalien zurückgreifen. Zudem ist es immer verführerisch, früheres Herrschaftswissen vor der Fachöffentlichkeit auszubreiten.

Dennoch meine ich, eine gewisse Vergleichsperspektive mit text- und diskursanalytischen Basisstichproben – etwa im weiten Felde der das Gesamtunternehmen begleitenden Zeitschriftenaufsätze oder der meist ja ungedruckt gebliebenen Dissertationen – wäre als Korrektiv sicher hilfreich gewesen. Man sollte den empirischen Gehalt der neben der propagandistischen „grauen Literatur“ etwa in Dissertationsform vor dem oder parallel zum „Achtbänder“ entstandenen Forschungsliteratur nicht unterschätzen. Auch wenn der Forschungsstand der 1950er/60er Jahre in diesem Falle wie generell heute längst überholt ist. Das ist normal und spricht nicht gegen die den „Achtbänder“ flankierende und ermöglichende Forschungsliteratur. In einem „herrschaftsfreien Raum“ entstand und bewegte sie sich keinesfalls. Sie war Bestandteil des geschichtspolitischen „Herrschaftsdiskurses“, aber möglicherweise mit eigenen Tönen und Interessen.

17 Vgl. Lokatis: *Der rote Faden*, S. 97-118; Rüdiger Schütz: *Proletarischer Klassenkampf und bürgerliche Revolution. Zur Beurteilung der deutschen Novemberrevolution in der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft*, in: *Geschichtswissenschaft in der DDR*, hg. von Alexander Fischer und Günther Heydemann, Berlin 1988/90, S. 759-795; Ernst Laboor: *Zum Abbruch der Diskussion über den Charakter der Novemberrevolution im Jahre 1958*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 37 (1995), H. 3, S. 69-76; Jürgen John: *Das Bild der Novemberrevolution 1918 in Geschichtspolitik und Geschichtswissenschaft der DDR*, in: *Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland* (Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich Ebert-Gedenkstätte 10), hg. von Heinrich August Winkler, München 2002, S. 43-84; die erinnerungskulturelle und zeithistorische Analyse dieser Kontroverse oder der Erbe-Traditions-Debatte der 1970er/80er Jahre (wie Anm. 7) vermißt man in der ansonsten sehr anregenden Essaysammlung: *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945*, hg. von Martin Sabrow, Ralph Jessen und Klaus Große Kracht, München 2003.

So gesehen, wäre der Vergleich der Fall- und Einzelstudien mit den Leittexten des „Achtbänders“ diskursanalytisch schon aufschlußreich.

(6) Was bedeutet das alles für die Wissenschaftsgeschichte, für das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, für die Motive und das Selbstverständnis der projekt- und diskursbeteiligten Wissenschaftler?

Wir erfahren aus dem vorliegenden Buch und aus ähnlich gelagerten früheren Publikationen nahezu alles über interne Auseinandersetzungen, Entscheidungsprozesse, Beschlüsse, Zensur und Repressionen der 1950er/60er Jahre „von oben“, aber wenig über geschichtswissenschaftliche Basisprozesse. Wir erfahren viel über eine „durchherrschte Gesellschaft“¹⁸ und eine – die Begriffe changieren – „gebundene“, „gelenkte“ oder „geplante Wissenschaft“¹⁹, kaum aber etwas über die Motive, Eigeninteressen und das Selbstverständnis der projekt- und diskursbeteiligten Historiker. Sie verstanden sich in der Regel ja selbst als „politische Historiker“ mit dem Anspruch auf Deutungskompetenz. Freilich bestritten sie dies im Rückblick nach 1989/90 meist. Sie agierten in einem deutlich anders strukturierten Bezugsfeld von Wissenschaft und Politik, als das nach 1990 von ihnen und anderen gern kolportierte Bild einer total gelenkten, von oben streng kontrollierten und geschurigelten Wissenschaft suggerierte, in dem die Historiker – und zwar auch die an solch prominenten Prestigeprojekten beteiligten – als politisch Instrumentalisierte²⁰, Bevormundete oder gutgläubig dem als „Mei-

18 Vgl. Jürgen Kocka: Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Sozialgeschichte der DDR, hg. von Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr, Stuttgart 1994, S. 547–553 sowie - diesen Begriff nunmehr für den Wissenschaftsbereich zurückweisend - ders.: Wissenschaft und Politik in der DDR, in: Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch/Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung (Interdisziplinäre Arbeitsgruppen. Forschungsberichte 6), hg. von Jürgen Kocka und Renate Mayntz, Berlin 1998, S. 435–459.

19 Vgl. etwa Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte von 1945 bis 1961 (Beiträge zur DDR-Wissenschaftsgeschichte A 1), hg. von Andreas Malycha, Leipzig 2003; die Quellenedition beinhaltet fast ausschließlich Dokumente zur SED-Wissenschaftspolitik, aber - im Gegensatz zum Titel - kaum zur eigentlichen Wissenschaftsgeschichte; und die Frage, in welchem Maße die Wissenschaftsprozesse in der DDR tatsächlich im - von der SED-Spitze zweifellos intendierten Sinne - von oben „geplant“ oder in den jeweiligen Forschungsplänen auch und gerade von den jeweils spezifischen – universitären wie außeruniversitären - Forschungsinteressen geprägt waren, bleibt hier ebenso unbeantwortet wie in der diese Edition vorbereitenden Studie - vgl. Andreas Malycha: „Produktivkraft Wissenschaft“ - Eine dokumentierte Geschichte des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR 1945-1990, in: Auf dem Weg zur „Produktivkraft Wissenschaft“ (Beiträge zur DDR-Wissenschaftsgeschichte B 1), hg. von Clemens Burrichter und Gerald Diesener, Leipzig 2002, S. 39–105; bislang konzentrieren sich die meisten einschlägigen Forschungen in solcher Weise auf die Wissenschafts- und Hochschulpolitik „von oben“ - vgl. etwa Hubert Laitko: Wissenschaftspolitik, in: Die SED (wie Anm. 9), S. 405–420, oder Ilko-Sascha Kowalczyk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003; die Wissenschafts- und Hochschuleliten, ihre wissenschaftlichen Eigeninteressen, wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Konzepte sind hingegen bislang meist nur marginal beachtet worden; eher eine Ausnahme stellt die vorzügliche Studie von Ralph Jessen: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 135), Göttingen 1999, dar.

20 So behauptete etwa der als Arbeitsgruppenleiter zum engeren Führungskreis des „Achtbänders“ gehörende Jenenser Historiker Fricke im Rückblick auf die DDR-Zeit - vgl. Dieter Fricke: Erste Versuche einer nicht nur auf die Forschung bezogenen Bilanz, in: Der Trümmerhaufen als Ausichtsturm. Historische, aktuelle und perspektivische Vermessungen einer gründlich veränderten Situation. Frank Deppe zum 23. September 1991, Marburg 1991, S. 201–213, hier S. 213.

nungsstreit“ „von oben“ inszenierten Verwirrspiel zum Opfer Gefallene, letztlich um ihr Lebenswerk Betrogene erscheinen.²¹

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Untersuchungen wie die vorliegende mit ihren – in keiner Weise zu bezweifelnden – Befunden diesem ex post-Narrativ wieder Auftrieb verleihen und der Vorstellung eines wesentlich wissenschaftsfeindlichen politischen Systems der DDR Vorschub leisten können. Aus Sicht der Wissenschaftsgeschichte geht dies aber am – und das gilt auch für die DDR – Kern des Problems vorbei: nämlich dem Spannungs-, *Bezugs-* und *Interaktionsfeld* von Wissenschaft und Politik, das der Wissenschaftshistoriker Mitchell G. Ash – und zwar systemübergreifend für das gesamte 20. Jahrhundert – in das Bild der „Ressourcen für einander“ gefaßt hat.²²

(7) So gesehen, stellt sich mir aus wissenschaftsgeschichtlicher Perspektive die Frage, ob der bisherige Weg der Forschungen über Geschichtspolitik, Geschichtsdiskurse und Geschichtswissenschaft in der DDR der *Königsweg* war und ob wir nach so viel Forschungen und Büchern nun tatsächlich ein angemessenes Gesamtbild von der DDR-Geschichtswissenschaft haben. Ich würde das eher verneinen.

Meines Erachtens sind in erster Linie die Geschichts- und Geschichtswissenschafts*politik*, die administrativen Strukturen und Entwicklungstrends im „Herrschaftsdiskurs“, die kanonbildenden Leittexte und jene vor allem auf die engere Partei- und DDR-Geschichte gerichteten Fachbereiche untersucht worden, die sichtlich affirmativ und staatslegitimierend agierten und so dem gern kolportierten Bild einer scheinbar durchweg „durchherrschten“, „geplanten“, „gelenkten“ und „gebundenen“ Wissenschaft entsprachen – oder sagen wir besser: nahekommen. Offen blieb schon, welches Selbstverständnis „politischer Historiker“, welche Eigeninteressen, Netzwerke und Ansprüche auf Deutungskompetenz dabei mitschwangen und welche Wandlungen sich von den 50er bis 80er Jahren vollzogen; erst recht, wie es um die gelegentlich eingeräumten, aber bislang nicht genauer untersuchten kritisch-analytischen Potentiale der DDR-Geschichtswissenschaft und um den „normalen Wissenschaftsbetrieb“ bestellt war.

Zweifellos hat die Historiographie in der DDR niemals eine auch nur annähernde Funktion als „kritische Ersatzöffentlichkeit“ ausgeübt wie etwa die Belletristik. Ihre affirmativen, legitimierenden, kanonbildenden, traditions-, sinn-

21 Solche und ähnliche Denk- und Argumentationsfiguren - etwa gediegen wissenschaftlichen Arbeitens im Dienste der Wissenschaft wie in fremd- und selbstverschuldeter politischer Unmündigkeit oder unterdrückter Kritik und „linientreuer Dissidenz“ - finden sich in einer Reihe von Erinnerungsschriften und im PDS-nahen Milieu „alternativer Wissenschaftskultur“ - vgl. Stefan Berger: Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR? Blick auf eine alternative historische Kultur im Osten Deutschlands, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 50 (2002), S. 1016–1034, bes. S. 1020–1023; vgl. auch Geschichtsschreibung in der DDR. Rück-Sichten auf Forschungen zum 19. Jahrhundert und zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, im Auftrag des Thüringer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V. hg. von Manfred Weißbecker, Jena 2001.

22 Vgl. Mitchell G. Ash: Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, in: Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, hg. von Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas, Stuttgart 2002, S. 32–51.

und identitätsstiftenden Züge waren stark ausgeprägt. Dennoch müssen – so meine ich – ihre kritisch-analytischen Aspekte beachtet, in Relation zu den affirmativen gesetzt und danach gefragt werden, welche Wandlungen sich dabei von den 1950er bis 1980er Jahren vollzogen und welche Rolle die Historiker selbst dabei spielten. Sicher: solche Fragen und Forderungen decken sich nicht mit den eigentlichen Erkenntniszielen und dem engeren Untersuchungsgegenstand des vorliegenden Buches. Sie reichen weit darüber hinaus und sind auch in erster Linie an die ganze Forschungsrichtung adressiert. Dennoch oder gerade deshalb sind sie auch an das vorliegende – in vieler Hinsicht vorzügliche – Buch von Lokatis zu richten.

(8) Stellt es – so gesehen – gewissermaßen den *Höhe-* und *Endpunkt* eines nun schon zehnjährigen Forschungs-Großprojektes dar? Und müßte nun nicht doch über einen Perspektivwechsel einschlägig historiographiegeschichtlicher Forschungen nachgedacht werden? Und zwar in doppelter Hinsicht: *erstens* mit anders gelagerten Basisforschungen und Fallstudien zur DDR-Historiographie und *zweitens* in einer – erst jüngst wieder von Konrad H. Jarausch mit Nachdruck geforderten – deutsch-deutschen Bezugs-, Kontrast-, Vergleichs- und Gesamtgeschichtsperspektive.²³ Das entzöge dieses Spezialfeld zeithistorischer DDR-Forschung der ja wohl sehr berechtigten Kritik Jürgen Kockas, die DDR-Forschung sei einer zu starken Binnensicht verhaftet und öffne sich zu wenig der nötigen komparatistischen Perspektive.²⁴ Und es könnte dieses zeithistorische Forschungsfeld für die speziell auf die DDR wie auf das gesamte 20. Jahrhundert²⁵ gerichtete Wissenschaftsgeschichte relevanter werden lassen als das zur Zeit der Fall ist.

23 Vgl. Konrad H. Jarausch: „Die Teile als Ganzes erkennen“. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: *Zeithistorische Forschungen* 1/2004 (Internet-Ausdruck), S. 1–15.

24 Vgl. Jürgen Kocka: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hermann Weber zum 75. Geburtstag, in: *Deutschland Archiv* 36 (2003), S. 764–769; ders.: Der Blick über den Tellerrand fehlt, in: *Frankfurter Rundschau*, 22. 8. 2003, S. 7.

25 Vgl. *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik* (wie Anm. 21); hier spielen - das spiegelt den derzeit höchst unbefriedigenden Forschungsstand wider - die Wissenschaftsgeschichte der DDR und der gesamten Zeit nach 1949 eine sehr untergeordnete Rolle.

DIE RECHTE HAND DES MfS IM BETRIEB – DER SICHERHEITSBEAUFTRAGTE

Renate Hürtgen

Im Zuge einer Neuorientierung auf das sogenannte Produktionsprinzip wurde die „politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft“ in der DDR in den 60er Jahren zu einer Schwerpunktaufgabe des MfS und der Betrieb zu einem wichtigen Raum für die Arbeit des Sicherheitsapparates.¹ Die Folge war ein dicht geknüpftes Netz inoffizieller Mitarbeiter, namentlich in den Leitungsetagen der Betriebe² sowie ein gut strukturiertes System der offiziellen Information und der Kontrolle von staatlichen Leitern und Funktionären aller im Betrieb ansässigen Organisationen. Diese letztgenannte Art der Zusammenarbeit wurde im MfS „politisch-operatives Zusammenwirken“ (POZW) genannt.³ Eine weitere Säule der Präsenz des MfS im Betrieb bildeten die Sicherheitsbeauftragten (SB), welche dem staatlichen Leiter unterstellt waren und zusammen mit diversen ehrenamtlichen Helfern über Ordnung und Sicherheit im Betrieb zu wachen hatten.⁴ Neben dieser offiziellen betrieblichen Funktion waren sämtliche Sicherheitsbeauftragte, haupt- wie ehrenamtliche, zugleich inoffizielle Mitarbeiter des MfS und damit zur konspirativen Zusammenarbeit verpflichtet.⁵ In dieser Eigenschaft hatten sie die Aufgabe, mit geheimdienstlichen Mitteln und Methoden volkswirtschaftlichen Schaden abzuwenden und jene Personen festzustellen, von denen eine „Feindtätigkeit“ ausgehen könnte. Der personenbezogene Aufgabenbereich

-
- 1 Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft, MfS-Handbuch, Teil III/10, Berlin 1997; Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte. Struktur. Methoden, MfS Handbuch, hg. v. Siegfried Suckut u. a., S. 36; Jens Gieseke, Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, Stuttgart/München 2001, S. 82 f.; Die politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft, o. D., BStU MfS JHS 21935. – Eine ausführliche Darstellung des MfS im Betrieb findet sich in: Renate Hürtgen, Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Der Vertrauensmann des FDGB in den Betrieben der DDR (ersch. Frühjahr 2005).
 - 2 Betriebsstudien belegen das eindrucksvoll. Vgl. auch: Hans-Hermann Hertle/Franz-Otto Gilles, Stasi in der Produktion – Die „Sicherung der Volkswirtschaft“ am Beispiel der Struktur und Arbeitsweise der Objektdienststellen des MfS in den Chemiekombinaten, in: Klaus-Dietmar Henke/Roger Engelmann (Hg.), Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 118–137; Renate Hürtgen, „...wir wußten schon, daß die im Betrieb waren, nur nicht, wer nun wirklich dabei war.“ Operative Personenkontrollen des MfS im DDR-Betrieb, in: Deutschland Archiv 36 (2003) 1, S. 34–44.
 - 3 Vgl. Das Zusammenwirken des MfS mit den Leitern von Staats- und Wirtschaftsorganen zur Lösung der Aufgabe des MfS und zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung, VVV MfS 016-Nr. 900/77, S. 22, Matthias-Domaschk-Archiv Berlin.
 - 4 Vgl. Das System der Sicherheitsbeauftragten – ein neues wirksames Instrument der sozialistischen Staatsmacht, das unter Führung des Ministeriums für Staatssicherheit zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung in der Volkswirtschaft, insbesondere zur Abwehr des Systems der Störtätigkeit imperialistischer Kräfte beiträgt. VVV, Potsdam, Juni 1969, BStU, MfS JHS, Nr. 21789.
 - 5 Vgl. Vorsitzender des Ministerrates, Verfügung Nr. 136/66 vom 14. Juli 1966, Aufbau eines Systems der Sicherheitsbeauftragten in der Industrie und im Bauwesen, BStU MfS BdL Dok. Nr. 002564. Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Staatssicherheit, Stellvertreter des Ministers, 2. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung Nr. 1/82, VVS MfS 0008-19/82, Arbeit mit Sicherheitsbeauftragten, S. 10–11, Anlage, Matthias-Domaschk-Archiv Berlin.

weitete sich im Zuge anwachsender Westkontakte bzw. „Ausreiseantragstellungen“ in den 80er Jahren unverhältnismäßig – und wohl auch unplanmäßig – aus; der sachbezogene Aufgabenbereich wurde angesichts zunehmenden Mangels in der Wirtschaft auch nicht kleiner.

Der Sicherheitsbeauftragte Peter R. alias IM/OibE⁶ „Erich“

Im folgenden soll die Tätigkeit eines solchen Sicherheitsbeauftragten beispielhaft vorgestellt werden.⁷ Wie bei fast allen Sicherheitsbeauftragten lag auch vor Peter R. eine längere Zeit „einfacher“ IM-Tätigkeit, bevor er im Leichtmetallwerk (LMW) Nachterstedt diesen staatlichen Posten mit Hilfe des MfS bekam. 1943 geboren, schloß er mit der 8. Klasse die Schule ab und begann eine Lehre als Betriebselektriker im VEB Maxhütte Unterwellenborn. Wie er dennoch zu einem Ingenieurstudium als Automatisierungstechniker kam, bleibt unklar, könnte jedoch mit seinem 1964 erfolgten Eintritt in die Partei (SED) und verschiedenen politischen Schulungen zusammenhängen, denen sich R. unterzog. Im Nachterstedter Leichtmetallwerk begann er 1969 seine Arbeit als Elektroingenieur. Schon zwei Jahre später fand das Anwerbungsgespräch des MfS statt. Es verlief überaus erfolgreich, R. erklärte sich sofort bereit, für das MfS konspirativ tätig zu sein. Noch am selben Tag wurde die Verpflichtungserklärung geschrieben. Das MfS konnte ohne Übertreibung festhalten, daß die Werbung „auf der Grundlage der politisch-ideologischen Überzeugung“ des Kandidaten erfolgt sei.⁸ Sein beruflicher Aufstieg spielte sich nunmehr in rasantem Tempo ab. Er absolvierte verschiedene politische Qualifizierungen, wurde zur Bezirksparteischule delegiert und erhielt 1977 mit „operativer Einflußnahme“ den Posten eines Leiters der Arbeitsgruppe „Plan Wissenschaft und Technik“.⁹

Das MfS hatte sich „seinen Mann“ aufgebaut und an jener Stelle im Betrieb platziert, die es von Anfang an für ihn vorgesehen hatte: in der neu errichteten Produktionsstätte zur Herstellung von Alu-Halberzeugnissen. Der IM „Erich“ stieg zeitgleich mit dem staatlichen Leitungsposten zum Führungsmitarbeiter (FIM) des MfS auf; nunmehr hatte er drei weitere IM anzuleiten.¹⁰ Schon im Dezember 1979 – Peter R. ist inzwischen über acht Jahre als IM bzw. FIM für das MfS tätig – wurde „der Kandidat durch die Hauptabteilung XVIII als Sicher-

6 „Offizier im besonderen Einsatz“ (OibE). In der Regel gehörten die SB dieser IM-Kategorie an.

7 R.s Akten bestehen aus zwei IM-Vorgangsakten zur Person selbst von zusammen etwa 250 Blättern sowie vier Bänden mit Treffberichten, die jeweils über 300 Blätter enthalten. In letzteren sind alle monatlich stattgefundenen Treffs von Peter R. mit seinen wechselnden Führungsoffizieren des MfS von diesen festgehalten. Lediglich ein Treffen fiel in den insgesamt 17 Jahren seiner IM-Tätigkeit wegen Urlaub aus. Vgl. BStU, MfS Ast. Halle, Reg. Nr. VIII/522/72 Band I. IM-Vorgangsakte und folgende.

8 BStU, MfS Ast. Halle, Reg. Nr. VIII/522/72 Band I. IM-Vorgangsakte, Bl. 47.

9 BStU, MfS Ast. Halle, Reg. Nr. VIII/522/72 Band I. IM-Vorgangsakte, Bl. 79 sowie Vorschlag zur Umregistrierung des IMS „Erich“ zum FIM, KD Aschersleben, 19.5.1978, ebd. Bl. 104.

10 BStU, MfS Ast. Halle, Reg. Nr. VIII/522/72 Band I. IM-Vorgangsakte, Vorschlag zur Umregistrierung des IMS „Erich“ zum FIM, KD Aschersleben, 19.5.1978, Bl. 103–106.

heitsbeauftragter für den VEB LMW-Nachterstedt bestätigt“. Der Betriebsdirektor (BD) berief ihn zum Leiter der Inspektion seines Betriebes.¹¹

R. war nicht der einzige Sicherheitsinspektor, der, aus „einfachen Verhältnissen“ kommend, vom MfS aufgebaut und in die Leitungsebene eines Betriebes lanciert wurde. Diese eher typische SB-Biografie hatte allerdings auch ihre entsprechenden Tücken für die Auftraggeber. Seine geringen intellektuellen Fähigkeiten und fachlich ungenügende Kompetenz versuchte R. offensichtlich durch besonderen Eifer wettzumachen, was ihm von Anfang an die Gegnerschaft des Betriebsdirektors und des Parteisekretärs des Betriebes einbrachte. Die beiden Leiter hatten bereits bei Übernahme des neuen Postens durch R. „gewisse Bedenken zur Person des Sicherheitsbeauftragten in dieser Funktion“ geäußert und versuchten in den folgenden Jahren bei jeder Gelegenheit, ihn wieder loszuwerden.¹² So schwärzte ihn der Direktor bei der Kreisdienststelle des MfS an und bezeichnete R. als „Sicherheitsrisiko“, da dieser unter Alkoholeinfluß von seiner Arbeit als Sicherheitsbeauftragter erzählt hätte.¹³ Das Verhältnis zwischen dem SB und seinem staatlichen Leiter, dem Betriebsdirektor, war während der ganzen Jahre gespannt. Wann immer der BD konnte, versuchte er, R. auszuschließen oder wenigstens nicht ausreichend zu informieren. 1985 resümierte der Leiter der Sicherheitsabteilung des Kombines: „Durch die ungenügende Anerkennung, die Genosse R. bei seinem Direktor findet, wird er auch in solche für ihn wichtige Aufgaben ungenügend einbezogen. Ich muß auch vermuten, daß er nicht die erforderliche Autorität bei den Direktoren des Betriebes Nachterstedt und auch bei anderen Leitern besitzt.“¹⁴ Als R. 1985 in einer inzwischen übernommenen Funktion als Parteisekretär der Abteilung „nicht gut arbeitet“, versuchen die Genossen der Abteilungsparteileitung unverzüglich, ihn in seiner Funktion als Sicherheitsbeauftragten loszuwerden, allerdings wieder ergebnislos.¹⁵

Dieses Spannungsverhältnis im VEB Nachterstedt zwischen Betriebsleitung und dem Inspektor für Sicherheit des Betriebes war kein Einzelfall, sondern scheint eher typisch für ähnlich schlechte Beziehungen in anderen Werken, unabhängig davon, ob es sich bei dem SB um einen politisch eifrigen Aufsteigertyp handelte oder nicht. Die gesamte Konstellation, einschließlich des Auftrages, den der SB vom MfS erhielt, waren mehr als geeignet, das Verhältnis zwischen ihm und dem jeweiligen Betriebsleiter kompliziert zu gestalten: Ein in der Regel nur notdürftig für sein Amt qualifizierter Funktionär der Staatssicherheit wurde angehalten, Mißstände und Hemmnisse in der Leitungstätigkeit aufzudecken, zu kontrollieren, ob die staatlichen Normen durchgesetzt wurden und u. U. sogar Fehlentscheidungen des Betriebsdirektors zu korrigieren. Dem IM „Erich“ alias

11 BStU, MfS Ast. Halle, Reg. Nr. VIII/522/72 Band I. IM-Vorgangsakte, Bl. 139 und Bl. 143.

12 Einschätzung des Sicherheitsbeauftragten des VEB LMW Nachterstedt – IM „Erich“, BStU, MfS Ast. Halle, Reg. Nr. VIII/522/72 Band I. IM-Vorgangsakte, Bl. 154.

13 Zur Person R., 30. 5. 1985, unles. Unterschrift, BStU, MfS Ast. Halle, Reg. Nr. VIII/522/72 Band I. IM-Vorgangsakte, Bl. 207.

14 Leistungseinschätzung des Genossen Peter R., 13.5.1985, BStU, MfS Ast. Halle, Reg. Nr. VIII/522/72 Band I. IM-Vorgangsakte, Bl. 199.

15 BStU, MfS Ast. Halle HA VIII, 522/72, Treffbericht Bd. III, Bl. 336–339. APL: Abteilungsparteiorganisation

SB Peter R. gelang es in seiner langjährigen Tätigkeit tatsächlich, einige solcher Fehlverhalten der Betriebsleitung nachzuweisen und dem MfS zu melden.¹⁶ Einmal ließ er alle Neuerervorschläge danach kontrollieren, ob sie auch rechtens als solche anerkannt werden dürften und denunzierte anschließend sowohl die jeweiligen Beschäftigten als auch die Leitung wegen Betruges.¹⁷ Es ist also nicht verwunderlich, daß die Betriebsleiter in den Sicherheitsinspektoren potentielle Gegner sehen mußten, deren Person sie allerdings nur vorsichtig kritisieren durften und die sie – wie auch im Fall des Peter R. – gegen den Willen des MfS nicht los wurden.

Die akribisch dokumentierten „Treffberichte“ Peter R.s mit seinen in den 17 Jahren wechselnden Führungsoffizieren weisen aus, daß seine Dienste für das MfS aus zwei Arten von Informationen bestanden haben. Zum einen gab es immer einen betriebsbezogenen, sachorientierten, zum anderen einen personenbezogenen Auftrag. Betriebsbezogene Aufträge lauteten etwa, den Stand der Untersuchungen zum Rotorschaden zu dokumentieren, den Schriftverkehr mit der ungarischen Partnerfirma zu beschaffen oder eine Abschrift des Jahresplanes anzufertigen.¹⁸ Bei personenbezogenen Aufträgen handelte es sich in der Regel darum, bestimmte Beschäftigte einzuschätzen, deren Leitungsstil, Einstellung zum Staat, Verhalten im Betrieb und private Kontakte herauszufinden und zu beurteilen. In der Mehrzahl der etwa 180 Personeneinschätzungen, die IM "Erich" insgesamt schrieb, handelte es sich um SED-Mitglieder mittlerer und höherer Leitungshierarchien des Betriebs, deren Zuverlässigkeit bezüglich einer anstehenden Westreise überprüft werden sollte. Schließlich gelangten jedoch auch zahlreiche andere Personeneinschätzungen oder „Beobachtungen“ über das Denken und Verhalten von Mitarbeitern an das MfS, die „Erich“ zum Teil aus eigener Initiative anfertigte, zum Teil auftragsgemäß erledigte. Die Westkontakte einer Fernschreiberin des Betriebes wurden gemeldet und hinzugefügt, daß diese jetzt einen Intershop-Fiat führe; der Fahrer eines Dienstwagens wurde verdächtigt, sich mit dem Benzin aus diesem Wagen zu bedienen; die Unterschrift eines Mitarbeiters des Betriebes wurde in einem Gästebuch eines ungarischen Ferienhotels neben der eines westdeutschen Hotelgastes entdeckt; Ehestreitigkeiten und Prügeleien in der heimischen Wohnstube wurden gemeldet und die Beobachtung, daß ein Beschäftigter die Lücke im Betriebszaun benutzte, um noch pünktlich am Arbeitsplatz erscheinen zu können.¹⁹ Der Eifer des IM war groß und mag gar nicht immer im Interesse des MfS gelegen haben, dennoch waren diese Informationen nunmehr im Besitz des Staatsicherheitsapparates und jederzeit verwendbar.

16 Berichterstattung über Sicherheitsbeauftragte, BStU, MfS Ast. Halle, KD Aschersleben, 6.5.1982, IM-Vorgangsakte Bd. I, Bl. 161–162.

17 BStU, MfS Ast. Halle HA VIII, 522/72, Treffbericht Bd. II, Bl. 86–88.

18 BStU, MfS Ast. Halle HA VIII, 522/72, Treffbericht Bd. I, Bl. 54;60;127. Alle Begegnungen wurde als „Treffvorbereitung“ und als „Treffauswertung“ getrennt erfaßt.

19 BStU, MfS Ast. Halle HA VIII, 522/72, Treffbericht Bd. I, Bl. 128;188; 191; 255; Treffbericht Bd. III, Bl. 268–269.

Neben den Informationen über betriebliche Vorgänge und einzelne Personen des Betriebes wurden die Sicherheitsbeauftragten angehalten, in bestimmten Situationen auch über die Stimmung in den Kollektiven zu berichten, etwa am Vorabend des 1. Mai oder des 17. Juni. Es finden sich ebenfalls Aufträge der Führungsoffiziere an die SB, die über den unmittelbaren betrieblichen „Wirkungskreis“ des jeweiligen IM hinausgingen. So sollte der IM „Erich“ im Zusammenhang mit vermuteten Bahro-Diskussionen Schriftproben von im Betrieb Beschäftigten erbringen, welche für einen Operativen Vorgang (OV) aus der Zuständigkeit anderer MfS-Abteilungen benötigt wurden.²⁰ Der Sicherheitsbeauftragte des VEB Eisen- und Hüttenwerke Thale, IM „Karl Heinz“ wurde einige Male auch im Freizeitbereich eingesetzt. Sein Auftrag lautete z.B. „Zusammenfassender Bericht über die ihm bekannten Informationen zu den Ärzten in Thale, welche er über die Verbündete, die Zahnärztin X erhalten hat. 4. Zusammenfassender Bericht über die derzeitige Zusammensetzung der URANIA Quedlinburg und der in diesem Zusammenhang zu charakterisierenden Personen“.²¹ Akribisch wurden vom SB/IM „Karl Heinz“ alle Intimitäten von fünf Ärzten geschildert, vom Ehebruch bis zum Alkoholkonsum.

Wie unterschiedlich die einzelnen Persönlichkeiten unter den Sicherheitsbeauftragten auch waren, ob eher ungebildet oder durchaus „schreib- und redegewandt“, die Arbeits- und Verhaltensstrukturen der Sicherheitsbeauftragten in den DDR-Betrieben ähnelten sich. In ihrer Funktion als Inoffizielle Mitarbeiter des MfS verstanden sie sich in erster Linie als Kontrolleure der Arbeit der Betriebsleitungen. Sie berichteten über Gespräche und Entscheidungsfindungen der Leiter, benachrichtigten das MfS über Planrückstände und Qualitätsmängel, überprüften ständig den „Bewußtseinsstand“ namentlich des Leitungspersonals und redeten in die Kaderpolitik der staatlichen Funktionäre rein. Ihr meist gewichtiges Auftreten gegenüber den eigentlichen Fachleuten des Betriebes, ihr Denunziantentum und ihr Übereifer machten sie bei diesen unbeliebt. Demgegenüber gab es jedoch keine Aktenvermerke, die darauf hindeuteten, daß sich staatliche Leiter oder Funktionäre von Organisationen verweigerten oder ernstlich gegen diese Schnüffeleien zur Wehr gesetzt hätten. Die Kaderauswahl der für höhere Leitungsfunktionen in Betrieben vorgesehenen Personen hatte in dem hier untersuchten Zeitraum der siebziger und achtziger Jahre längst dazu geführt, daß von diesen keine auch nur geringste Infragestellung ihrer Informationspflicht an das MfS zu erwarten war.

Das Arbeitspensum der Sicherheitsbeauftragten war gewaltig, denn neben ihrer offiziellen Tätigkeit als Beauftragte des staatlichen Leiters für Ordnung und Sicherheit im Betrieb, waren die monatlichen Berichte mit zum Teil ausführlichen Sachbeschreibungen an das MfS zu erstellen. Welcher Lohn winkte ihnen für diese Doppelbelastung? Zum einen – dies geht aus allen Akten deutlich her-

20 BStU, MfS Ast. Halle HA VIII, 522/72, Treffbericht Bd. I, Bl. 134–136. Ein Operativer Vorgang war die aktive Erfassung auf der Grundlage eines registrierten Vorgangs.

21 BStU, MfS Ast. Halle, IM-Vorgangsakte „Karl Heinz“, Registriernummer VIII 1902/71, Berichtsband II, 1974–1975, Bl. 213.

vor – war ihre Stellung im Betrieb, wenn schon nicht beliebt, so doch mit einiger Macht ausgestattet. Zum anderen finden sich, allerdings unterschiedlich gehandhabt, in einigen SB-Akten Belege für Geldzuwendungen und Präsente aller Art. Der IM „Karl Heinz“ bekam sogar monatlich einen Zuschuß von etwa 300 Mark, andere Vergünstigungen wie eine spätere Rente oder einen eigenen Betriebswagen erkämpfte er sich mit penetranter Hartnäckigkeit. Ein entscheidender Anreiz sich als Sicherheitsbeauftragter beim MfS zu verdingen wird jedoch vor allem darin bestanden haben, daß mit Hilfe des MfS der berufliche Aufstieg organisiert wurde. Da die Staatsicherheit daran interessiert war, „ihren Mann“ an der richtigen Stelle im Betrieb arbeiten zu lassen, finden sich in fast allen SB-Biografien solche, der Karriere dienenden Eingriffe in den Lebensweg der späteren Sicherheitsbeauftragten, einschließlich Dokortitel und/oder Studienabschlüsse.

Jene eigentümliche Doppelrolle des SB: einerseits ein konspirativer Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes, andererseits dem Betriebsleiter direkt unterstellt und Angehöriger der staatlichen Leitung zu sein, machte ihn in mehrerer Hinsicht zu einem besonders wichtigen Informanten für das MfS. So ließen sich geheimdienstliche Aufgaben über den Sicherheitsbeauftragten an den staatlichen Leiter herantragen, die mit dessen unmittelbarer Tätigkeit nichts zu tun hatten, sondern z.B. dazu dienten, strafrechtlich relevante Beweise gegen bestimmte Personen zu bekommen. Das MfS sah es als eine besondere Aufgabe an, über ihren SB/OibE dem staatlichen Leiter die jeweiligen Handlungsoptionen oder Empfehlungen derart nahe zu bringen, daß dieser sie im Ergebnis als seine eigene Entscheidung ausgab.²²

Durch den Sicherheitsbeauftragten wurde es aber auch möglich, jene Belegschaftsgruppen „zu erreichen“, in deren Reihen weniger inoffizielle und offizielle Informanten eingeschleust werden konnten als in die Leitungsetagen. Über ein Heer von Beschäftigten, die in den Sicherheitsaktiven, den Kollektiven zur Erhöhung von Sicherheit und Ordnung, den Arbeiter- und Bauerninspektionen, als Verantwortliche für den Arbeits- und Brandschutz, für die Zivilverteidigung oder den Wachdienst ehrenamtlich tätig waren, ließ sich ein guter Kontakt zu den Arbeitern in der Produktion oder den Angestellten herstellen. Der SB nahm Einfluß auf die Zusammensetzung dieser Gremien, die Arbeitsweise, die Festlegung

22 „Mit Hilfe der Sicherheitsbeauftragten/OibE können gerade solche Aufgabenstellungen als scheinbar im Verantwortungsbereich des Leiters des Staats- bzw. Wirtschaftsorgans selbst „gewachsen“ erscheinen. Durch den Leiter des Staats- bzw. Wirtschaftsorgans werden auf der Grundlage der Hinweise, Anregungen usw. des Sicherheitsbeauftragten/OibE Entscheidungen getroffen und Maßnahmen eingeleitet, die im Interesse der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft liegen, selbst dem entsprechenden Leiter aber als eigene Entscheidungen, Maßnahmen usw. erscheinen, die ohne jedes Zutun des MfS zustande kamen.“ Oder: „Es kann davon ausgegangen werden, daß das Zusammenwirken über Sicherheitsbeauftragte/OibE ein Weg ist, der weitgehend die Pläne und Absichten des MfS vor den Leitern von Staats- und Wirtschaftsorganen konspiriert. Das MfS tritt bei dieser Methode des Zusammenwirkens also nicht unmittelbar in Erscheinung“, heißt es in einer Analyse der Juristischen Hochschule Potsdam 1975. Vgl. Juristische Hochschule Potsdam, 22. Juli 1975, Ergebnisse zum Forschungsthema: „Das Zusammenwirken des MfS mit den Leitern von Staats- und Wirtschaftsorganen bei der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft“, VV, BStU, MfS JHS 21843/1 und 2, (Diss.), BStU, MfS JHS 21843/1 und 2, Bl. 28 f.

der Arbeitsschwerpunkte und nutzte deren Tätigkeit sowie die Ergebnisse für die Erfüllung seiner eigenen Aufgaben. Er arbeitete dabei ganz legal und offiziell mit den verschiedensten Organisationen und Helfern zusammen, von denen er als Vertreter der betrieblichen Leitung auch entsprechende Informationen verlangen konnte.²³ Für diesen Einflußbereich des Sicherheitsbeauftragten, so kann vermutet werden, fanden sich weit mehr Beschäftigte auch aus der Produktion bereit, eine Aufgabe zu übernehmen als für eine direkte Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit. Gebunden an einen sachlichen Aufgabenbereich, etwa die Verhinderung von Bränden, konnte sich ein Belegschaftsangehöriger mit einer entsprechenden Interessenlage in derartigen Kommissionen betätigen, ohne dabei an eine Zuarbeit für das MfS denken zu müssen. Solchen Personen zu unterstellen, sie wären loyal gegenüber dem MfS gewesen, wäre unredlich und ginge am Sachverhalt vorbei. Dennoch gehörten sie zu einem ganzen System von haupt- und ehrenamtlichen Funktionären, die mit ihrer Tätigkeit und ihren Informationen nicht selten unfreiwillig zu Helfern des MfS im Betrieb wurden.

Das System der Sicherheitsbeauftragten in den Betrieben sollte noch weit in den Herbst 1989 hinein aufrechterhalten bleiben. Als Mitte November bereits die Grenzen der DDR offen standen und schon die ersten Losungen mit den Forderungen „SED – raus aus den Betrieben!“ und „Stasi in die Produktion!“ zu sehen und zu hören waren, arbeitete der hauptamtliche Apparat des MfS weiter als sei (fast) nichts geschehen. Außer einigen „Hinweisen“ auf die neue, spezifische Situation enthielten die Leitungssitzungen keine Anhaltspunkte dafür, daß im Land eine Revolution stattfand. Am 10. November 1989 gab es für die betrieblichen Informanten des MfS „Informationen zu den auftretenden Problemen (sic!) zur Arbeit der Sicherheitsbeauftragten“ und die Empfehlung, das Vertrauensverhältnis zu den Inoffiziellen Mitarbeitern in den Betrieben zu festigen.²⁴ Die „Lageeinschätzung“ ging wie eh und je an der realen Lage vorbei.

23 Eine direkte Einflußnahme auf den FDGB war hier ebenfalls gegeben, denn einige dieser Gremien waren der Gewerkschaft zugeordnet oder standen unter ihrer maßgeblichen Einflußnahme. Zu ihnen gehörten die Arbeiter- und Bauer-Inspektion oder der Verantwortliche für Arbeitsschutz. Vgl. Hinweise zum Zusammenwirken zwischen den operativen Diensteinheiten des MfS und der Arbeiter und Bauerninspektion, VVS MfS 008-1219/74 vom 13.12.1974, zit. n. Dissertation, Das Zusammenwirken des MfS mit den Leitern von Staat- und Wirtschaftsorganisationen bei der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft, VVV JHS 001-203/75 vom 22. Juli 1975. Bl. 22, Matthias-Domaschk-Archiv Berlin.

24 Leiter, Protokoll einer Beratung des Leiters der HA XVIII vom 10.11.1989, BStU, MfS, Nr. 8010, HA XVIII, Bl. 1–2.

**„ICH WAR MIR DER VERANTWORTUNG UND DER GEFahr BEWUBT“
Interview mit Miklós Németh, Ministerpräsident a.D.,
über den ungarischen Reformprozeß und die Grenzöffnung vor 15 Jahren**

Hans-Hermann Hertle/Lars-Broder Keil

Am Abend des 10. September 1989 öffnete die ungarische Regierung für DDR-Bürger die Grenze zum Westen. Zehntausende von DDR-Flüchtlingen nutzten das in den Wochen danach zur Flucht. Damit fiel der erste Stein aus der Mauer. Ministerpräsident war damals Miklós Németh. Mit ihm sprachen Hans-Hermann Hertle und Lars-Broder Keil am 10. September 2004 in Berlin.

Frage: Herr Ministerpräsident, war die Grenzöffnung am 10. September mit Moskau abgestimmt?

Miklós Németh: Wir haben die Sowjetunion nicht gesondert informiert, sondern sie wie alle wenige Stunden vor der Verkündung unterrichtet.

Was wußten Bonn und Ost-Berlin?

Mit der Bundesregierung hatte ich schon Ende August über derartige Pläne geredet, ohne ein Datum zu nennen. Davon wussten Anfang September nur wenige in der ungarischen Regierung. Zu dieser Zeit war eine SPD-Delegation mit Karsten Voigt bei uns zu Besuch. Voigt bekam Wind davon und deutete bei seiner Rückkehr vage „große Veränderungen“ in Ungarn an. Vor der Grenzöffnung wollte ich auch nach Ost-Berlin fahren und mit der Regierung sprechen. Aber sowohl Staats- und Parteichef Erich Honecker als auch Ministerpräsident Willi Stoph waren krank, so daß ich keinen Verhandlungspartner hatte. Wir haben dann Außenminister Oskar Fischer informiert – ebenfalls ohne das Datum zu nennen.

Wie reagierte die DDR auf die Öffnung?

Nach der Grenzöffnung schickte die DDR-Führung einen Brief an den ungarischen Parteichef, weil sie hoffte, daß die Partei auf mich Einfluß nehmen würde. Die Antwort lautete: In Ungarn schreibt die Partei der Regierung nicht mehr vor, was sie zu tun hat.

Im März 1989 hatten Sie sich vier Monate nach Ihrer Amtsübernahme zum ersten Mal mit Michail Gorbatschow getroffen. Vom Antrittsbesuch in Moskau ist Ihr Satz überliefert: „Wir müssen zur äußeren Welt nicht nur die Fenster, sondern auch die Türen öffnen“. Meinten Sie die Grenze?

Zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Aber ich habe Michail Gorbatschow darüber informiert, daß wir die Stacheldrahtsperrn zur österreichischen Grenze nicht mehr erneuern werden. Gorbatschow fragte, warum. Ich sagte, wir haben verschiedene Gründe, einer ist, daß wir kein Geld haben. Ich befürchtete, er sagt:

Wir bezahlen das. Dann hätte ich politische Gründe nennen müssen. Aber Gorbatschow hat gelächelt und von sich aus gesagt, daß die Breschnew-Doktrin, das heißt die Einmischung Moskaus in die Belange der anderen Staaten, beendet sei. Allerdings war er nicht einverstanden damit, daß wir kurz zuvor ein Mehrparteiensystem eingeführt hatten und freie Wahlen wollten. Aber Gorbatschow sagte: Solange ich auf diesem Stuhl sitze, wird sich 1956 (die Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes, d. Vf.) nicht wiederholen.

Im Juni schnitten Außenminister Gyula Horn und sein österreichischer Kollege Alois Mock dann symbolisch den Stacheldraht an der Grenze durch. Danach schwoll der Strom der „Urlauber“ aus der DDR nach Ungarn an.

Möglicherweise hatte unsere Aktion eine Signalwirkung. Zuvor war Ungarn der Genfer Flüchtlingskonvention beigetreten. Das hatte zur Folge, daß wir Rumänen, die vor Ceausescus Politik zu uns geflüchtet waren, nicht mehr zurückschickten. Auch das wurde in der DDR registriert.

Drei Wochen später besuchte US-Präsident George Bush Polen und Ungarn. Welche Signale bekamen Sie von ihm?

Bush brachte zunächst einmal 25 Millionen Dollar zur Eröffnung eines Umweltzentrums und zur Unterstützung demokratischer Initiativen mit. Das war nicht viel Geld und auch nicht entscheidend. Der US-Präsident zeigte aber offen, daß der Westen bereit war, die Reformländer im Osten zu unterstützen.

Unvergessen sind die Bilder vom 19. August, als bei einem so genannten Paneuropäischen Picknick erstmals etwa 600 DDR-Bürger die für Stunden geöffneten Grenztorer nutzten und nach Österreich flohen. Haben Sie das bewußt einkalkuliert?

Die Idee zu diesem Picknick stammte nicht von uns, sondern von den Organisatoren um Otto von Habsburg. Aber plötzlich war die Möglichkeit da zu testen, wie viel Gorbatschows Zusage wert war, nicht einzugreifen. Ich war mir der Verantwortung und der Gefahr bewußt und sehr nervös.

Dann ließen Sie die Grenze vollständig öffnen. Welchen Einfluß auf diese Entscheidung hatte ihr Besuch kurz zuvor – am 25. August – in der Bundesrepublik. Honecker warf Ihnen vor, Ungarn hätte sein Entgegenkommen in der Flüchtlingsfrage für einen zusätzlichen Kredit von 500 Millionen Mark „erkauft“?

Ich habe Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans Dietrich Genscher von unseren Plänen der Grenzöffnung unterrichtet. Helmut Kohl fragte daraufhin, was Ungarn dafür als Gegenleistung erwarte. Ich antwortete: Wir sind keine Menschenhändler wie Ceausescu oder Honecker. Ich habe aber darum gebeten, uns bei den Partnerschaftsverhandlungen mit der EU zu helfen sowie uns beizustehen, falls es Probleme mit den Energielieferungen aus der Sowjetunion geben würde. Es ging auch um Hilfe bei Gesprächen mit Banken. Doch die Kredite waren schon länger im Gespräch und hatten mit der Grenzöffnung nichts zu tun.



Miklós Németh, von 1988 bis 1990 Ministerpräsident Ungarns

Bereits damals war die Anbindung Ungarns an die Europäische Union Ihr Ziel. 15 Jahre später ist Ungarn Vollmitglied. Welche Rolle kann es künftig in Europa spielen?

Ungarn kann auf Grund seiner Lage und der historischen Kontakte zur Annäherung Südosteuropas an die EU beitragen. Meiner Meinung nach war der Zweite Weltkrieg erst mit der deutschen Wiedervereinigung beendet. Wenn die Länder aus Südosteuropa und vom Balkan EU-Mitglieder sind, ist sozusagen auch der Erste Weltkrieg zu Ende.

Übersetzung: Márton Méhes, Wolfgang Rackebrandt

„EUROPA IM OSTBLOCK“
Vorstellungswelten und Kommunikationsräume im Wandel

Christian Domnitz/José M. Faraldo/Paulina Gulińska

Am 1. Mai 2004, zeitgleich mit den Feierlichkeiten der Osterweiterung der Europäischen Union, nahm die Projektgruppe „*Europa im Ostblock. Vorstellungswelten und Kommunikationsräume im Wandel*“ ihre Arbeit auf.

Anliegen des von der VW-Stiftung geförderten Forschungsprojektes ist es, sich im Rahmen einer kulturhistorischen Untersuchung mit der Entwicklung der Europavorstellungen auf der östlichen Seite des Eisernen Vorhanges im Zeitraum von 1945 bis 1991 auseinanderzusetzen. Ausgangspunkt ist die Feststellung, daß Europa als zusammenhängender Kommunikationsraum durch die Blockbildung im Kalten Krieg zerrissen worden ist. Die europäische Einigung, die bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges noch eine gesamteuropäische Bewegung war, ist auf die westliche Seite des Kontinents zurückgedrängt und die osteuropäischen Gesellschaften sind infolge der Spaltung Europas durch den Kalten Krieg ausgeschlossen worden.

Die Annahme, daß West- und Osteuropäer, nachdem sie über fünf Jahrzehnte in getrennten kulturellen Sphären gelebt und jeweils eigene historische Erfahrungen gemacht haben, heute über ähnliche oder gar identische Vorstellungen von Europa verfügen, ist alles andere als naheliegend. Das Wort „Europa“ war in den osteuropäischen Gesellschaften nach 1945 Gegenstand diverser offizieller wie inoffiziell-dissidentischer Diskurse, in denen sich ganz unterschiedliche Vorstellungen mit Europa verbanden: Europa als Feindbild in den 1950er Jahren, als der (west)europäische Einigungsprozeß von den kommunistischen Führungen als imperialistisch-antisowjetische Blockbildung verunglimpft wurde, Europa als gemeinsamer west-östlicher Referenzrahmen für die europäischen Regierungen während des KSZE-Prozesses, Europa als Chiffre ostmitteleuropäischer Dissidenten, die – wie in den Beiträgen zur „Mitteleuropa“-Debatte der 1980er Jahre – die Künstlichkeit der Blockbildung und die Spaltung Europas anprangerten.

Das Projekt besteht aus drei Teilprojekten, die jeweils einer bestimmten Zeitspanne, gleichzeitig aber auch einem Wendepunkt der osteuropäischen Europa-Diskurse gewidmet sind: der Formierung des Ostblocks gegen den Westen und der westeuropäischen Einigung in der ersten Dekade nach dem Zweiten Weltkrieg, dem KSZE-Prozeß in den 70er Jahren, in dessen Rahmen es in Osteuropa zu einer positiven Bezugnahme auf den Europabegriff kam, schließlich den 80er Jahren als der Phase der allmählichen Auflösung des Ostblocks, durch die es in allen osteuropäischen Gesellschaften zu einem Umorientierungsprozeß kam, in dem Europa zum wichtigsten Bezugspunkt wurde.

Teil-Projekt 1:

Die Formierung des Ostblocks: Abgrenzung nach Westen (José M. Faraldo)

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war die europäische Einigungsbewegung, die noch ganz unter dem Eindruck des Krieges stand, ein gesamteuropäisches Anliegen. In dem Maße jedoch, in dem sich der Ostblock abzuriegeln begann – besonders deutlich durch die Nichtteilnahme der osteuropäischen Länder am Marshall-Plan – schieden die Osteuropäer aus dem europäischen Integrationsprozeß aus. Das Einigungsprojekt verwandelte sich in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre faktisch in ein westeuropäisches Unternehmen. Aufgabe des ersten Teilprojektes ist es zunächst, dieses allmähliche Ausscheiden der osteuropäischen Länder unter folgenden Gesichtspunkten genauer zu untersuchen:

1. Bis zu welchem Zeitpunkt nach Kriegsende waren welche osteuropäischen Länder bzw. ihre offiziellen Vertreter noch an der Einigungsbewegung beteiligt, ab wann waren sie nur noch durch Exilanten vertreten, und in welchem Moment wurde die europäische Integration faktisch zu einem auf Westeuropa beschränkten Vorgang? Wie lange konnte das Projekt der europäischen Einigung in der Presse der osteuropäischen Länder diskutiert werden? Wann setzte sich im Zuge der Neutralisierung der Presse die offizielle Sicht der kommunistischen Führungen auf die Idee der europäischen Einigung als die alleingültige durch? Was geschah mit den osteuropäischen Protagonisten der europäischen Einigungsbewegung?

2. Wie reagierten die kommunistisch dominierten Staatsführungen innerhalb des Ostblocks auf die Europa-Rhetorik der Einigungsbewegung in Westeuropa? Zu fragen ist auch, ob der Einigungsprozeß in Westeuropa für die Osteuropäer in der Frühphase des Ostblocks überhaupt ein wichtiges Thema war oder ob nicht andere Themen wie die innenpolitischen Auseinandersetzungen zwischen bürgerlichen und kommunistischen Kräften, die allgemeine materielle Not und der Wiederaufbau nach dem Krieg im Vordergrund standen.

3. Welche Konsequenzen hatte die Ost-West-Spaltung für die Repräsentation Europas, der europäischen Geschichte und – sollte dies überhaupt irgendwo Thema sein – der Entwicklung der europäischen Idee? Sind hier Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten oder zwischen Ostmitteleuropa auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite festzustellen? Gab es neben der systemischen Begründung des sozialistischen Lagers auch Versuche, den Ostblock kulturell zu begründen (etwa analog zur Idee des Karolingischen Europas im Westen), und spielte, im Falle eines positiven Befundes, Europa als kultureller Raum dabei eine Rolle?

4. Interpretierte die osteuropäische Opposition – im Land wie im Exil – die europäische Einigungsbewegung in der in Westeuropa verbreiteten Weise oder wurden eigene, spezifisch osteuropäische Akzente gesetzt, die schon für die

1940er und 1950er Jahre eine Eigenentwicklung der Europavorstellungen in Osteuropa bzw. bei Osteuropäern begründeten?

Teil-Projekt 2:

*Koexistenz im Zeichen der KSZE. Aktualisierung positiver Europabezüge
(Paulina Gulińska)*

Die politische Situation in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts führte zu einer erzwungenen Veränderung der bisherigen Strategie auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“. Die Kuba-Krise und die Gefahr eines Nuklearkriegs, aber auch Indizien anderer Art, wie z.B. das entstehende Interesse an, die „Blockgrenzen“ überschreitende, wirtschaftlicher Kooperation, schufen ein neues Klima in der gegenseitigen Wahrnehmung von West und Ost.

Durch die Initiierung, Vorbereitung und Durchführung der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ wurde die Wiederaufnahme sowie die Intensivierung der politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kontakte zwischen Ost und West ermöglicht. Demzufolge wurde ein breiter Kommunikationsraum geschaffen, der Austausch- und Diskursmöglichkeiten auf der gesamteuropäischen Ebene bot. Der sogenannte „Korb III“, welcher die Beachtung der Menschenrechte garantierte, galt als Ansporn zur Veränderung der Lebensqualität für die osteuropäischen Bevölkerungen, auch wenn dies zunächst ein wenig beachteter Punkt des Helsinki-Abkommens blieb. Für die Bewohner des kommunistischen Blocks selbst aber wurde die Forderung nach einer höheren Lebensqualität eminent wichtig, die mit der Umformung des politischen Systems verbunden war und die dazu führte, daß sich eine ganze Reihe gesellschaftlicher Hoffnungen und Alternativvorstellungen herausbildete.

Das Erbe der KSZE, oft als „friedliche Koexistenz“ bezeichnet, wurde nicht von allen Seiten gleich gesehen. Für die kommunistischen Führungsmächte bedeutete dies vielmehr eine antagonistische Situation, in der zwar die Entspannung im Ost-West-Konflikt eingeleitet wurde, weiterhin aber die grundsätzliche Unvereinbarkeit von östlichem Sozialismus und westlichem Kapitalismus betont werden mußte.

Allerdings brachte das unerwartete Erscheinen des Westens am Gedankenhorizont der Osteuropäer, auch wenn dessen Bedeutung durch die kommunistische Partei absichtlich heruntergespielt wurde, eine Reflexion der eigenen Realität mit sich und zwang sie zu einer bewußten Auseinandersetzung damit.

Das vorliegende Projekt setzt sich zum Ziel, die Auswirkung der eingetretenen politischen Veränderungen unter dem Aspekt der „europäischen Identität“ im Ostblock (Polen, Tschechien, DDR) in dem Zeitraum 1965–1975 zu analysieren. Ein Forschungsfeld ist das offizielle Bild, welches durch die Parteipolitik geprägt und vermittelt wurde. Zu fragen wäre, inwiefern es sich um eine wirkliche Veränderung der Strategie handelte und ob die mit dem Westen eingegangenen Kompromisse nicht nur als ein Mittel zur positiven Selbstdarstellung fungierten.

Im nächsten Schritt soll die Rezeption der zeitgenössischen politischen Lage in den osteuropäischen Gesellschaften untersucht werden. Hierbei soll gefragt werden, ob sich die KSZE-Spuren, wie etwa die Bukarester Deklaration (Juli 1966), die Karlsbader Konferenz (April 1967) oder das Treffen in Dippoli (November 1972) im Oppositions-, Dissidenten- und Exilantendiskurs, aber auch in den halb-legalen Kulturzeitschriften wiederfinden lassen.

„Europa“ wurde in der Untersuchungszeit zwar nur selten explizit thematisiert, doch sollen im vorliegenden Dissertationsprojekt die für Europa repräsentativen Begriffe (Menschenrechte, Demokratie, Wahrhaftigkeit, Solidarität) miteinbezogen werden. Denn gerade diese waren in den darauffolgenden Jahrzehnten tragfähig und wurden zum Kern der Diskussion um „Mitteleuropa“.

Teil-Projekt 3:

Erosion und Neuorientierung im Ostblock. ‚Europa‘ als Perspektive (Christian Domnitz)

Während der Zeit der sogenannten „friedlichen Koexistenz“ der späten 1970er und 80er Jahre entwickelte sich ein zunehmend die Blockgrenzen übergreifendes politisches und kulturelles Denken. Gleichzeitig erodierte in den sozialistischen Gesellschaften das Selbstverständnis der Führungseliten, und der politische Zusammenhalt innerhalb des Ostblocks ließ nach. Die Ökonomien stagnierten und die Einhaltung konsumsozialistischer Gesellschaftsverträge war ohne Kredite nicht mehr möglich. Mit einer vorsichtigen Öffnung der im RGW organisierten Staaten nach Westen begann die Suche nach neuen Optionen der internationalen Zusammenarbeit. Dies brachte eine Revision des eigenen Verhältnisses zur Europäischen Gemeinschaft mit sich.

Nicht nur bei den – später unter dem zusätzlichen Druck der Perestroika – zu Neuausrichtungen gezwungenen Partei- und Staatsführungen hatte eine Suche nach Orientierung eingesetzt. Auch unter Dissidenten wurden offener als zuvor Zukunftsdebatten geführt. Die zivilgesellschaftliche Entfaltung, die Entstehung informeller politischer Gruppen und die Ausbreitung des Samizdat verliehen ihnen eine zunehmende Dynamik. Mit dem oppositionellen Traum von Humanität, Würde, Bürgersinn und Pluralismus innerhalb einer sich selbst organisierenden Subjektgesellschaft verbanden sich Erwägungen über gemeinsame Kulturen in Mittel- und Westeuropa, die zum gedanklichen Wegbereiter der späteren, die Blöcke überwindenden Einigung werden sollten. Angesichts der Ausstrahlungskraft der zu diesem Zeitpunkt überaus erfolgreichen (west-)europäischen Integration wurde „Europa“ hierbei auch im Ostblock zum Orientierungsmaß und zu einer Perspektive, die nicht nur den notwendigen, erhofften und erstrebten gesellschaftlichen Wandel versprach, sondern auch eine Überwindung der Blocktrennung und die Teilhabe an westlichen Freiheitsrechten und Wohlstandsversprechungen. Östlich des sich allmählich öffnenden Eisernen Vorhangs hatte sich zwischen den staatssozialistischen Eliten und den gegen sie opponierenden dissidenten Gruppen – zugespitzt gesagt – ein „Ringens um Europa“ entfacht.

Verschiedene Europavorstellungen konkurrierten miteinander in einem Wettlauf um Bedeutung und Validität.

Das Dissertationsvorhaben ist der Erforschung von Europavorstellungen in der DDR, in Polen und in der ČSSR vom Ende der 70er Jahre an bis zum formalen Abschluß der Demokratisierung zu Beginn der 90er Jahre gewidmet. In seinem Mittelpunkt steht die (Be-)Deutungskonkurrenz zweier sich gegenseitig ausschließender Europavorstellungen: Es handelt sich um die dissidentisch geprägte Mitteleuropa-Idee und die ursprünglich sowjetische Konzeption eines „Gemeinsamen Europäischen Hauses“, welche die ausgehenden achtziger Jahre als die wichtigsten Strömungen europapolitischen Denkens und Handelns geprägt haben. Bei der Analyse der Vorstellungen von „Europa“ werden nicht allein ihre Inhalte und ihre Beschaffenheiten erfaßt und dargestellt. Um sie wirklich zu verstehen, scheint es wichtig, auch die Wirkmechanismen ihrer Schöpfung und Verbreitung zu untersuchen und zu erklären. Wenn gefragt wird „Wie wurde im Ostblock über Europa gedacht?“ ist dies die Frage danach, unter welchen Rahmenbedingungen und in welchen Strukturen dieses Nachdenken geschah, und die Frage nach den Kulturverständnissen, Raumvorstellungen und Diskussionsstilen, die dabei eine Rolle spielten. Mit der verknüpfenden Untersuchung von Europavorstellungen der Staatssozialismen und denen seiner Oppositionsbewegungen wird verschiedenen Dimensionen einer transnationalen Verflechtungsgeschichte Rechnung getragen: Europavorstellungen konstituierten sich innerhalb von Beziehungen, welche nationale Grenzen überschritten oder gar die Blocktrennung überwand. Europäische Vorstellungswelten institutionalisierten und spiegelten sich in der Transnationalität. Nicht selten waren sie selbst Gegenstand grenz- und raumübergreifender Verflechtung.

„ANKUNFT - ALLTAG – AUSREISE“
Zeithistorische Forschungen
zu Migration und Interkulturalität in der DDR-Gesellschaft
ZZF-Workshop, Potsdam, 15. Januar 2004

Heiner Stahl

Die Tagung knüpfte an die bisherigen Projekte des ZZF zur Wahrnehmung von „Fremden“ und „Fremd-Sein“ in der DDR sowie zu den Ursachen von Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland an.¹ Die Referenten erweiterten die Perspektive durch Fallstudien zu Migrantengruppen, die aus den verschiedensten Gründen in der DDR lebten und arbeiteten. Die Projektionen und Wahrnehmungen der DDR-Bevölkerung gegenüber „Fremden“ bildeten die inhaltliche Verbindung der Tagungsbeiträge; im Hinblick auf diese Projektionen wurden alltägliche, arbeits- und konsumbezogene Zusammenhänge zur Sprache gebracht.

Der folgenden Zusammenfassung sei der abschließende Kommentar von Dorothee Wierling (Erfurt/Hamburg) vorangestellt, welcher die Fallstudien auf den gemeinsamen Nenner von „klassischen Projektionen eigener innergesellschaftlicher Konflikte“ brachte. Wierling sprach die Instrumentalisierung der „Fremden“ durch die Einheitspartei zu legitimatorischen Zwecken an (Schutzmacht UdSSR, Weltoffenheit); dies verknüpfte sie mit der „Kommunikations-sperre“ zwischen SED-Funktionären, Mitgliedern und Nichtmitgliedern. Als Konsequenz aus beidem wurden „Migranten“ durch Teile der Bevölkerung als staatlicherseits bevorzugt begriffen und wegen ihrer vermeintlichen Möglichkeiten, Chancen und (Reise-)Freiheiten uneinheitlich bis ablehnend bewertet. Wierling regte zudem an, bei der Betrachtung von Migration und Interkulturalität, besonders im Fall der DDR, Analysewerkzeuge aus den „Gender Studies“ stärker zu nutzen und die geschlechtsbezogenen Konnotationen verschiedener Migrantengruppen deutlicher herauszuheben. Körperbezogene Neidkonstruktionen der „Einheimischen“ gegenüber den „Auswärtigen“ sollten im Hinblick auf Verhaltensmuster und tradierte „Stereotype und Bilder“ ebenfalls untersucht werden. Karen Schönwälder (Berlin) ergänzte hierzu, daß die Erforschung der Migration in die DDR und in die Bundesrepublik mit Blick auf einen mehrseitigen, „besonders binationalen Prozeß in einem europäischen und internationalen Zusammenhang“ neue Impulse erhalte, wenn sie neben den staatlichen Praktiken auch den „situativen Kontext“ sowie die „langfristige Zementierung von Fremdbildern“ berücksichtige.

Nun jedoch zu den einzelnen Vorträgen: Im Eröffnungsreferat thematisierte Christian Müller (Hamburg) am Beispiel der sowjetischen Streitkräfte die Gegensätzlichkeiten zwischen der offiziellen SED-Propaganda, den tradierten Ruß-

¹ Vgl. Behrends, Jan C./Lindenberger, Thomas/Poutrus, Patrice G. (Hg.), *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003.

landbildern aus der Zeit vor 1945 und den Alltagserfahrungen mit den „real existierenden Sowjetsoldaten“ bzw. ihren Offizieren in Kasernen und bei der Vorbereitung von Manövern. Das Konkurrieren mit den „Offiziersfrauen“ beispielsweise und die Reproduktion von Negativ-Stereotypen wie „Ordnungslosigkeit“ oder „nachlässiger Umgang mit materiellen Ressourcen“ unterhöhlten das propagandistische Bild der „deutsch-sowjetischen Freundschaft“. Mit Blick auf die Kontinuität nationalistischer Einstellungen stellte Müller fest: „Wurde in Ritualen die imaginierte Freundschaft zu abstrakten Sowjetmenschen gepflegt, so dominierte an den Standorten das Nebeneinanderherleben von Deutschen und ‚Russen‘ bei fortbestehenden Ressentiments.“

Die Erfahrungen ausländischer Studierender in der DDR beleuchtete Damian Mc Con Uladh (London). Im Verständnis der Staatspartei und ihrer wechselnden außenpolitischen Interessen unterstützten diese „Gäste auf Zeit“ die späteren Aufbauleistungen in ihren Heimatländern durch ihr Studium und waren potenzielle Multiplikatoren eines positiven DDR-Bildes. Deshalb durften „Polizei und MfS nicht immer unerwünschte Aktivitäten unterbinden“. Dies habe Möglichkeiten für „eigen-sinniges“ Verhalten unter Ausnutzung der gegebenen engen Grenzen geboten. Ausländische Studierende waren eine äußerst heterogene Gruppe, in welcher sich lose politische und soziale Netzwerke formierten, sich aber auch die regionalen Konflikte ihrer Herkunftsländer manifestieren konnten. In der Wahrnehmung der DDR-Bevölkerung, so Mac Con Uladh, standen diese Studierenden für den „Westen“, waren sie „ein Fenster zur weiten Welt“. Durch die Reisemöglichkeiten wurden sie gegenüber den DDR-Bürgern zu „Vermittlern knapper materieller Produkte und kultureller Erfahrungen“.

Dagmara Jajesniak-Quast (Frankfurt/Oder) ging in ihrem Vortrag über „Proletarische Internationalität ohne Gleichheit“ auf Fremde als Arbeitskräfte in sozialistischen Großbetrieben ein. Sie schilderte die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen von Pendlern, Vertrags- und Kontraktarbeitern, politischen Emigranten und ethnischen Minderheiten (Roma in Nowa Huta und slowakische Ungarn in Kunčic). Mit Blick auf die Stahlindustrie (EKO Eisenhüttenstadt) sowie die Chemie- und Textilbranche (Guben) in der Oder-Neisse-Grenzregion betonte Jajesniak-Quast abweichende Verdienstregelungen und Ausfuhrbestimmungen für Arbeitnehmer. Als einen Sonderfall hob sie die polnischen Pendlerinnen im Gubener Textilbetrieb hervor, die „mit den deutschen ArbeiterInnen hinsichtlich arbeitsvertraglicher Konditionen gleichgestellt waren“. Nach dem Auslaufen der Pendlervereinbarung (1965) wurde der Vertrag „stillschweigend verlängert“. Für die DDR, so die Referentin, ergaben sich mehrere Vorteile, da Investitionen für Wohnungen, Kinderkrippen- und Kindergartenplätze entfielen.

Unter dem Titel „Bedingt aufnahmebereit. Zur Geschichte der ‚politischen Emigranten‘ in der DDR“ erläuterte Patrice G. Poutrus (Potsdam) das Verhältnis von Inklusion und Exklusion in der „imagined community“ der DDR. Am Beispiel der Aufnahme von ca. 2.000 chilenischen Flüchtlingen nach dem Pinochet-Putsch (1973) verdeutlichte Poutrus, daß „proletarischer Internationalismus kein durchgängiges Handlungsprinzip für die SED war“ und die DDR den eingerei-

sten Chilenen nicht den Status gleichberechtigter Bürger gewährte. An dieser Flüchtlingsgruppe, die in eine „trianguläre Beziehungsstruktur“ mit der Staatspartei und der Bevölkerung eingebunden war, zeigte Poutrus Widersprüche bei der Behandlung von Asylsuchenden auf. Da sie (unter anderem wegen der Möglichkeit zu Westreisen) als privilegierte Abgesandte der Staatspartei wahrgenommen wurden, bestand seitens der DDR-Bevölkerung „sozialer Neid gegenüber den vorgestellten Vorteilen“. Hinzu kamen der Exotismus des Fremden und geschlechtlich determinierte Abwehrhaltungen. Von den ursprünglich rund 2.000 Chilenen – die sich den SED-Funktionären unterordnen mußten und vom MfS stark überwacht wurden – blieben etwa 700 in der DDR; der größte Teil reiste nach West-Berlin oder in die Bundesrepublik aus.

Als Kommentar zu Poutrus' Vortrag führte Stefan Troebst (Leipzig) aus, daß die DDR-Asylpolitik auch andere Verlaufswege beschreiten und Eingliederungsbemühungen unternehmen konnte, die sich vom Fall der „Chilenen“ deutlich unterschieden. Dies zeigte er anhand der im „Heimkombinat Freies Griechenland (Radebeul)“ wohnenden jungen griechischen Bürgerkriegsflüchtlinge der Zeit nach 1948.

Jonathan R. Zatlin (Boston) beschrieb am Beispiel des kurzzeitigen paß- und visafreien Verkehrs zwischen der DDR und der VR Polen (Januar 1972) die Verknüpfung von materiellem Konkurrenzverhalten in der Mangelwirtschaft mit fremdenfeindlichen Stereotypen und Ablehnungshaltungen. „Tourism did not foster mutual understanding. Instead, it exacerbated longstanding animosities.“ Die „Konsumentenprivilegien“ der einheimischen Bevölkerung mußten gegen die „Fremden“ behauptet und durchgesetzt werden. Hierbei flossen Erfahrungen materiellen Mangels sowie die engen ideologischen Vorannahmen aus Sicht der Planwirtschaft (Handel=Ausbeutung, Händler=Parasit) in einen Diskurs ein, der verwurzelte Vorurteile und Stereotypen gegenüber „dem“ Polen auf den polnischen Konsumtouristen projizierte. Der partielle Rückgriff auf tradierte Elemente des Kulturrassismus und auf das Slawenbild des 19. Jahrhunderts, so kommentierte Michael Schubert (Osnabrück), fand in den frühen 80er-Jahren schließlich Eingang in den Parteidiskurs der SED, und zwar nicht nur auf lokaler Ebene.

Das Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Integrationsförderung und gesellschaftlicher Integrationsverweigerung zeigte Michael Schwartz (Berlin) am Beispiel der Vertriebenen in beiden deutschen Staaten, deren Eingliederungspolitiken sich in ihrer Gründungsperiode ähnelten und die neben materiellen Hilfen (Lastenausgleich, Umsiedlerhilfe) auch Aufstiegsmöglichkeiten bereithielten. Später seien die Verteilungskonflikte zugedeckt worden und die „Bedingungen in der Ankunftsgesellschaft eine erinnerungspolitische Leerstelle“ geblieben.

Die massiven innergesellschaftlichen Konflikte, die „Des-Integration“ aufgrund soziokultureller und konfessioneller Unterschiede sowie die Verschiebung der Perspektive von der ausgrenzenden Mehrheitsbevölkerung zur ausgegrenzten Minderheit können auch und gerade nach diesem Workshop ergebnisreiche Themen künftiger Studien sein.

„ZWISCHEN POP UND PROPAGANDA. RADIO IN DER DDR“
Workshop der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt
und des ZZF, Berlin, 26./27. März 2004

Detlef Kannapin/Sebastian Seibert

Nimmt man die unlängst erschienene Zwischenbilanz der DDR-Forschung zum Maßstab, so muß man den Eindruck gewinnen, daß die Massenmedien im Staatssozialismus trotz des Forschungsbooms der 90er Jahre noch wenig zum Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzung geworden sind.¹ Ein großer Teil der Veröffentlichungen zu den DDR-Medien seit 1990 hat explizit oder implizit auf totalitarismustheoretische Ansätze zurückgegriffen. Die daraus resultierende enge Wahrnehmung der Medien als Propagandaapparate oder „Herrschaftsinstrumente“² ist in mancher Hinsicht problematisch, denn damit werden die Medien auf ihre politische Funktion im engeren Sinne eingeschränkt. Die Nutzung durch die Rezipienten, aber auch die oft besonders populären Inhalte von Medien jenseits der politischen Berichterstattung bleiben dabei ausgeblendet.

Explizites Ziel des Workshops war es, so formulierte Klaus Arnold (Eichstätt-Ingolstadt), diese Lücke zu füllen. Ausdrücklich sollte das Hauptaugenmerk der Tagung auf dem ansonsten in der Zeitgeschichtsschreibung wenig beachteten Hörfunk und seinem ambivalenten Charakter liegen. In Form eines integrativen Ansatzes wurden die politische und die kulturelle Funktion des Radios in der DDR parallel und in ihren Bezügen aufeinander thematisiert.

Das Eröffnungsreferat von Thomas Lindenberger (Potsdam) über „Massenmedien im Kalten Krieg in gesellschaftsgeschichtlicher Perspektive“ befaßte sich unmittelbar mit der Zusammenführung verschiedener Aspekte politischer und kultureller Information während des Ost-West-Konflikts. Lindenberger betonte die Bedeutung der (Gegen-)Propaganda in beiden Systemen, die Konkurrenz der Ideologien und den Symmetrieeffekt der Informationsleistungen im Wechselspiel aus Aktion und Reaktion, die besonders zu Beginn des Kalten Krieges den „Ätherkrieg“ bestimmt hätten. Seine Hauptthese differenzierte jedoch die gängige Sicht vom diachronen Zusammenhang zwischen Massenmedien und Kaltem Krieg nicht unerheblich: Demnach erwiesen sich die Entwicklung der Massenmedien und die politischen Postulate des Kalten Krieges auf lange Sicht als unvereinbar. Ablesbar ist dies an der Abnahme der politischen Propaganda seit den

1 Vgl. Rainer Eppelmann u.a. (Hg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn u.a. 2003; nur vier von weit über 400 Seiten sind diesem Thema gewidmet; vgl. auch die Bibliographie S. 451–454.

2 Vgl. Ansgar Diller: Der Rundfunk als Herrschaftsinstrument in der DDR, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. II/2, Frankfurt a. M./Baden-Baden 1995, S. 1214–1242; Silvia Müller: Der Rundfunk als Herrschaftsinstrument der SED, in: ebd., Bd. II/4, S. 2287–2326; Peter Ludes: Das Fernsehen als Herrschaftsinstrument der SED, in: ebd., Bd. III/3, S. 2194–2218.

sechziger Jahren, während zur gleichen Zeit die Unterhaltung in den Programmen ein immer stärkeres Gewicht erhielt.

Die erste Sektion des Workshops beschäftigte sich mit den institutionellen Anfängen des Rundfunks in der SBZ/DDR. Wolfgang Mühl-Benninghaus (Berlin) nahm in seinem Referat über Unterhaltung im Rundfunk in der SBZ eine in der Historiographie übliche zeitliche Zweiteilung vor. In den Jahren 1945 und 1946 kam es den Verantwortlichen in der „Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung“ im Zusammenspiel mit der SMAD zunächst darauf an, den Rundfunk wieder zu etablieren und bald ein Vollprogramm zu senden. Besondere Bedeutung hatte hier zunächst der „Berliner Rundfunk“, der mit Hilfe seines hohen Unterhaltungsanteils Zuhörer an das Radio binden sollte.

Mit dem Beginn des Kalten Krieges im Sommer 1947 änderte sich auch beim Rundfunk in der SBZ die Tonlage. Die bis dahin vorhandene relative Offenheit des Programms wurde zusehends eingeschränkt, wobei insbesondere die Abgrenzung von westlichen Einflüssen (analog zur allgemeinen Kulturpolitik) und die Aufwertung sogenannter „Volkskunst“ (Volkslied, Arbeiterlied) in den Vordergrund traten.

Der „Berliner Rundfunk“ im Berliner Sonderkonflikt 1945 bis 1949 war das Thema des Vortrages von Petra Galle (Berlin). Ausgehend von den dramatischen Hörereinbrüchen des „Berliner Rundfunks“ im Westteil der Stadt zwischen September 1947 und Januar 1948 infolge der Berlin-Blockade fragte Galle danach, ob der Konflikt um die Stadt die Veränderung der Programmstruktur des „Berliner Rundfunks“ beeinflusst habe. In ihrem Fazit stellte sie fest, daß dies nicht der Fall war: Vielmehr war die Umorientierung der Ostberliner Radiolandschaft Ergebnis der allgemeinen Medienstrategie der sowjetischen Besatzungsmacht, die sich keineswegs nur speziell auf Berlin richtete.

Die Ereignisse des 17. Juni 1953 und die damit auch für den Rundfunk in der DDR verbundene Zäsur erörterte Ingrid Pietrzynski (Potsdam). Hatten die Unruhen in Berlin und anderen Städten der DDR am 17. Juni 1953 die Institution Rundfunk zunächst kaum berührt, entbrannte nach deren Niederschlagung eine intensive Reformdiskussion, die erst nach mehreren Wochen und auf massiven Druck der Leitung beendet wurde. Das Resultat war für den Hörfunk eine erneute Funktionalisierung als staatliches Sprachrohr, allerdings nun verbunden mit Versuchen, das Hörerinteresse durch Flexibilisierung der Inhalte auf dem Unterhaltungssektor zurückzugewinnen.

Im Mittelpunkt der zweiten Sektion standen die Probleme des DDR-Rundfunks seit dem Mauerbau. Christian Köhne (Mannheim) erläuterte die verschiedenen Konzepte in der Wirtschaftspropaganda im Hörfunk der sechziger Jahre und unterschied dabei drei Typen der Distribution: „alltägliche Propaganda“, „außergewöhnliche Propaganda“ und „ungewöhnliche Propaganda“. Zum ersten Typ zählte er die „normalen“ Wirtschaftsgespräche, Reportagen und andere in „Parteisprache“ gehaltene Beiträge. Mit den technokratischen Reformversuchen in der DDR ab 1963 wandelte sich auch die Wirtschaftspublizistik. Hinzu kamen nun die Berichterstattung über „den Menschen in der Produktion“ und

Programmanteile, in denen mit unterhaltenden Themen Wirtschaftsfragen beleuchtet wurden. Gerade dieser letzte Typ der „ungewöhnlichen Propaganda“ war, so Köhne, in der DDR sehr erfolgreich und bezeugte die Entwicklungsfähigkeit des DDR-Rundfunks. Allerdings könnte man hier fragen, ob diese „ungewöhnliche Propaganda“ überhaupt noch als „Propaganda“ klassifiziert werden kann.

Einen informativen Abriss der Radiogeschichte seit 1971 stellte Rolf Geserick (Sankt Augustin) vor. Ihn beschäftigten zwei Leitfragen. Erstens: Kann der Hörfunk der DDR aus heutiger Sicht überhaupt präsentiert werden, ohne daß er durch normative Urteile denunziert wird? Und zweitens: War das Radio in der DDR zu dieser Zeit wirklich ein Kulturgut? Ohne die erste Frage direkt zu beantworten, zeigten Gesericks Ausführungen indirekt, daß eine sachliche Annäherung an die Leistungen des DDR-Rundfunks durchaus möglich ist. Immerhin erreichte das Medium rund 70% der DDR-Bürger, und die liberalere Ausrichtung des Hörfunks, z.B. im Vergleich zum Fernsehen, gestattete eine größere Bandbreite an Informationen. Damit dürfte auch die Frage nach dem Radio als Kulturgut positiv zu beantworten sein.

Sylvia Dietl (Düren) präsentierte daran anschließend Überlegungen zum Ende des DDR-Rundfunks. Eher der Tradition der älteren Medienforschung zur DDR der Wende und Nachwendejahre verpflichtet, fiel in ihrem Referat vor allem die Fixierung auf das westdeutsche Rundfunkmodell als Normativ auf.

Über zehn Jahre „DeutschlandRadio Berlin“ berichtete am Schluß der Sektion 2 der Intendant des Senders, Ernst Elitz (Berlin), in bewährter und routinierter Form. Er wies unter anderem darauf hin, daß das „DeutschlandRadio“ als geglücktes Beispiel der Vereinigung gelten kann. Erst das gegenseitige Lernen der Ost- und Westkollegen voneinander habe die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß der Sender zu einem integrativen Leitmedium im nationalen Hörfunk werden konnte.

Das abendliche Zeitzeugengespräch mit ehemaligen Redakteuren und Mitarbeitern des DDR-Rundfunks bestätigte die starke Identifikation der Journalisten als per se systemnahe Elite mit dem Staat. Die Schilderungen der damaligen Praxis ließen deutlich erkennen, daß die Prinzipien der Hörfunkarbeit in der DDR seinerzeit kaum infrage gestellt wurden, auch wenn die Teilnehmer beschrieben, wie sie in Einzelfällen versuchten, manche Vorgaben trickreich zu umgehen. Das harmonisierende, anekdotenhafte Bild, das so entstand, geriet allerdings streckenweise reichlich idyllisch, wie aus dem Zuhörerkreis zu Recht kritisiert wurde.

Die Auftaktsektion des zweiten Konferenztages befaßte sich mit einzelnen „Genres und Themen“. Monika Pater (Hamburg) zeigte, wie in den 50er Jahren der Versuch der Entwicklung einer eigenen „sozialistischen Unterhaltung“ an dem Gegensatz zwischen erzieherischen Ansprüchen der Programmierer und den Bedürfnissen der Hörer scheiterte. Die gesellschaftlichen und politischen Integrationsleistungen, die populäre Unterhaltungssendungen übernehmen können, wurden seinerzeit von den politisch Verantwortlichen kaum erkannt.

Daß es allenfalls in den ersten beiden Nachkriegsjahren in Ost und West ähnliche, auf Bewältigung des Alltags und die Überwindung von Resignation gerichtete Sendungen gab, verdeutlichte Hans-Ulrich Wagner (Hamburg) mit seinem Vortrag über die Rolle literarischer Programmangebote beim Berliner Rundfunk und beim NWDR. Denn schon bald machten sich auch im Bereich der Kulturprogramme die unterschiedlichen politisch-ideologischen Ausrichtungen bemerkbar.

Anhand der Berichterstattung des Berliner Rundfunks über den Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher konstatierte Christine Bartlitz (Potsdam) einen sich Ende 1945 vollziehenden Paradigmenwechsel. Nach allgemeinen Schuldvorwürfen an das Kollektiv konzentrierte man sich nun auf die Führungseliten und das „Monopolkapital“, was Bartlitz als Versuch deutete, die Akzeptanz der sowjetischen Besatzungsherrschaft bei der deutschen Bevölkerung zu erhöhen.

Den Abschluß dieser Sektion bildete der Vortrag von Christoph Classen (Potsdam), der zusammen mit Klaus Arnold auch Organisator des Workshops war. Er referierte unter dem Titel „Faschismus’ und ‚Antifaschismus’ – Die NS-Zeit zwischen Erinnerung und Politik“ über die Bemühungen, mit Hilfe des Mediums Radio das sowjetische Narrativ vom Sieg über den Faschismus zu etablieren. Wurde dabei in der unmittelbaren Nachkriegszeit teilweise noch an die Erfahrungen der Deutschen angeknüpft, unterlagen Darstellungen des Nationalsozialismus seit Beginn der fünfziger Jahre dem „Kanonisierungsdruck der antifaschistischen Meistererzählung“, in der die DDR zum Erlösungsversprechen einer von Konflikten und Sorgen befreiten Zukunft stilisiert wurde.

Die vierte Sektion widmete sich speziellen Zielgruppenprogrammen. Sie wurde von Klaus Arnold eröffnet, dessen Vortrag den Versuch der DDR bilanzierte, in den Jahren zwischen 1948 und 1971 mit Hilfe des Deutschlandsenders Einfluß auf die Bundesrepublik auszuüben. Trotz struktureller Anpassung an die Westformate stießen die gleichwohl zumeist spürbar propagandistischen Angebote dort jedoch kaum auf Resonanz.

Die Beiträge von Jürgen Wilke (Mainz) und Claus Röck (Hamburg) widmeten sich Geheimsendern, die von den 50er bis in die frühen 70er Jahre seitens der DDR betrieben wurden. Während Wilke differenziert die Geschichte des Deutschen Freiheitssender 904 und des Deutschen Soldatensender 935 nachzeichnete, mit deren Hilfe oppositionelles Potential in der Bundesrepublik aktiviert werden sollte, präsentierte Röck pointiert seine Forschungsergebnisse zu dem weit weniger bekannten, kurzen Leben des Senders Radio Moldau (Radio Vltava). Mit dieser als tschechoslowakischer Untergrundstation getarnten Einrichtung wurde 1968/69 von Ost-Berlin aus versucht, den „Prager Frühling“ zu bekämpfen. Ihr Scheitern ist dabei sowohl auf ihr dilettantisches Vorgehen zurückzuführen, als auch auf den Umstand, daß die offenkundige Propaganda nicht den Bedürfnissen der Hörer entsprach.

Dagegen gelang es den Rundfunkverantwortlichen mit dem Jugendstudio DT 64 die klassische Form von Propaganda und Gegenpropaganda zu überwinden,

wie Heiner Stahl (Potsdam) erläuterte. Angesichts eindeutiger Präferenzen der Klientel für westliche Musik war und blieb das DDR-Zielgruppenprogramm für die Jugend jedoch politisch brisant, und der Sender sah sich wiederholt Vorwürfen der „Aushöhlung ideologischer Fundamente“ ausgesetzt.

Die letzte Sektion des Workshops eröffnete „Vergleichende Perspektiven“ zum NS-Rundfunk und zum Rundfunk in der Bundesrepublik. Adelheid von Saldern (Hannover) sprach sich für einen offenen Vergleich von NS- und DDR-Zeit jenseits des Totalitarismustheorems durch ein „In-Beziehung-Setzen“ von Strukturen und Befunden aus, um das Blickfeld zu erweitern. Bei ihren eigenen Untersuchungen stellte sie dabei Kontinuitäten in den Medienmentalitäten, die sich nur schwer verändern ließen, und ähnliche Strategien in der Bekämpfung konkurrierender Hörfunkangebote fest.

Für reflektierte analytische Kategorien plädierte auch Konrad Dussel (Mannheim) in seinem Referat über Aspekte eines systematischen Vergleichs von DDR- und bundesrepublikanischem Rundfunk. Obwohl es durchaus auch Gemeinsamkeiten gegeben habe, müsse in Hinblick auf ihre Autonomie und Flexibilität von zwei unterschiedlichen Systemen gesprochen werden. Demzufolge habe einem „integrierten Selbstverwaltungsrundfunk“ im Westen ein System „separierter Außenlenkung“ im Osten gegenübergestanden.

Schließlich räumte Michael Meyen (München) anhand seiner sich auf rund 100 biographische Interviews stützenden Analyse „Deutsch-deutsche Publika und ihre Präferenzen“ mit dem Vorurteil auf, in der DDR seien mehr oder weniger nur Westsender gehört worden.

In seinem den Workshop abschließenden, zusammenfassenden Kommentar betonte Edward Larkey (Baltimore) die Notwendigkeit, die Rundfunkgeschichte der DDR in den weiteren Kontext internationaler Entwicklungen im Kalten Krieg zu stellen und das Thema zugleich unter erinnerungskulturellen Fragestellungen und im Hinblick auf die kulturindustrielle Dimension zu behandeln. Damit werde das Thema anschlussfähig für die internationale Forschung zu Medien und kulturellem Wandel. Eine so erweiterte Mediengeschichte der DDR müsse – so Larkey – Gegenstand weiterer Forschung und Diskussion sein.

**„BEITRÄGE ZUR ERFORSCHUNG DES LEBENSSTANDARDS IN DEUTSCHLAND
UNTER DEN BEDINGUNGEN VON DIKTATUR UND DEMOKRATIE:
NATIONALSOZIALISMUS, DDR UND BUNDESREPUBLIK“
ZZF-Workshop, Potsdam, 1./2. April 2004**

Jennifer Schevarado/Irmgard Zündorf

Zum Abschluß des von der VW-Stiftung geförderten Projektes „Preisbildung und Lebensstandard in Deutschland unter den Bedingungen von Diktatur und Demokratie: Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik in vergleichender Perspektive“, bearbeitet von André Steiner, Jennifer Schevarado und Irmgard Zündorf, wurden dessen Ergebnisse auf einem Workshop vorgestellt und diskutiert. Ergänzend dazu wurden weitere Forschungserträge zur Entwicklung des Lebensstandards im Nationalsozialismus, in der DDR und der Bundesrepublik präsentiert.

Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch den Direktor des ZZF, Konrad H. Jarausch führte André Steiner (Potsdam) in seinem Eröffnungsreferat aus, daß es staatliche Beeinflussung von Konsum in der deutschen Geschichte immer gegeben habe. Besondere Bedeutung erlangte sie in den Etablierungsphasen von Systemen, also im Nationalsozialismus der Vorkriegszeit, sowie in der DDR und der BRD der fünfziger Jahre. Dem Lebensstandard der Bevölkerung wurde hier stets Legitimation stiftende Funktion zudedacht, gleichzeitig blieb dieser, besonders in den beiden deutschen Diktaturen, anderen wirtschaftspolitischen Zielen bei- oder auch untergeordnet. Seine wichtigste Determinante, neben den Einkommen und dem Angebot, sind die Verbraucherpreise. Deren gezielte, politische Gestaltung hat, wie Steiner in seinen Ausführungen zu den "langen Linien" der Preispolitik zeigte, Tradition.

Die Sektion zur Bundesrepublik eröffnete Irmgard Zündorf (Potsdam) mit einem Beitrag zu den Zielen und Interessenkonflikten in der Verbraucherpreispolitik und ihrem Einfluss auf den Lebensstandard in den fünfziger Jahren. Im Rahmen der auf marktwirtschaftlichen Prinzipien beruhenden Wirtschaftspolitik stellten die Verbraucherpreise teilweise eine Ausnahme dar. Denn für insgesamt etwa 30% des privaten Verbrauchs unterlagen sie staatlicher Administration. Obgleich sich der Lebensstandard verbesserte, wurde an der politischen Regulierung der Preise festgehalten. Dies lag zum einen an der besonderen Rolle der Preisentwicklung in der Wahrnehmung der Bevölkerung, zum anderen an den spezifischen, divergierenden Interessen der wirtschaftspolitischen Akteure. In den Jahren 1948 bis 1952 schwankten die Verbraucherpreise stark, was in der Öffentlichkeit Unzufriedenheit und grundlegende Kritik an dem gesamten Preissystem hervorrief. Zur Beruhigung der Bevölkerung ergriff die Regierung einige, jedoch eher symbolische Maßnahmen wie die Subventionierung einzelner, aus legitimatorischer Sicht wichtiger Preise. Die Forderung nach staatlichen Eingriffen in die Preisbildung bestand auch fort, nachdem, etwa ab 1952, das marktwirt-

schaftliche System bereits konsolidiert war. Doch wurde sie von der positiven Entwicklung des Lebensstandards ab Mitte der 50er Jahre überholt. Die Bevölkerung war zunehmend bereit, für Waren besserer Qualität auch höhere Preise zu zahlen. Die Rolle spezifischer Akteursinteressen legte Zündorf für die einzelnen Bereiche preispolitischer Administration – Wohnen, Verkehr und Ernährung – gesondert dar. In der anschließenden Diskussion wurde vor allem die unterschiedliche Wirkung der Verbraucherpreisregulierung in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen und damit der Anteil noch einmal hervorgehoben, den die Preispolitik an der Konsolidierung des Systems hatte.

Lutz Budraß (Bochum) ergänzte diese Sektion mit seinem Beitrag: „'Alle sollen besser leben.' Leo Brand, die Konsumgesellschaft und der Fortschrittsdiskurs in der SPD in den fünfziger Jahren.“ Ausgehend von der Frage, warum die SPD sich in den fünfziger Jahren kaum zur Konsumpolitik geäußert habe, analysierte er zunächst ihr Selbstverständnis als traditionelle, eher konsumfeindlich eingestellte Arbeiterpartei. Gleichzeitig jedoch erfuhr die SPD einen starken Zulauf linker Gruppen, die programmatisch integriert werden mussten. Eine an den Gegebenheiten der entstehenden Konsumgesellschaft orientierte Programmatik erlebte schließlich – so Budraß – auf dem Münchener Parteitag von 1956 ihren Durchbruch, auf dem der bis dahin eher unbekanntere Leo Brand sein Konzept der „Zweiten industriellen Revolution“ präsentierte. Es setzte v. a. auf einen durch die technische Entwicklung induzierten Strukturwandel, in dem die Atomkraft als Innovations- und Produktivitätsimpuls eine zentrale Rolle spielen sollte. Dies bot der SPD schließlich den Ausweg, ihre traditionelle Konsumverweigerung aufzugeben und mit neuen Anliegen zu verbinden. Die Diskussion drehte sich vor allem um die Frage, inwiefern hier von einem Paradigmenwechsel gesprochen werden könne oder ob es sich um eine Neuauflage der traditionellen sozialistischen Fortschrittsidee handle.

Den Themenblock zu dem ostdeutschen Teilstaat eröffnete Jennifer Schevarado (Potsdam) mit einem Vortrag über „Leitlinien und Effekte der Verbraucherpreispolitik in der DDR der fünfziger Jahre“. Zunächst dominierten in der DDR-Preispolitik finanzpolitische Ziele. Es galt, den nach der Währungsreform immer noch zu hohen Geldumlauf zu reduzieren. Zu diesem Zweck wurde 1948 die staatliche Handelsorganisation (HO) gegründet, in deren Läden für die bis dahin nur im Rationierungssystem erhältlichen Güter weitaus höhere Preise galten. Diese waren auch gegen den Schwarzmarkt gerichtet und sollten zur Akzeptanz des Leistungslohns beitragen. Ab 1953 wurde die Preispolitik systematischer gehandhabt und langfristiger geplant, wobei das sozialpolitische Ziel ein stabiles, einheitliches Verbraucherpreisniveau war. Daraus ergaben sich jedoch negative Effekte auf die Entwicklung des Angebotes. 1958 schließlich wurden die Reste der Rationierung abgeschafft. Die Verbraucherpreise sollten nun systematisch gesenkt werden und somit einen Beitrag zur Verbesserung des Lebensstandards leisten. Jedoch wurden bald erhebliche Probleme in der Preispolitik offenbar, die schließlich dazu führten, daß das Prinzip einheitlicher, niedriger Verbraucherpreise aufgegeben wurde. Waren besserer Qualität oder Ausführung sollten nun

auch mehr kosten. Wegen der schlechten Versorgungslage und der wachsenden Fluchtbewegung schreckte die Regierung jedoch vor Maßnahmen zurück, die den Lebensstandard verschlechtert hätten. Erst mit dem Mauerbau verschaffte sie sich den Spielraum, geplante Preiserhöhungen umzusetzen. Abschließend präsentierte Schevardo neue Berechnungen über die Wirkung der Verbraucherpreispolitik. Damit konnte sie belegen, daß die Preise - zusammengefasst - stärker stiegen, als im amtlichen Index ausgewiesen.

Dierk Hoffmann (Berlin) machte anschließend einige Ausführungen zur Rentenpolitik der SED und ihren Auswirkungen auf den Lebensstandard der ostdeutschen Rentner in den fünfziger Jahren. Das bereits von Schevardo aufgezeigte doppelte Preisniveau traf vor allem die Rentner, die sich aufgrund ihrer niedrigen Einkommen kaum in den HO-Läden versorgen konnten. Zwar wurden ihre Bezüge 1950/51, 1953, 1956 und 1959 erhöht, doch fielen die Leistungsverbesserungen so bescheiden aus, daß die Renten oftmals am Rande des Existenzminimums lagen. Die Einführung der dynamischen Rente 1957 in der Bundesrepublik brachte die SED schließlich in Zugzwang. Aber die Ansätze für eine „sozialistische“ Reform des Beitragssystems scheiterten am Primat der Produktion gegenüber der Sozialpolitik und damit der Bevorzugung der Erwerbstätigen. Über so genannte Zusatzrenten und Ehrenpensionen wurden nur Mitglieder bestimmter Berufsgruppen privilegiert. Zusammenfassend betonte Hoffmann, daß die Rentenpolitik als Teil der Sozialpolitik zunächst vernachlässigt wurde und sich erst in den 60er Jahren zu einem eigenen Politikfeld der SED entwickelte. Die Diskussion verdeutlichte schließlich, daß in der DDR in den fünfziger Jahren keine „sozialistische Alternative“ zur westdeutschen Sozialpolitik entwickelt wurde, sondern diese stark vernachlässigt wurde.

Die dritte und letzte Sektion eröffnete André Steiner (Potsdam) mit einem Vortrag zu „Preispolitik und Lebensstandard im Nationalsozialismus der Vorkriegszeit“. Aufrüstung und Autarkiepolitik des NS-Regimes ließen die Erzeugerpreise ansteigen, was sich - trotz politischer Gegenmaßnahmen - auch auf die Verbraucherpreise auswirkte, die sich bis 1936, v.a. bei Bekleidung, stark erhöhten. Danach wurde schließlich ein Reichskommissar für die Preisbildung eingesetzt, dessen erweiterte Machtbefugnisse ihn als „wirtschaftlichen Reichskanzler“ erscheinen ließen. Er verfügte einen allgemeinen Preisstopp, der zwar offene Inflation verhinderte, doch stiegen - so Steiner - die Preise verschleiert auf Grund von Verknappung und Qualitätsverschlechterungen der Waren weiter. Darum zweifelten bereits Zeitgenossen am amtlichen Index. Steiner stellte seine eigene Schätzung eines Index für die Ernährungspreise vor, nach der die amtlichen Angaben für diese Warengruppe überraschenderweise durchaus als plausibel gelten können. Dagegen dürfte der amtliche Textil- bzw. Bekleidungsindex deutlich zu niedrige Preise ausweisen.

In der Diskussion verwiesen sowohl Christoph Buchheim (Mannheim) als auch Andrea Wagner (München/Freiburg) auf gegenteilige Erkenntnisse der Lebensstandardforschung, nach denen sich die Versorgungslage der Bevölkerung in der Vorkriegszeit verschlechtert habe, was preislich zu berücksichtigen

sei. Steiner hingegen betonte, daß die „gefühlte“ Inflation offenbar in Folge psychologischer Effekte die realwirtschaftliche überstieg, was er eine Art „Teuro-Effekt“ der Vorkriegszeit nannte.

Andrea Wagner präsentierte in ihrem Beitrag „Ein Human Development Index (HDI) für Deutschland und die Entwicklung des Lebensstandards im NS-Wirtschaftsaufschwung“ zunächst dieses, von den Vereinten Nationen 1990 eingeführte Konzept zur Messung und internationalem Vergleich des Lebensstandard. Neben der rein wirtschaftlichen Kennziffer des Volkseinkommens pro Kopf gehen in diese synthetische Größe Aspekte der Bildung und der Gesundheit ein. Um das Konzept für eine Betrachtung des Lebensstandards im Deutschland der Vorkriegszeit nutzbar zu machen, differenzierte Wagner die Faktoren Gesundheit, Bildung und Wirtschaft stärker aus. Die Berechnungen mit dem traditionellen HDI einerseits und mit dem für Deutschland spezifizierten Konzept andererseits führten zu unterschiedlichen Ergebnissen. Während nach traditioneller HDI-Methode das Wohlfahrtsniveau von 1925 bis 1933 stieg und von 1933 bis 1939 eher rückläufig war, ergab der modifizierte Index eine Entwicklung mit umgekehrten Vorzeichen. Dies ist v. a. dem hier integrierten Faktor der Arbeitslosigkeit geschuldet. Da diese in den Jahren 1933-39 weitgehend abgebaut werden konnte, weist der entsprechende Index eine steigende Wohlfahrt aus, obgleich die anderen Indikatoren Bildung und Gesundheit in dieser Zeit rückläufig waren.

Abschließend lieferte Christoph Boyer (Berlin/Frankfurt a.M.) ein Resümee, in dem er Möglichkeiten und Grenzen des Vergleichs in Fragen des Lebensstandards und des Konsums der drei thematisierten Systeme aufzeigte. Als gemeinsame Kriterien nannte er die primär monetäre Vermittlung des Konsums, den politischen Problemlösungs-Anspruch, einen großen Fundus gemeinsamer Erfahrungen, den impliziten Anspruch einer „moral economy“, die Einrahmung in spezifische Ordnungsvorstellungen und das Spannungsfeld zwischen wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen. Unterschiede ergaben sich v. a. durch die verschiedenen, systemisch gebundenen Entscheidungsstrukturen und dadurch mittelfristig vertieften Pfadabhängigkeiten. Alles in allem war der Workshop von einer regen und produktiven Diskussion über Ergebnisse und Defizite der vorgestellten Projekte geprägt und vermittelte so auch Anregungen für weitere Untersuchungen.

**„THINKING EUROPE.
TOWARDS A EUROPEANIZATION OF CONTEMPORARY HISTORIES“
Internationale Konferenz des ZZF in Zusammenarbeit mit EURHISTXX,
Berlin/Potsdam, 6. - 8. Mai 2004**

Annelie Ramsbrock

1886 beklagte Friedrich Nietzsche den Nationalismus als „Krankheit des Jahrhunderts“, den „Rassenhass“ und die „Rassen-Selbstbewunderung“ als deren Symptome. Heilung versprach er sich vom „guten Europäer“, einem „übernational“ und „nomadisch“ gestimmten Freigeist, der sich weder dem Nationalismus noch dem Christentum verschreibe. Zwar deutete Nietzsche die „auseinanderlösende Politik“ der europäischen Nationalstaaten als eine Episode, die den „Prozeß des werdenden Europäers“ verzögere, doch war er zuversichtlich, daß „Europa Eins werden will“ und die „Anähnlichung der Europäer“ nur eine Frage der Zeit sei.¹

Was Nietzsche vor über 100 Jahren prognostizierte, scheint seit dem 1. Mai dieses Jahres mit der Erweiterung der Europäischen Union um zehn mittel- und ostmitteleuropäische Staaten Gestalt angenommen zu haben. Angesichts der fortschreitenden politischen Integration Europas stellt sich für Zeithistoriker die Frage nach den Auswirkungen auf das Geschichtsbild der Gegenwart und ihre zukünftige Arbeit. Um diese Herausforderung anzunehmen, trafen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus zwölf Ländern zu der internationalen Konferenz „Thinking Europe – Towards a Europeanization of Contemporary Histories“ in Berlin und Potsdam.² Zum Auftakt der Tagung hatten Konrad H. Jarausch und Thomas Lindenberger vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam gemeinsam mit EurhistXX, einem Netzwerk europäischer zeithistorischer Institute, zu einer Podiumsdiskussion in den Französischen Dom am Gendarmenmarkt eingeladen.

Das „Europa-Thema“, erklärte Konrad H. Jarausch, Direktor des Potsdamer Zentrums, in seinem einleitenden Vortrag, geistere derzeit als Entwurf grandioser Visionen durch die Medien, erschöpfe sich aber meist in der affirmativen Rhetorik politischer Sonntagsreden. Dabei würden an Europa große Anforderungen gestellt, solle es doch zugleich dem Bedürfnis von Einheit und Vielfalt entsprechen: politische Einheit hinsichtlich einer nationenübergreifenden Außen- und Sicherheitspolitik und kulturelle Vielfalt hinsichtlich der Bewahrung nationaler und regionaler Besonderheiten. Bezüglich der Stiftung einer europäischen Identität, einer Wertegemeinschaft, die den Integrationsprozeß jenseits von politischen Vertragsbündnissen vorantreiben könnte, enthalte der Verfassungsent-

1 Nietzsche, Friedrich, *Jenseits von Gut und Böse*. Kritische Studienausgabe, hg. von Giorgio Colli und Mazzino Montinari, München 1988, S. 179-204.

2 Vgl. das Programm unter <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=2697>>. Ein Tagungsband ist in Vorbereitung und wird voraussichtlich bei Berghahn Books erscheinen.

wurf vom Juli 2003 hingegen nur vage Anspielungen. Im Hinblick auf die Rolle der Geschichtswissenschaft warnte Jarausch vor der Treitschke-Versuchung, den Integrationsprozeß durch die Konstruktion einer europäischen Meistererzählung zu rechtfertigen. Vielmehr gelte es, die nationale Geschichtsschreibung mit selbstreflexiver Distanz zu betrachten und sie in die europäischen Entwicklungen einzuordnen.

Vor allem für die Zeitgeschichte, die bislang primär nationalhistorisch geschrieben worden ist, stellen sich dabei große Probleme, wie die Podiumsdiskussion zeigte. Einig war man sich schnell, daß eine europäische Zeitgeschichtsschreibung jenseits einer politischen Beziehungsgeschichte allenfalls in den Kinderschuhen stecke und eine europäische Meistererzählung – wolle man sie denn schreiben – der systematischen Reflexion sozialer und kultureller Kontexte in West- und Osteuropa bedürfe. Vor allem sei die Topographie Europas nicht zu unterschätzen, betonte Karl Schlögel von der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. Da sich das nationsübergreifende Gebilde noch mitten in der Entstehung befinde, müßten gut gemeinte Bemühungen, ein homogenes Bild zu entwerfen, scheitern.

Bemüht wirkten dann auch die Verweise Wolfgang Höpkens vom Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung und des Freiburger Historikers Ulrich Herbert auf europäische Länder, in denen die Überwindung nationalhistorischer Narrative vermeintlich weiter fortgeschritten sei. Die eigene Nationalgeschichte zu marginalisieren und die Vergangenheit anderer Nationen zu erforschen und zu lehren mag zwar ein erster Schritt sein, kaum jedoch ein Indiz dafür, daß das lang ersehnte Ende aller Sonderwege in Sicht wäre. Zu häufig fiel der Blick auf Deutschland – sei es, daß der national ausgerichtete Kanon deutscher Schulbücher mit dem Nationalsozialismus entschuldigt oder das Interesse etwa holländischer oder schwedischer Historiker an der Geschichte ihrer deutschen Nachbarn mit der Virulenz der NS-Zeit begründet wurde. Soll man nun das Vorhaben einer europäischen Zeitgeschichtsschreibung einstweilen ad acta legen und sich weiterhin dem Nationalen widmen? Zu diesem Schluß kam das Podium keineswegs. Vielmehr gelte es, Elemente aufzuspüren, aus denen ein gemeinsames Geschichtsbild jenseits staatlicher Akteure spreche, und eine europäische Geschichte nur dort zu entwerfen, wo einzelne Geschichten ihren nationalen Rahmen sprengen. Denn niemals, prophezeite Schlögel der Zunft, könne die Geschichtsschreibung weiter sein als die Sache selbst.

Wie erste Ansätze zu einer kritischen Europageschichte jenseits der beklagten ‚affirmativen Rhetorik von Sonntagsreden‘ nun aussehen könnten und wo (einstweilen) ihre Grenzen liegen, vermittelte die sich anschließende Konferenz in Potsdam. Anhand von vier Schlüsselthemen suchten ZeithistorikerInnen den Blick auf Europa zu schärfen: negativ, als Raum disparater Erinnerungskulturen und Ort gewalttätiger bzw. kriegerischer Konflikte, und positiv, als fruchtbares Terrain transnationaler Interaktionen und politischer Prozesse.

1. Erinnerungskulturen

Henry Rousso (Paris) fragte in seinem einleitenden Beitrag, inwiefern bislang national ausgerichtete Studien zum kollektiven Gedächtnis für eine europäische Zeitgeschichte fruchtbar gemacht werden können und ob die Aufarbeitung der Erinnerungen an vergangene Traumata ein gangbarer Weg sei, um die fortschreitende europäische Integration zu verstärken. Als möglichen Ansatzpunkt, ein europäisches Gedenken herauszukristallisieren, schlug er eine vergleichende Perspektive auf internationale Gedenktage vor, wie etwa die Befreiung von Auschwitz am 27. Januar oder das Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai. Dies könne sowohl innerhalb Europas als auch mit Blick auf die USA gewinnbringend sein.

Daß ein solcher Ansatz leicht an zu disparaten Erinnerungskulturen scheitern könne, gab die Diskussion mit Blick auf Pierre Noras Ansatz der französischen „lieux de mémoire“ zu bedenken, der nicht ohne weiteres auf Europa ausgeweitet werden könne. Diese Bedenken bestätigte Dragos Petrescu (Bukarest), der betonte, der Entwurf eines europäischen kollektiven Gedächtnisses im Hinblick auf die ehemaligen Blockstaaten sei zum Scheitern verurteilt: Zu sehr sei das nationale Narrativ von unterschiedlichen ethnischen und religiösen Interessen umkämpft, zu gering das Interesse, sich mit einem europäischen Geschichtsbild auseinanderzusetzen. Ob der Entwurf einer Ost und West übergreifenden Erinnerungskultur generell an den fortbestehenden Hypotheken der kommunistischen Diktatur scheitert oder die in der Diskussion vielfach beschworene Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen nur ein verzögerndes Moment darstellt, blieb offen.

2. Konflikte

Unzweifelhaft läßt sich die Geschichte Europas als eine Geschichte von Religionsstreitigkeiten, Klassenkämpfen, Weltkriegen und Genoziden charakterisieren. Während die Wirkungsmacht der nationalen Narrative, wie Stefan Berger (Glamorgan) betonte, bis in die 1950er-Jahre hinein intensiv zu diesen Katastrophen beigetragen habe, konzentrierte sich die Geschichtsschreibung nach 1945 auf die (nationale) Abweichung, d.h. auf die dunklen Seiten der eigenen Vergangenheit und das Bemühen, diese kritisch zu reflektieren. Um etwa die Geschichte des Nationalsozialismus als Teil einer europäischen Historiographie deuten zu können, forderte Kiran Klaus Patel (Berlin) eine „zweite Historisierung“, die beispielsweise Faschismustheorien, Totalitarismustheorien oder diplomatische Interaktionen als nationenübergreifende Phänomene in den Blick nimmt. Auch Pieter Lagrou (Brüssel) übte Kritik an der Binnenperspektive der nationalen Historiographien nach 1945. Daß Historiker die europäische Integration allenfalls mit einer stark teleologisch ausgerichteten Darstellung internationaler Beziehungsgeflechte begleitet haben, obgleich gerade die Katastrophen des 20. Jahrhunderts zu einer politischen Annäherung der europäischen Staaten nach 1945 führten, deutete er als mindestens irritierend. Angesichts dieses Paradoxons

plädierte John Horne (Dublin) für eine europäische Geschichtsschreibung, die zugleich die Vereinigung der europäischen Zivilisation als auch die Konflikte des 20. Jahrhunderts als Ergebnis von Teilung und Differenz ernst nehmen. Da weder Krieg noch Genozid spezifisch europäisch seien, empfahl er, vor allem die Dynamiken der komplexen inter- und intranationalen Konflikte in den Blick zu nehmen, um die einzelnen Nationalgeschichten in ein europäisches Geschichtsbild integrieren zu können.

Ein von Krieg und Gewalt bestimmtes europäisches Geschichtsbild, das zeigte die Diskussion, droht leicht hinter der transnationalen Erinnerungsrhetorik an den Zweiten Weltkrieg oder den Holocaust zu verschwinden. Umso bedeutender erschien der Hinweis Alfred Riebers (Budapest) auf die sozial und ethnisch motivierten Bürgerkriege, die während des Zweiten Weltkriegs parallel zu den Kampfhandlungen der Großmächte vor allem in Osteuropa wüteten. Die Interessen der unterschiedlichen Bürgerkriegsparteien konfligierten untereinander ebenso wie gegenüber den Alliierten oder den Achsenmächten und dürften etwa bei der Interpretation des Kalten Krieges nicht außer Acht gelassen werden. Welches Gewicht den einzelnen Konflikten Europas in einer europäischen Zeitgeschichte auch immer beigemessen werden mag: Für ein besseres Verständnis des heutigen Europas bedarf es einer kritischen Interpretation der nationalen oder ethnischen Divergenz im europäischen Kontext und keiner idealisierten Interpretation der (politischen) Annäherung.

3. Transaktionen

Die dritte Sektion wurde von Sorin Antohi (Budapest) mit einer ideengeschichtlichen Betrachtung transnationaler Interaktionen innerhalb Europas eingeleitet. Er forderte dazu auf, eine europäische Zeitgeschichte nicht einseitig als Konfliktgeschichte zu entwerfen, sondern den spezifisch europäischen Charakter von Transaktionsprozessen während des Kalten Krieges in den Blick zu nehmen.

Ungewöhnlich erschien dabei die Perspektive Marsha Siefert (Budapest) auf den Kulturtransfer vor allem amerikanischer Innovationen innerhalb Europas. Am Beispiel der Film- und Fernsehindustrie konnte sie auf eindrucksvolle Weise zeigen, daß amerikanische Konsumgüter nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur integrativer Bestandteil der Identität vieler Westeuropäer wurden, sondern der Amerikanismus – zumindest im Bereich der Kultur – als ein integratives Moment von Ost- und Westeuropa in den Blick genommen werden mußte.

Inwieweit Migration eine europäische Erfahrung ist und einen Kulturtransfer oder gegenseitiges Verstehen förderte, führte Karen Schönwälder (Berlin) in ihrem Beitrag aus. Während Erfahrungen von Auswanderung, Flucht oder Vertreibung häufig als Erfahrungen tiefer Unterschiede beschrieben werden – zwischen Nord und Süd in den 1960er- und 1970er- Jahren sowie zwischen Ost und West bis in die späten 1980er-Jahre hinein – plädierte Schönwälder dafür, Migrationserfahrungen als verbindenden Faktor europäischer Gesellschaften ernst zu nehmen. Daß etwa ein enger Zusammenhang zwischen der Transformation

Europas zu einem Kontinent der Immigration und dem Kern europäischer Ausländerpolitik bzw. dem Charakter internationaler Beziehungen besteht, wird etwa mit Blick auf die britische Laissez-faire-Haltung gegenüber nicht-europäischen Einwanderern im Kalten Krieg deutlich: Mit einer Politik der Toleranz, so der Glaube der britischen Regierung, könne die westliche Welt ihre Macht gegenüber der Sowjetunion demonstrieren.

Auch im Bereich der Wirtschaftsgeschichte sind übernationale Transaktionsprozesse bislang nur unzureichend erforscht worden. Entsprechend plädierten etwa André Steiner (Potsdam) und Polymeris Voglis (Thessaly) dafür, die Wirtschaftsgeschichte aus dem Fragehorizont der Politikgeschichte zu lösen und nach den Konsequenzen der europäischen Integration für die Ökonomie zu fragen. Während Voglis mit Blick auf die britischen und amerikanischen Subventionen im Griechenland der Nachkriegsjahre dazu aufforderte, traditionelle Vorstellungen von nationaler Souveränität zu überdenken, betonte Steiner, daß der Charakter transnationaler Netzwerke, wie die sich wandelnden Handelsbeziehungen zwischen den sechs Ländern der EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft), der Austausch von Produktionswachstum oder die Wechselwirkungen zwischen ökonomischen Entwicklungen und politischen Entscheidungen bislang nicht im Fragehorizont von Zeithistorikern stand. Darüber hinaus sei noch kaum etwas über die unterschiedlichen Protagonisten bekannt (wie Politiker, Regierungen, internationale Institutionen und Handelsvereinigungen), sowie über die Reaktionen einzelner Unternehmen auf den institutionellen und ökonomischen Integrationsprozeß.

4. Politische Prozesse

Ein letztes Untersuchungsfeld beschäftigte sich mit der Europäischen Union als neuem politischem Akteur. Folgt man Hartmut Kaelble (Berlin), muß die Demokratisierung der Europäischen Union als ein noch unvollendeter politischer Prozeß gedeutet werden. Dessen Errungenschaften und Defizite reflektierte er am Beispiel von fünf Dimensionen (Wahl des europäischen Parlamentes, europäische Öffentlichkeit, europäische Staatsbürgerschaft, europäische Zivilgesellschaft, europäische Identität). Die sich anschließenden Referate versuchten diese Überlegungen weiterzuverfolgen. So illustrierte etwa Örjan Appelqvist (Stockholm) eine Vorgeschichte der Diskussionen um die europäische Integration am Beispiel der Internationalen Gruppe Demokratischer Sozialisten (IGDS), die von 1942 bis 1945 im Stockholmer Exil Ziele für eine gesamteuropäische Rekonstruktion formuliert hatte. Dabei könnten etwa die persönlichen Verknüpfungen zwischen der IGDS und ECE (Economic Commission for Europe) oder deren disparate Konzepte einer europäischen Rekonstruktion ebenso in den Blick genommen werden wie die fehlgeschlagenen Ansätze der IGDS, in internationalen Organisationen zu überwintern.

Aus einer eher makrohistorischen Perspektive blickte Martin Conway (Oxford) auf den Charakter der europäischen Nationsbildung und verdeutlichte am

Beispiel Belgiens, wie das Ineinanderwirken von politischen und sozialen Prozessen die Natur der politischen Ordnung Europas in den Nachkriegsjahren prägte. Obwohl das politische System und die Textur der Nation durch die Ereignisse des Krieges stark geschwächt worden waren, veränderte sich die politische Ordnung demgegenüber kaum. Vor diesem Hintergrund plädierte Conway dafür, Belgien als Beispiel für einen umfassenderen Trend in Europa zu beleuchten, nämlich für die emphatische Politik der Demokratisierung bis in die 1960er-Jahre hinein und das gleichzeitige Fehlen radikalen sozialen Wandels.

Auch in dieser Sektion wurde deutlich, daß die Integration ehemaliger Ostblockstaaten in eine europäische Zeitgeschichte Historiker vor ein großes Problem stellt. Politische Prozesse, erörterte Igor Caşu (Chişinău), seien in einem Land wie Moldavien in erster Linie auf die eigene Nationsbildung fixiert. Hinzu komme, daß das westliche Europa noch immer pejorativ auf die Länder des Balkans blicke – als das ‚Andere‘, das (im westlichen Sinn) nicht Zivilisierte, das ökonomisch Defizitäre und politisch Instabile. Indem Caşu etwa die Bedeutung der kürzlich erfolgten Aufnahme Moldaviens in den südosteuropäischen Stabilitätspakt oder die moldavischen Kontakte zur CIS (Council of Independent States) im Hinblick auf den europäischen Integrationsprozeß erörterte, verdeutlichte er auf eindrucksvolle Weise, daß eine historisch reflektierte Betrachtung dieses Problems in ferner Zukunft liegt.

Fazit

Wie schwierig es für Zeithistoriker sein wird, die von Nietzsche beschworene „Anähnlichung der Europäer“ durch den Entwurf eines transnationalen Geschichtsbildes zu begleiten, wird kaum einem Teilnehmer dieser Konferenz entgangen sein. So ergaben die Beiträge zusammengenommen eher eine Wunschliste möglicher Themen als ein inhaltlich und methodisch durchdachtes Konzept. Zu diskontinuierlich verlaufen die einzelnen nationalen Narrative, zu disparat verhalten sich die jeweiligen kulturellen Kontexte zueinander, als daß in absehbarer Zeit eine „Meistererzählung“ in der europäischen Zeitgeschichte zu erwarten wäre. Daß demgegenüber die kleinen europäischen Erzählungen weitaus weniger utopisch erscheinen und „doing Europe“ auf einer kommunikativen Ebene bereits fortgeschritten ist, illustrierte die lebhaft und engagierte Diskussion, in der es immer wieder gelang, einzelne Aspekte nationaler Historiographien im europäischen Kontext zu verbinden.

Europäische Zeitgeschichte kann als eine Geschichte von Nationsbildungen und disparaten Erinnerungen, als eine Geschichte von Krieg, Völkermord, Flucht und Vertreibung, aber auch als eine Geschichte von Transfer und friedvoller politischer Integration geschrieben werden. Und wie könnten die „subjects“ im Doppelsinn von Themen und Subjekten einer zukünftigen europäischen Zeitgeschichte aussehen? Wer bis zum Schluß geblieben war, erhielt von Michael Geyer (Chicago) eine Antwort: vom Anti-Europäismus, wie er vor allem in Amerika verbreitet war, über transnationale Verhaltensmuster, wie Heirats-, Konsum-,

oder religiösem Verhalten bis zum europäischen life-style, der etwa in der Phänomenologie von Cafés, Bahnhöfen oder Hotels zu entdecken sei. Und wie muß man sich die „übernational“ und „nomadisch“ gestimmten Freigeister vorstellen, von denen Nietzsche einst sprach? Auch auf diese Frage wußte Geyer eine Antwort: Man könne sich die (Lebens-)Geschichten von Filmstars und Gelehrten, von Aristokraten oder Händlern, von Unterschichten oder Experten ansehen – oder auch die Geschichten ganz einfacher, unbekannter Menschen, wie die seiner Schwiegermutter, die 1927 in Tel Aviv als Tochter eines jüdisch/tschechischen Vaters und einer jüdisch/deutschen Mutter geboren wurde, ihre Kindheit in Berlin und Prag verbrachte, 1939 per Kindertransport nach England verschickt wurde, 1945 in die Censorship Division der US Army nach Deutschland ging, dort heiratete, Kinder bekam und ihr Leben verbrachte, bis sie im Jahr 2000 starb und auf dem jüdischen Friedhof in Prag begraben wurde – ganz in der Nähe Kafkas.

„GESCHICHTSBILDER UND ERINNERUNGSGENERATIONEN“
Neuere Forschungen zum Umgang mit der nationalsozialistischen Diktatur
und dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland und Europa nach 1945
2. Potsdamer Doktorandenforum des ZZF,
14./15. Oktober 2004

Melanie Arndt/Christopher Görlich

Zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Kooperation unter Doktoranden aus dem ganzen Bundesgebiet lud das Zentrum für Zeithistorische Forschung im Oktober 2004 unter dem Titel: „Geschichtsbilder und Erinnerungsgenerationen. Neuere Forschungen zum Umgang mit der nationalsozialistischen Diktatur und dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland und Europa nach 1945“ zum 2. Potsdamer Doktorandenforum zur deutschen und europäischen Zeitgeschichte ein. Geplant und organisiert wurde das von der Fritz Thyssen Stiftung geförderte Forum von den Doktoranden des ZZF, allen voran von Markus Payk und Albrecht Wiesener, tatkräftig unterstützt von Friederike Kind und Heiner Stahl.

Den Auftakt des Forums bildete ein Vortrag Erik Meyers vom Sonderforschungsbereich Erinnerungskulturen an der Justus-Liebig-Universität Gießen. In einer multimedialen Präsentation, die mit der in wissenschaftlichen Kreisen recht unüblichen Einspielung von Hildegard Knefs „Laß das Vergangene vergangen sein“ (1977) begann, umriß Meyer eine Fülle von Umgangsformen mit Erinnern und Gedenken nach dem Zweiten Weltkrieg. In das breite Panorama bezog er die Fernsehserie „Holocaust“ ebenso ein wie die Diskussionen um die Spendenkampagne für das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin.

Die ersten beiden Beiträge der von Christoph Classen (Potsdam) moderierten Sektion „Generation und Gedächtnis“ beschäftigten sich mit den Unterschieden und Diskrepanzen zwischen offiziellen und individuellen Formen der Erinnerung an den Nationalsozialismus verschiedener Generationen in Ost- und Westdeutschland.

Anhand erster Ergebnisse ihrer empirischen Forschung an je zwei Leipziger und Hamburger Schulen stellte Alexandra Oeser (Paris/Erfurt) den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Ost- bzw. Westdeutschland vergleichend dar. Dabei unterschied sie zwischen „offiziellen und inoffiziellen Diskursen“, die sie zum einen an der Schulpolitik und zum anderen an der „Klassenraumrealität“ festmachte. Der moralische Imperativ in der Vermittlung faschistischer deutscher Vergangenheit während des Unterrichts habe in der ehemaligen DDR zu einer Universalisierung und in der BRD zu einer normativen Internalisierung im Sinne von Rainer Lepsius¹ geführt. So stieß Oeser in

1 Lepsius, Rainer M. (1993), Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches“, in: Ders., Demokratie in Deutschland, Göttingen, 229–245.

ihren Interviews mit Schülern und (Geschichts-)Lehrern an den beiden Hamburger Schulen auf ein diffuses, jedoch sehr stark vorhandenes Schuldgefühl, während dieses in Leipzig nahezu zu fehlen schien. Allen befragten Schülern und Lehrern gemein sei ein Mangel an tatsächlicher persönlicher Auseinandersetzung mit dem Thema.² Das ließe sich nicht nur anhand des auffälligen Schweigens auf familienbiographische Fragen erkennen, sondern auch am unkonkreten Sprachgebrauch: „Es“ dominiere als Umschreibung der Verbrechen des Nationalsozialismus.

Ähnliche Schlußfolgerungen wie ihre Vorrednerin zog Iris Wachsmuth (Berlin) in dem zweiten Beitrag der Sektion. Auch sie treffe in ihrem ebenfalls auf Interviews gestützten Dissertationsprojekt selten auf offene, individuelle Auseinandersetzung. Ein Zusammenhang zwischen dem schulischen Wissen, d.h. der öffentlich-offiziellen Erinnerung, und dem Erlebten und Erzählten der eigenen Familie, d.h. der individuellen Erinnerung, werde kaum hergestellt. In ihrem Beitrag stellte die Soziologin Ausschnitte und Erkenntnisse aus je zwei lebensgeschichtlich angelegten Interviews mit West- und Ostdeutschen der sogenannten dritten Generation vor. Sie verwies dabei auf sehr unterschiedliche Dynamiken der Tradierung in den Familien, in denen nicht selten ein großes Loyalitätsempfinden gegenüber den eigenen Familienmitgliedern eine entscheidende Rolle spiele. Dabei könnten durchaus unlogische oder gar paradoxe Verbindungen gezogen werden, wenn bewußt oder unbewußt versucht wird, das wissensbasierte „Lexikon“ mit dem Familien-„Album“ der Erinnerungen zusammenzubringen.³

Mit bewußt gewählten Strategien der Verdrängung und den Funktionen der Distanzierung beschäftigte sich die Diskussion, die sich an die beiden Beiträge anschloß. Gerade die Distanzierung könne eine mögliche Annäherung sein, die es gestatte, sich auf einer abstrakten Ebene mit dem Thema zu beschäftigen, so Moderator Classen. Bedenkenswert ist auch der Hinweis nach einem noch zu findenden Instrumentarium, um die Brechung des Jahres 1989, die viele Lebensläufe der DDR direkt traf, mit in die Vergleichsstudien einzubeziehen. Erst unter Einbezug dieser „doppelten Vergangenheit“ würde man der „vielfachen Vergangenheit“⁴ und deren Erinnerungen gerecht werden.

Im Mittelpunkt des anschließenden Vortrages Anton Legerers (Florenz/Wien) stand eine Form der aktiven generationsübergreifenden Vergangenheitsaufarbeitung in Gestalt der „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“. Der Psychologe und Philosoph hob in seinem kurzen historischen Abriss der Entwicklung dieser Freiwilligeninstitution Kontinuitäten und Brüche hervor. Ausgehend vom heroischen „Marlboro-Man-Image“, das Legerer mittels organisationseige-

2 Einen ähnlichen Prozeß beschreibt Sabine Moller (1998), Die Entkonkretisierung der NS-Herrschaft in der Ära Kohl, Hannover.

3 Vgl. Konzepte „Lexikon“ und „Album“ bei Welzer, Harald/Moller, Sabine/Tschuggnall, Karoline (2002), „Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt am Main.

4 Moller, Sabine (2003), Vielfache Vergangenheit. Öffentliche Erinnerungskulturen und Familien-erinnerungen an die NS-Zeit in Ostdeutschland, Tübingen.

nem Bildmaterial von jungen Männern auf dem Bau untermauerte, habe die Institution einen Imagewandel hin zum Motto „Sühne“ durchlaufen. Kontinuierlich habe dabei der Protestantismus eine entscheidende Rolle gespielt – sowohl in der materiellen Absicherung des Vereins als auch im ideellen Sinne. Bis heute werde der Verein hauptsächlich von der evangelischen Kirche getragen. Die Rekrutierung der Freiwilligen erfolge aus traditionellen protestantischen Milieus und auch bei der Ausrichtung von Veranstaltungen hätten protestantische Riten wie z.B. Andachten einen höheren Stellenwert gehabt.

In der Diskussion des Beitrages wurde der Einfluß des Protestantismus auf die Erinnerungskultur aufgegriffen. Weiterhin wurde nach dem möglichen Motivationswandel der Freiwilligen gefragt sowie Vergleiche zu anderen Freiwilligenorganisationen gezogen.

Nina Leonhard (Strausberg/Berlin) unterstrich in ihrem Kommentar zur ersten Sektion die Gemeinsamkeiten der drei Beiträge. Sie stellte zum einen die überall präsente Kommunikation über den Nationalsozialismus fest, die jedoch nicht dazu führe, die individuelle Sprachlosigkeit zu überwinden. Zum anderen berührten alle Beiträge die implizite Schuldfrage und den unterschiedlichen Umgang mit dieser in Ost und West. Leonhard stellte darüber hinaus die Frage, welche Bedeutung dabei dem christlichen Verständnis von Schuld zukomme. Kritik äußerte sie an der Verwendung des Generationsbegriffes. Vor allem in bezug auf jenen der so genannten „dritten Generation“ plädierte sie für mehr Differenzierung. Insbesondere im Osten Deutschlands spiele das Alter einer Person eine sehr entscheidende Rolle. Deshalb müsse zwischen Gruppen innerhalb bestimmter Generationen unterschieden werden.

In der zweiten Sektion „Politiken der Erinnerungen“, die Jürgen Danyel (Potsdam) moderierte, stellte zunächst Malte Thießen (Hamburg) verschiedene Legenden und Narrative im Hamburg der Nachkriegszeit dar. In der 1943 durch alliierte Luftangriffe zerstörten Stadt setzte sich erst in den 1980er Jahren das Geschichtsbild der Befreiung im Jahre 1945 durch. Zuvor sah man sich als Opfer bzw. als Held, der mutig zum Wiederaufbau geschritten sei. Lange Zeit bildete so das Jahr 1943 den Gründungsmythos des Nachkriegshamburg, das sich als „Phönix aus der Asche“ begriff. Vor diesem Hintergrund wies Thießen überzeugend nach, daß in jüngster Zeit die Beschäftigung mit dem Bombenkrieg keinesfalls ein Tabu gebrochen habe, denn das Thema habe die Hamburger Öffentlichkeit seit den Luftangriffen 1943 beschäftigt.

Das Doktorandenforum bot auch ausreichend Raum, um eher konzeptionelle Fragen zu erörtern. In diesem Sinne stellte Christina Morina (Leipzig /College Park, MD) ihr noch junges Forschungsvorhaben mit dem Titel „Vermächtnis und Gedächtnis Stalingrad“ vor, das „Erinnerung, Aufarbeitung und Darstellung des Kriegs gegen die Sowjetunion in der politischen Kultur Deutschlands“ in den Jahren 1943 bis 1973 thematisiert. Über die engere Fragestellung hinaus hat sie den Umgang mit dem Krieg im Osten im Auge, über den sie den Zusammenhang von Krieg, Gedächtnis und Politik beleuchten will.

Heike Krösche (Oldenburg) untersuchte die „inszenierte Öffentlichkeit“ in der Presseberichterstattung über den Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/46. Explizit von einer These der älteren Forschung ausgehend, konstatierte die Referentin eine Kluft zwischen privater und öffentlicher Meinung. Sie stellte fest, daß die zeitgenössischen Zeitungen versuchten, dem Internationalen Gerichtshof eine Legitimation zu verschaffen, was jedoch bei der Bevölkerung auf wenig Interesse stieß, die mit ihrem Alltagsleben beschäftigt war. Die Diskussion zeigte, daß der Begriff der Öffentlichkeit überdacht und die Rolle der Presse, der Journalisten und der Redaktionen näher untersucht werden sollten, um nicht gänzlich bei alten Erkenntnissen stehen zu bleiben.

Christian Lotz (Leipzig) fragte unter dem Titel von „Erinnerungspolitik und Vertreibung“ nach dem Umgang mit der Vertreibung im geteilten Deutschland während der 1950er und 1960er Jahre. Zur Operationalisierung beschränkte er sich dabei auf die Flüchtlinge aus Schlesien und wählte eine handhabbare Zahl von staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen nach ihrer Maßgeblichkeit für die Flüchtlingspolitik, ihren politischen Positionen und ihren Wirkungen aus, so daß ein breites Bild vom Umgang mit der Vertreibung und seine Veränderungen im Zeitverlauf entstehen soll. Freilich kann eine solche Auswahl immer kritisiert werden, was auch in der Diskussion nicht ausblieb. Gravierender aber waren die Einwände aus dem Auditorium, die auf den allzu leichtfertigen Umgang mit dem Begriff „Vertreibung“ zielten.

In seinem kurzen Abschlußkommentar zu den Vorträgen des Nachmittags, der lediglich einige Bemerkungen zusammenfaßte, mahnte Michael Esch (Berlin) eindringlich, als Fazit des Forums die Forderung zu stellen, auch Gedächtnis- und Erinnerungskonstruktionen sowie die immer wieder zu hörende Auffassung, ein Tabu sei durchbrochen worden, selbst zu historisieren und in ihre Zeit einzuordnen sowie dabei die Alltags- und Lebensrealität zu beachten.

In den Diskussionen und zwischen den Sektionen ergaben sich zahlreiche Kontakte, die künftigen Austausch und Zusammenarbeit versprechen. Das nächste, hoffentlich ebenso erfolgreiche Doktorandenforum zum Thema „Medien in politischen und gesellschaftlichen Transformationsprozessen“ findet im März 2005 in Potsdam statt.

„KOMMUNIKATION UND RAUM“
Zum 45. Deutschen Historikertag in Kiel, 14.-17. September 2004

Christian Domnitz/Christoph Classen

Es war nicht allein ein Wehklagen der Zukunft: Trotz gegenwärtiger Sparvorgaben und drohenden, noch weit drastischeren Einschnitten in der Zukunft war das, was nach einer launigen Eröffnungsansprache der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin Heide Simonis folgte, ein vielfältiger, durchaus innovativer und ungewohnt gegenwartsbezogener Historikertag, der, nebenbei bemerkt, perfekt organisiert war. Anknüpfend an jüngere Konzeptionen wie den sogenannten „spatial turn“ stand die Veranstaltung unter dem Oberthema „Raum und Kommunikation“. Das Motto fand sich in der Thematisierung von Beziehungen der Deutschen zu ihren östlichen Nachbarn ebenso wieder, wie in Verweisen der Organisatoren auf die räumliche Orientierung des Veranstaltungsorts Kiel auf den Ostseeraum, die bis heute in der Tradition der Hanse und im Erbe der Marine spürbar ist. Symbolhaft für ein solches Programm stand ein Segeltörn mit dem originalgetreuen Nachbau einer Kogge, der den Teilnehmern im Beiprogramm angeboten wurde: Die Förde-Rundfahrt führte am Marinehafen, an den Howaldtswerken und den Marinedenkmalen in Möltenort und Laboe vorbei.

Die Wahl des Themas dieses Historikertages spiegelt zwei Tendenzen der Fachwissenschaft wider, die damit wohl als anerkannt und etabliert gelten können: Zum einen den rapiden Verfall des nationalgeschichtlichen Paradigmas zugunsten internationaler, vor allem europäischer Perspektiven, zum anderen die wachsende Bedeutung kulturgeschichtlicher Zugänge und Methoden: Explizit ging es den Veranstaltern nicht allein um die geographisch-materielle, sondern auch um die kulturelle und symbolische Dimension von Räumen im Sinne von wechselnden Wahrnehmungen, Erfahrungen und Konstruktionen. Daß es gelungen ist, aus über 120 Angeboten 60 thematisch einschlägige auszuwählen und daraus ein erstaunlich kohärentes, in hohem Maße methodisch reflektiertes und europäisch ausgerichtetes Programm zusammenzustellen, kann durchaus als positives Indiz für den Zustand der historischen Forschung in Deutschland interpretiert werden.

Ein weiterer Trend ist wohl weniger reflektiert, aber deswegen nicht minder deutlich: Noch immer scheint die Bedeutung der Zeitgeschichte gegenüber allen anderen Epochen zu wachsen, was sich in Kiel in Form eines spürbaren Schwerpunkts auf entsprechend orientierten Sektionen äußerte. Dabei fiel auf, daß der Akzent hier klar auf der Zeit nach 1945 lag und zugleich der Hype der DDR-Forschung der 90er Jahre endgültig vorbei zu sein scheint: Nicht eine einzige Sektion beschäftigte sich ausschließlich mit dem verflochtenen deutschen Teilstaat. Historiker des Zentrums für Zeithistorische Forschung waren in mehreren Panels und Angeboten engagiert. Beispielsweise war die geschichtswissenschaftliche Informationsplattform H-Soz-u-Kult zusammen mit Clio-online unter den

Ausstellern vertreten, und in diesem Rahmen präsentierten sich auch das neue Zeitgeschichts-Portal „Zeitgeschichte-online“ des ZZF sowie das im Institut redigierte Fachjournal „Zeithistorische Forschungen“.

Daß „Raum“ nicht ohne die komplementäre Kategorie „Zeit“ auskommt, zeigte Martin Sabrow (ZZF) als Organisator des Panels „Zeitverständnis und Herrschaftsakzeptanz im 20. Jahrhundert“. Hier wurde der Versuch unternommen, den Umgang mit Zeit und das Zeitempfinden in Diktaturen und Demokratien des 20. Jahrhunderts zu analysieren und daraus Schlüsse auf Herrschaftsakzeptanz und die Stabilität der jeweiligen politischen Systeme abzuleiten. Die Grundlage hierfür bildete ein plurales Verständnis sich gegenseitig durchdringender Zeitmuster von Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft.

Martin Geyer (München) bezog dabei Ernst Blochs „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ auf die Zeit, in der das Konzept entstand; in der Weimarer Republik seien Zeitstile fragmentierter denn je gewesen, womit Möglichkeiten neuer Anknüpfungspunkte und Referenzen jenseits einer allein physischen Gegenwart genutzt wurden, die Chancen für neue soziale, nationale – und nationalsozialistische – „Wunschräume und Wunschzeiten“ eröffneten. Georg Wagner-Kyora (Hannover) verortete die Zeit in einem umgrenzten Raum, indem er auf Reinhart Kosellecks Begriff der „Zeitschichten“ zurückgriff. In den Debatten und institutionalisierten Machtkämpfen um den Abriß des Braunschweiger Stadtschlusses hätte die unterschiedliche Gewichtung von Zeitschichten eine starke Rolle gespielt. Den Ausschlag für den Abriß hätten, so argumentierte er, schließlich die für ein historisches Bauwerk dieser Art recht kurzen, aber stark prägenden neun Jahre gegeben, in denen das Schloß als SS-Ausbildungszentrum genutzt wurde.

Die starke Zukunftsbezogenheit des Sozialismus aber auch der Bundesrepublik in den 60er und frühen 70er Jahren thematisierten Albrecht Wiesener (ZZF) und Alexander Schmidt-Gernig (Düsseldorf). Ersterer machte am Beispiel von Halle-Neustadt deutlich, wie sich das Zukunftsprojekt DDR quasi „verräumlichte“ und sich im Konzept der „neuen sozialistischen Stadt“ niederschlug, dessen utopischer Charakter sich freilich bald offenbarte, und das demzufolge sukzessive immer mehr erstarrte. Die Vorstellung eines elementaren Kontinuitätsbruchs war allerdings kein exklusives Merkmal der DDR, sondern beherrschte auch die Wahrnehmungen in der Bundesrepublik der 60er und 70er Jahre, wie Schmidt-Gernig eindrucksvoll deutlich machte. Aber anders als im Osten beruhte diese Perzeption im Westen nicht auf geschichtsphilosophischen Axiomen, sondern resultierte aus den Erfahrungen von technischem Fortschritt und zunehmender Globalisierung. „Zukunft“ erschien seinerzeit als „globalisierter kommunikativer Zusammenhang“, von dem man glaubte, daß er rationaler Planung und Gestaltung zugänglich sei. Doch auch hier verengte sich spätestens in den 80er Jahren im Zuge der allgemeinen Krisenerfahrung der Zukunftshorizont wieder spürbar und die technokratischen Steuerungs- und Rückkopplungsmodelle wurden aufgegeben.

Jeweils vergleichend angelegt waren schließlich die Vorträge von Martin Sabrow und Rainer Gries (Wien). Sabrow verglich dabei das Zeitverständnis und den Zeitbezug in der nationalsozialistischen und der sozialistischen Herrschaftskultur der DDR. In der ersteren habe „Zeit“ einen spürbar höheren Stellenwert gehabt und sei zudem eher rhythmisch angelegt gewesen, während sich die DDR durch ein einseitig auf die Zukunft bezogenes, lineares Zeitkonzept auszeichnet habe. Das unterschiedliche Integrationspotential der beiden Regime könne zumindest teilweise auch damit erklärt werden. Demgegenüber kontrastierte Gries mit seinem Vergleich des Nachkriegs-Österreichs mit der DDR eine überwiegend raumgebundene (Österreich) mit einer ganz auf Zukunft (und damit auf Zeit) fixierten Meistererzählung in der DDR. Während er „Raum“ als eher konservatives Konzept interpretierte, das perfekt zum Opfer-Mythos und Selbstverständnis der österreichischen Nachkriegsgesellschaft gepaßt habe, sah er in den Zukunftsprojektionen in der DDR vor allem die Leiderfahrungen und sozialpsychologischen Bedürfnisse ihrer Eliten gespiegelt.

Insgesamt zeigten die engagierten Diskussionen, daß zahlreiche einzelne Annahmen und Interpretationen umstritten blieben, zugleich jedoch die kulturgeschichtliche Perspektive auf den Zusammenhang von Zeit und Herrschaft allgemein als anregend empfunden wurde.

Das Konzept einer asymmetrisch verflochtenen deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte präsentierten Vertreter des Zentrums für Zeithistorische Forschung in einer zusammen mit dem Verband der Geschichtslehrer Deutschlands ausgearbeiteten Vortragsreihe. Ziel dabei war es, bereits in der Entwicklungsphase des Konzepts didaktische Anknüpfungspunkte für den Schulunterricht, für die Planung von Lehrinhalten und für die Gestaltung von Schulbüchern herauszuarbeiten. In der Präsentation wurde dies deutlich gemacht, indem den Vorträgen konsequent Ko-Referate von Fachdidakten zur Seite gestellt wurden.

Christoph Kleßmann (ZZF) beschrieb das Konzept einfühend als eine interdependente deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte und formulierte Bezugsfelder – beispielsweise das Jahr 1945 als Endpunkt und Neubeginn, die innere Blockbildung und die Eigendynamiken von Demokratie und Diktatur –, die den Kern einer integrierten Nachkriegsgeschichte bilden können. Er begründete diesen Blick auf die deutsche Geschichte mit den vielfältigen Bezügen kultureller und politischer Art zum jeweils anderen deutschen Staat. Dies hebe sie von einer allein vom Ende her gedachten Kontrastgeschichte ab, die nur vom Erfolg der Bundesrepublik und dem Scheitern der DDR ausgehe und den langen Jahren der parallelen Existenz zweier deutscher Staaten nicht gerecht würde.

Um der Gefahr zu entgehen, damit einer mehr oder minder verdeckten Rehabilitierung der Nationalgeschichte Vorschub zu leisten, forderte er, die Geschichte der beiden deutschen Staaten konsequent unter Einbeziehung blockübergreifender europäischer Perspektiven zu konzipieren.

Vor diesem Hintergrund formulierten Mitarbeiter des ZZF Konzepte für einzelne Untersuchungsfelder. Mit „Deutschland als Grenzregion des Kalten Kriegs“ eröffnete Thomas Lindenberger einen neuen Blickwinkel auf die deut-

sche Nachkriegsgeschichte, denn die innerdeutsche Grenze trat nicht nur räumlich als Staatsgrenze in Erscheinung: Sie war – in der DDR möglicherweise etwas stärker als in der Bundesrepublik – auch innerhalb der Gesellschaften omnipräsent und fand ihre Entsprechungen in der Kontrolle von Ost-West-Kontakten, in Berufsverboten für vermeintliche Sympathisanten der anderen Seite, im „Westpaket“ und in der Förderung Westberlins und der „Zonenränder“. Indem der Mauerfall zum Symbol und Katalysator der Blockauflösung wurde, kulminierte die Bedeutung der Grenze nach 1989 noch einmal.

Zum spiegelbildlichen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit referierte Martin Sabrow. Er stellte eine Viktimisierungskultur der Bundesrepublik einer Kultur der Heroisierung des Widerstands in der DDR gegenüber. In beiden Fällen habe dies jedoch der Abwehr der Vergangenheit gedient, sei es durch restaurative (Bundesrepublik) oder fortschrittsorientierte Verdrängung (DDR). Einen sowohl lebensweltlich als auch sozialgeschichtlich motivierten Blick auf eine in Grundzügen gemeinsame Jugendkultur zwischen „Rocken und Rebellieren“ sowie „Anpassen oder Aussteigen“ präsentierte Konrad H. Jarausch. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bestanden beispielsweise in der Art der ausgeübten Systemkritik.

Die Ko-Referate behandelten jeweils didaktische Umsetzungskonzepte zu den präsentierten Problemfeldern. Darüber hinaus wurden exemplarisch konkrete, für den Unterricht geeignete Lehreinheiten präsentiert. In den Saalfragen zum Ende des Panels wurde deutlich, daß sich die Interessen des wissenschaftlichen Publikums nicht unerheblich von denen der Geschichtsdidaktiker unterschieden. Die Ermunterungen, den innovativen Ansatz fortzuführen, zeigten aber, daß in diesem erhebliches Potenzial steckt.

Die verstärkte Tendenz zu gegenwartsbezogenen Themen zeigte sich nicht zuletzt daran, daß die Veranstalter mit dem Thema „Terror“ sogar eine aktuelle Frage in das Programm aufgenommen haben. Welche Antworten gerade die Geschichtswissenschaften in der Diskussion um Terror, seine Entstehung und seine Bekämpfung geben können, wurde im Rahmen einer Podiumsdiskussion diskutiert. Dabei zeigte sich, daß es zunächst einmal gar nicht einfach ist, die richtigen Fragen zum Thema Terror – verstanden als vorsätzlicher Krieg gegen Zivilisten - zu finden. Sind es schwache Staaten, die Armut oder globale Abhängigkeitsverhältnisse, die weltweite Gewalt gegenüber Zivilisten entstehen lassen? Hilft die Medialisierung von Geiselnahmen und Terroranschlägen den Tätern, ihre Ziele zu erreichen? Ob uns Terror selbst unsicher mache oder ob erst die mediale Repräsentation den Schrecken verbreite, fragte Habbo Knoch (Göttingen). Mit der Möglichkeit, weltweit jeden Ort per E-Mail oder Satellitentelefon zu erreichen, überwinde Terror kommunikatorische Schranken, überschreite nationale Grenzen und Grenzen der Ethik, argumentierte die Berliner Islamwissenschaftlerin Gudrun Krämer und führte damit die Kategorie „Kommunikation und Raum“ – das Thema des Historikertags – in die Debatte ein. Daß jedem Terror ein Automatismus innewohne, der ihn grenzenlos und global werden lasse, unterstrich der Gastredner Moshe Zimmermann (Jerusalem). Wie weit

„Terror ohne Grenzen“ – so der Titel der Diskussion – tatsächlich in sich ver-
netzt sei, war dabei eine erste kontrovers diskutierte Frage. Kollektive Gefühle
des Unterdrücktseins und eine Legitimation für die kriminelle Tat, diese Hypo-
these wuchs im Dialog mit dem Auditorium, würden Terror begünstigen. Der
Moderator der Debatte, der Kieler Zeithistoriker Christoph Cornelißen, fragte, ob
sich in der westlichen Welt nicht gerade bei diesem Thema ein gewisses Un-
wohlsein angesichts ihrer kolonialen und imperialen Tradition einstellen müßte.
Diese Frage blieb unbeantwortet, und letztlich zeigte sich ein schmaler Konsens
darin, daß die Historiker zur aktuellen gesellschaftlichen Kontroverse einen
lohnenden Beitrag leisten können, wenn sie langfristige Entwicklungen erfors-
chen, die Terror provozieren und die dazu beitragen, ihm Legitimation zu ver-
schaffen.

Unter dem Titel „Der 11. September 2001 und die Wende von 1989 in histo-
rischer Perspektive“ griff der Duisburger Zeithistoriker Wilfried Loth das Thema
in einer eigenen Sektion auf. Er führte aus, daß nach den epochalen Ereignissen
eine „neue Weltordnung“ noch nicht in Sicht sei. Angenehmere Zwischentöne
klangen in feinen Binnendifferenzierungen der islamischen Welt mit, die das
Berliner „Zentrum Moderner Orient“ beisteuerte. So wurden intellektuelle isla-
mische Debatten der letzten Jahrzehnte dargestellt, die sich über die arabische
und die westliche Welt hinweg erstreckten, Grenzen überschritten und die ein
sehr vielseitiges Bild weltweiter islamischer Wertediskussion transportierten.

Ein weiteres zentrales Thema des Historikertags war das Verhältnis der Deut-
schen zu ihren östlichen Nachbarn – Partnerländer des Kieler Kongresses waren
die baltischen Staaten und Polen. Auf dem Treffen klang hierbei die schwierige
Frage mit, wie sich über Räume diskutieren lasse, ohne dabei in das Zwielficht
der Geopolitik zu geraten. Die Veranstalter unterstrichen, in der Betrachtung von
Räumen sei die kulturelle Dimension von Interesse und ermunterten zu For-
schungen über lebensweltliche Dimensionen von Räumen oder über Mechanis-
men räumlicher Imagination und Konstruktion.

Viele Vortragende widmeten sich in ihren Präsentationen der Dekonstruktion
von Raumvorstellungen, doch es bestand nicht unbedingt Konsens darüber, daß
der gedachte Raum bereits Vorläufer eines späteren, faktischen Imperiums sein
müsse. In der von Gregor Thum (Pittsburgh) präsentierten Sektion „Europas
Osten in der Wahrnehmung der Deutschen“ wurde beispielsweise beleuchtet, auf
welcher narrativen Grundlage in Deutschland ein „Osten“ konstruiert wurde.
Deutsche Befindlichkeiten und Bedürfnisse stießen in der ersten Hälfte des 20.
Jahrhunderts auf Ost- und Ostmitteleuropa als Projektionsraum, und unter viel-
fältigen Wechselwirkungen zwischen Projektionen, gefühlten außenpolitischen
Optionen und inneren Befindlichkeiten der Deutschen entstand daraus die Sinn-
welt „deutscher Osten“.

Während das Erkenntnisinteresse dieses Panels auf die Mechanismen von
Konstruktion und Wahrnehmung gerichtet war, wählten Anbieter weiterer Sek-
tionen andere Zugänge zum Tagungsthema. Der Münchner Zeithistoriker Hans
Günter Hockerts ließ seine Mitstreiter in vergleichender Perspektive über die

Entschädigung nationalsozialistisch Verfolgter in Nord-, Süd-, Ost- und Westeuropa sprechen, und der Berliner Osteuropaforscher Holm Sundhaussen thematisierte die Bedeutung von Raumbeziehungen bei der Ausübung imperialer Herrschaft. Eine Sektion zum komplexen Transfer von Begriffen und zu ungleichen Kategorien zwischen östlichen und westlichen Welten organisierte Jörg Baberowski (Berlin).

Trotz aller derzeitigen Bestrebungen um eine Europäisierung und Globalisierung der Forschung zeigte eine emotionale und gleichzeitig sehr bedachte Festrede von Tadeusz Mazowiecki, daß die ambivalente Vergangenheit der Beziehungen Deutschlands zum östlichen Europa fast zwangsläufig auch deren Zukunft prägt. Verständlich war, daß ein Eröffnungsvortrag des Bundestagsvizepräsidenten Hermann Otto Solms Kopfschütteln hervorrief, hatte er doch die Historiker aufgerufen zu bestimmen, wo die Grenzen Europas lägen und welche Gesellschaften die zivilisatorischen Werte der Europäischen Union trügen. „Es ist nicht leicht, von einem normativen Europabegriff abzurücken“, reagierte darauf Manfred Hildermeier, Vorsitzender des Verbands der Historikerinnen und Historiker Deutschlands, in seiner Abschlussrede. Unter dem Titel „Wo liegt Osteuropa?“ wandte er sich gegen eine Demarkation Europas und versuchte, das Verhältnis der deutschen Geschichtswissenschaft zum östlichen Europa neu zu bestimmen. Obwohl er an traditionellen Herleitungen kultureller Räume aus Religionsgrenzen oder Agrarverfassungen festhielt, bemühte er sich zugleich um ein Plädoyer für methodische Erneuerung und Vielfalt. Modernen Ansätzen wie Transfer- und Verflechtungsgeschichte wurde durchaus die Fähigkeit zugesprochen, Raumbeziehungen zu thematisieren und zu erklären.

In einem wohl eher der Routine entsprechenden Wechsel an der Spitze des Verbands der Historiker und Historikerinnen Deutschlands folgt auf Manfred Hildermeier nun der Althistoriker Peter Funke, dem Barbara Sollberg-Rilliger als Stellvertreterin zur Seite steht. Der nächste Historikertag wird im September 2006 in Konstanz stattfinden.

Querschnittsberichte zu Rahmenthemen des Historikertags finden sich auf der Seite <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/index.asp?pn=texte&id=557>

Besprechungen der einzelnen Sektionen verzeichnet <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/index.asp?pn=texte&id=551>

Tonmitschnitte einzelner Sektionen sind abzurufen unter <http://www.historikertag.uni-kiel.de/archiv.html>

**„GESCHICHTE DER TEILUNG.
NORDKOREA- UND DDR-FORSCHUNG IM VERGLEICH“
Konferenz an der Korean University, Seoul, 4. – 6. November 2004**

Christoph Kleßmann

Vom 4. bis 6. November 2004 fand in Seoul auf Initiative von Prof. Unsuk Han, Sangji-Universität, eine Konferenz mit vier Mitarbeitern des ZZF statt, die einen Vergleich der Nordkorea- und der DDR-Forschung zum Ziel hatte. Es ging zunächst um eine erste Zwischenbilanz des jeweiligen Forschungsstandes und einen Überblick über die Entstehung der Teilung, der Entwicklung der Parteidiktatur, der Grundzüge der gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung. Die abschließende Sektion galt den Auswirkungen der Teilung auf die politische Kultur beider Länder. Unübersehbar war für die koreanische Seite die Frage nach möglichen Lehren aus der deutschen Entwicklung bis zur Vereinigung ein treibendes Moment, zeichnet sich künftig doch eine Wiedervereinigung Süd- und Nordkoreas zumindest als Möglichkeit ab. Besonders in der Abschlußdiskussion und in Gesprächen und Interviews am Rande der Konferenz spielten solche gegenwartsbezogenen Fragen immer wieder eine wichtige Rolle.

Es gibt ohne Zweifel eine Reihe von Parallelen, die einen vergleichenden Blick produktiv erscheinen lassen. Die erheblichen Differenzen in der inneren und äußeren Entwicklung sind jedoch viel augenfälliger, auch wenn es außerordentlich schwierig ist, empirisch fundierte Aussagen über die aktuelle Situation in Nordkorea zu machen. Für die erste Phase der Nachkriegsgeschichte existiert zwar mittlerweile eine verbreiterte Quellenbasis, weil amerikanische und auch sowjetrussische Materialien sowie Informationen von Flüchtlingen in begrenztem Umfang zur Verfügung stehen. Im Vergleich zur DDR bleibt die Materialgrundlage dennoch außerordentlich dünn. Zudem müssen südkoreanische Forscher bei der Publikation von Forschungsergebnissen über den kommunistischen Norden offenbar immer noch darauf achten, daß sie nicht mit den restriktiven Vorgaben des noch aus vordemokratischer Zeit stammenden Nationalen Sicherheitsgesetzes kollidieren. Dazu gehört auch das von einem Kollegen mitgeteilte Kuriosum, daß es in Südkorea verboten ist, nordkoreanisches Fernsehen zu empfangen, obwohl dessen Attraktivität sehr begrenzt sein dürfte.

Es war auffällig, daß sich viele Historiker und Politologen um ein differenzierteres Bild bemühen und den rigiden Antikommunismus früherer Jahre als Hindernis jeder Annäherung zu überwinden versuchen. Hier drängen sich Parallelen zur deutschen Diskussion in den 70er und 80er Jahren auf. Die rigide Trennung und die rasante Entwicklung Südkoreas haben aber auch dazu geführt, daß sich die jüngere Generation offenbar kaum für den Norden interessiert und wenig von einer Wiedervereinigung mit weit fataleren ökonomischen und sozialen Folgen als im deutschen Fall zu halten scheint.



Die gravierenden Unterschiede der historischen Entwicklung der DDR und Nordkoreas betreffen insbesondere die frühe Teilungspolitik der beiden Supermächte aufgrund vitaler strategischer Interessen, die aus dem Guerillakampf gespeiste antikoloniale Ausrichtung Koreas nach dem Ende der japanischen Herrschaft 1945 und den in beiden Teilen ausgeprägten Nationalismus, die totale Abschottung entlang des 38. Breitengrads, die konsequente und frühe Sowjetisierung, aber zumindest seit 1956 auch eine größere Unabhängigkeit von der Sowjetunion. Kaum vergleichbar ist auch die Ausbildung eines gigantischen Personenkults um den „großen Führer“ Kim Il Sung seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre. Er basierte zu einem erheblichen Teil auf dem Prestige, daß sich dieser als Partisanenkämpfer gegen die Japaner erworben hatte, auch wenn dieses dann in grotesker Weise stilisiert wurde. Eine Passage aus der offiziellen Biographie mag das illustrieren: „Ein Großteil meines Lebens habe ich auf Schlachtfeldern verbracht. Die 15 Jahre des Krieges gegen Japan und die drei Jahre des großen Krieges gegen die USA habe ich nahezu 20 Jahre im Kugelhagel und Pulverrauch zugebracht. Dennoch wurde ich nicht einmal verletzt. Ob dies ein Wunder oder ein Glück ist?“

In zwei Tagen wurden auf der Konferenz in vier Sektionen in Längsschnitten die wichtigsten Entwicklungslinien im Vergleich angesprochen. Für die in der ersten Konferenzsektion erörterte Forschung und Historiographie ließ der Bei-

trag von Kim Seong-Bo zeitverschoben deutliche Parallelen zur von Christoph Kleßmann skizzierten DDR-Forschung erkennen: Anfänglich eine rein politische Ausrichtung im Zeichen des Kalten Krieges, seit den 80er Jahren verstärkte Bemühungen um eine bessere sozialwissenschaftliche Fundierung, Ansätze einer „systemimmanenten Interpretation“ und gegenwärtig aktuelle Auseinandersetzungen um das „richtige“ Bild vom diktatorischen Norden, mit dem man doch irgendwie in Kontakt kommen will, so daß man ihn nicht nur frontal attackieren möchte.

Das Referat von Kim Gwang-Oon in der zweiten Sektion zeigte parallel zu Michael Lemkes Darstellung der Entstehungsgeschichte der DDR die entschlossene, von Sicherheitsinteressen diktierte Teilungspolitik der beiden Besatzungsmächte auf. Er ging auf die lange Vorgeschichte der kommunistischen Bewegung ein und machte Parallelen zur deutschen und osteuropäischen Situation in der Theorie der „demokratischen Basis der Revolution“ und der frühen Umsetzung einer Landreform deutlich. Baek Jun-Kee konzentrierte sich in der dritten Sektion parallel zu Bernd Stövers Überblick über die Gesamtentwicklung der SED-Diktatur auf die Anfangsphase und stellte informativ die relativ große Rolle nichtkommunistischer Parteien und die ausgeprägte Ausbildung mehrerer konkurrierender Fraktionen in der nordkoreanischen KP dar, die Kim Il-Sung sukzessive mit brutalen Mitteln ausschaltete. Erst danach konnte sich sein Führer-Charisma voll entfalten, ohne das die Ausprägung und Dauer seiner Herrschaft nicht zu verstehen ist. Das in diesem Kontext nur knapp erörterte Sowjetisierungsthema ist ebenso interessant im Vergleich wie kontrovers in der Akzentuierung und könnte in der nächsten Konferenz eingehender diskutiert werden. Denn mit dem als scharfe Zäsur empfundenen XX. Parteitag der KPdSU 1956 setzte eine deutliche politische Absetzbewegung in Nordkorea ein, deren ideologisches Fundament die Propagierung einer eigenen Doktrin, der Juche, war. Ihre Säulen sind ein ausgeprägter Nationalismus und die strikte Führerorientierung (vgl. dazu den instruktiven Aufsatz von Chongja Bemeleit-Li im Potsdamer Bulletin Nr. 22/2001).

In der vierten Sektion standen Gesellschaft und Kultur zur Debatte (Thomas Lindenberger/Lee Woo-Young). Für die nordkoreanische Kulturpolitik wurden erneut die starken nationalistischen, antijapanischen und „antiimperialistischen“ Konturen herausgearbeitet. Eingehend wurde die Rolle der Kultur bei der gewünschten Annäherung zwischen Nord und Süd erörtert.

Die abschließende Sektion zur Bedeutung der Teilung für die politische Kultur der beiden Länder (eingeleitet durch Beiträge von Christoph Kleßmann und Park Myung-Lim) eröffnete die überwiegend auf einem großen Podium geführte Abschlußdiskussion, in der einige der vielen strittigen Punkte und offenen Fragen angesprochen werden konnten (Tragfähigkeit der Totalitarismustheorie, die „Diktatur der Grenze“, die Rolle der USA und Chinas). Daß das nordkoreanische Regime bislang überleben konnte, läßt sich einerseits aus der prekären Mischung aus Angst und Loyalität, andererseits aus dem im Vergleich zu den Ländern des

Warschauer Pakts geringeren Grad von Abhängigkeit von der Sowjetunion erklären, aber auch aus der besonderen Stärke des Nationalismus.

Zu den nachhaltigsten Eindrücken der Konferenz gehörte die anschließende Exkursion der Teilnehmer in die Demilitarisierte Zone nach Panmunjom. Die auf den 38. Breitgrad plazierten blauen Baracken, in denen 1953 der Waffenstillstand vereinbart wurde und in denen heute unter UN-Regie die spärlichen politischen Verhandlungen zwischen Nord und Süd stattfinden, hinterlassen einen makabren Eindruck, weil sich scheinbar seit dieser Zeit nichts bewegt hat. Südkoreanische Wachsoldaten stehen wie Puppen in einer typischen Kampf- oder Verteidigungspose in der für kleine Besuchergruppen geöffneten Baracke. Ein amerikanischer Soldat informiert nach einem kurzen Film über die Geschichte der demilitarisierten Zone und die (wenigen, aber brisanten) Zwischenfälle, die es im Grenzgebiet gegeben hat. Anschließend kann man einige der noch nicht lange entdeckten Tunnels von erheblicher Länge besuchen, die vom nordkoreanischen Regime gegraben wurden und durch die in kürzester Zeit eine ganze Division nach Süden hätte befördert werden können. Natürlich wird der Bau von Nordkorea abgestritten und ob es analoge Aktivitäten des Südens gegeben hat, ist keineswegs zweifelsfrei geklärt.

In anderer Weise gespenstisch wirkte der Besuch einer voll ausgebauten Bahnstation in Dorosan. Von hier aus sollen demnächst die Züge über Gaesong nach Pjöngjang fahren. Bisher fehlen nur noch die Schienen. Aber die koreanischen Kollegen waren überzeugt, daß die auch von Nordkorea gewollte Planung in zwei Jahren realisiert würde. Teilungs- und Grenzszenarien wie diese wecken bei deutschen Besuchern fatale Assoziationen, aber sie markieren auch die gravierenden Unterschiede trotz der auch von Nordkorea nicht überbotenen Perfektion der Mauer. Vor allem war es die Existenz von West-Berlin, ohne die auch die Geschichte der deutschen Teilung durchaus einen anderen Verlauf hätte nehmen können.

Die Fortsetzung dieser Konferenz mit historischen Themen, aber zugleich einer ungewöhnlichen politischen Aktualität, ist für das nächste Jahr in Potsdam geplant. Wir werden einiges zu tun haben, um ein Äquivalent für die sprichwörtliche Höflichkeit und Gastfreundschaft der Koreaner zu bieten, die uns nicht nur wegen der Sprachprobleme rund um die Uhr in der 12 Millionen-Megametropole Seoul betreut haben, sondern uns auch Einblicke in die uralte koreanische Kultur und nicht zuletzt Kostproben der kulinarischen Köstlichkeiten geboten haben. Die Zeitgeschichte geteilter Länder gehört mit Sicherheit zu den Themenbereichen, deren gründlichere Bearbeitung weiterhin ein lohnendes Arbeitsfeld ist.

**ERGEBNISSE UND PERSPEKTIVEN DER QUELLENERSCHLIEBUNG
IM ARCHIV FÜR AUßENPOLITIK DER RUSSISCHEN FÖDERATION
Präsentation der dreibändigen deutschen Ausgabe von
Die UdSSR und die deutsche Frage, hg. v. J. Laufer und G. Kynin,
Berlin, 15. November 2004**

Jochen Laufer

Umfangreich und kenntnisreich kommentiert erschien im Herbst dieses Jahres im Verlag Duncker & Humblot in drei Bänden eine Auswahl von 489 Dokumenten mit dem Titel „Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948“, die der deutschen Öffentlichkeit mit Unterstützung der Fritz Thyssen Stiftung am 15. November 2004 im Berliner Abgeordnetenhaus vorgestellt wurden. Das ZZF wird die dortige Podiumsdiskussion unter dem Titel „Sowjetische Quellen zur deutschen Zeitgeschichte. Forschungs- und Editionsprobleme“ gesondert dokumentieren.

Die 1005seitige deutsche Edition, deren russische Ausgabe bereits 1996, 2000 und 2003 publiziert wurde, ist das Ergebnis eines Kooperationsprojekts von zwei Partnern, die unterschiedlicher nicht sein können: auf der einen Seite das Zentrum für Zeithistorische Forschung, eine unabhängige wissenschaftliche Forschungseinrichtung, von der die Initiative ausging, und auf der anderen Seite die Historisch-Dokumentarische Verwaltung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten. Spätestens während der Präsentation wurde klar, daß diese Unterschiede nicht nur in Äußerlichkeiten bestehen, sondern auch grundlegende methodische Fragen betreffen. Die ebenso ungewöhnliche wie schwierige Kooperation entstand 1992/93 in der Zeit des Zusammenbruchs der UdSSR, als die neue russische Führung nach einem demokratischen Neuanfang suchte. Nur so ist zu verstehen, daß erfahrene Diplomaten mit archivalischen Funktionen im Moskauer Außenministerium den Mut zu einem Kooperationsexperiment fanden, von dem sie nicht im voraus wußten, wohin es sie führen würde.

Damals, in den Jahren 1992 und 1993, nutzten deutsche Enthusiasten die Chance, Fundamente für langfristige solide Projekte zu legen. Sie erlagen nicht der Versuchung, auf schnellem Wege Gold zu schürfen. Das noch heute tragende Fundament, das damals gegossen wurde, ist ein am 15. Juli 1993 unterzeichneter Kooperationsvertrag. Auf dieser Grundlage konnten Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, die mehr als 50 Jahre strengster Geheimhaltung unterlagen, der russischen und internationalen Öffentlichkeit zunächst in Originalsprache vorgestellt werden. Diese langwierige Arbeit wäre unmöglich gewesen ohne die gemeinsame Förderung durch die *Fritz Thyssen Stiftung* und die *Deutsche Forschungsgemeinschaft*. 1998, als der erste russische Band der Edition erschien, trat die Gemeinsame Deutsch-Russische Historikerkommission als fördernde Einrichtung hinzu. Dieser Kommission, den Übersetzern und all denen, die die Übersetzung überprüften und dem manchmal nur

schwer in Worte zu fassenden Stil des Originals angingen, verdankt der deutsche Leser die Annehmlichkeit, russische Original-Dokumente erstmals in deutscher Sprache lesen zu können.

Welche Bedeutung der Edition zukommt, wird die weitere Forschung zur sowjetischen Deutschlandpolitik klären müssen. Doch eins ist schon jetzt klar. Uns ging es nicht darum, spektakuläre Sensationen zu bieten. Die meisten der Neuheiten, die die Edition enthält, sind für die Leser, die des Russischen mächtig sind bzw. die englische und deutsche Forschungsliteratur kennen, seit längerem, und zwar schrittweise seit der 1991 vollzogenen „Archivrevolution“ in Rußland, bekannt geworden. Den Wert der Edition wird nur der finden, der nicht nach dem sensationell Neuen, sondern nach dem Zustandekommen von Ereignissen und Entscheidungen sucht.

Vielleicht nicht im Einzelnen, aber doch in der Gesamtheit aller drei Bände bietet die Edition mindestens eine neue, grundlegende Erkenntnis. Durch die Erarbeitung der Edition ist es unseres Erachtens gelungen, einen Zusammenhang zwischen der Reaktion Stalins auf den deutschen Überfall – den er sofort als existentielle Bedrohung nicht nur für die Existenz der UdSSR, sondern auch für das Leben ihrer Bürger erkannte – und der Vorbereitung der UdSSR auf die Kapitulation und die Besetzung Deutschlands sowie der gegenseitigen Zuerkennung der vollen Oberhoheit der drei bzw. vier Siegermächte in ihren jeweiligen Zonen herzustellen. Durch die Edition wird erkennbar, daß dieser Zusammenhang insofern die Nachkriegsentwicklung bestimmte, als keine der beteiligten Mächte auf die einmal eingeräumten Rechte in ihren jeweiligen Zonen verzichten wollte und konnte. Nur in Form der Zweistaatlichkeit – wovon der eine deutsche Staat anfänglich der mehr oder weniger vollständigen Kontrolle der Westmächte und der andere deutsche Staat dauerhaft der umfassenden Kontrolle der UdSSR unterworfen blieb – konnte jede einzelne der Siegermächte weitestgehend ihre Siegerrechte wahren. Nicht zu Unrecht sprechen noch heute viele Bürger der früheren Sowjetunion von „unserem Deutschland“, wenn sie die DDR meinen.

Dieser Gesamtzusammenhang, der durch die Edition so deutlich wie noch nie zuvor aufgezeigt wird, läßt sich auf einen noch einfacheren Nenner bringen. Nachdem Stalin bereits im Herbst 1941 die „Aufgliederung“ Deutschlands als die sicherste Lösung der deutschen Frage erkannt hatte, hielt er dauerhaft an dieser Lösung fest. Alle anders lautenden Äußerungen, insbesondere die seit 1946 eingeleitete Friedensvertrags-Propaganda, diente diesem Festhalten. Durch diese neue Erkenntnis werden zwei entgegengesetzte bisherige Gewißheiten erschüttert. Zum einen betrifft dies die von vielen, u. a. von Wilfried Loth, noch heute vertretene Überzeugung, Stalin habe nach anfänglichen Schwankungen während des Krieges nach dem Sieg kontinuierlich eine auf die Einheit Deutschlands gerichtete Politik verfolgt. Immer wahrscheinlicher wird die gegenteilige Annahme, daß Stalin unter der Flagge der Einheit die Gründung seines eigenen deutschen Staates und damit die Aufgliederung Deutsch

lands anstrebte; ein Ziel, zu dem sich Vladimir Semenov bereits 1966 in seinem Tagebuch bekannte.¹

Die andere durch die Edition in Frage gestellte Gewißheit betrifft die für die Bundesrepublik konstitutive Überzeugung, Stalin habe aggressiv grenzenlose expansive Ziele verfolgt. Zwar zielte Stalin tatsächlich auf Machtentfaltung, aber immer auf der Basis der Anerkennung der Macht seiner Gegner. Die von Stalin angestrebte Machtentfaltung war aggressiv nach innen (bezogen nicht nur auf die UdSSR, sondern auch auf die von ihr kontrollierten Staaten), aber defensiv nach außen. Für ihn war sie notwendig, um eine Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnung in den von der Roten Armee von der deutschen Herrschaft befreiten Staaten und Gebiete und damit die erneute feindliche Einkreisung der UdSSR zu verhindern.

Seit sich im Herbst 2001 der erfolgreiche Abschluß der Edition abzeichnete, bereiten die beiden Bearbeiter die Fortsetzung dieses Unternehmens vor. Doch obwohl auf allen Seiten die prinzipielle Bereitschaft vorhanden ist, die Edition zunächst mit einem vierten Band fortzusetzen und diese Absicht die Unterstützung der Gemeinsamen Deutsch-Russischen Historikerkommission findet, ist es bisher nicht gelungen, eine beide Kooperationspartner gleichermaßen bindende Vereinbarung über die Grundlagen der Edition abzuschließen, die die Kompromißlösungen fixiert, die während der zehnjährigen Arbeit an den ersten drei Bänden gefunden wurden. Dies betrifft zum einen die Bereitstellung eines Auszugs aus den Findhilfsmitteln, der unverzichtbar ist, solange diese für einen der beiden Editionspartner unzugänglich bleiben. Wie bei der Vorbereitung der ersten drei Bände muß ein solches Verzeichnis sämtliche Deutschland und den geplanten Editionszeitraum betreffenden Akteneinheiten aufführen, damit beide Bearbeiter die Möglichkeit erhalten, eine vollständige und freie Auswahl der Dokumente zu treffen, die in den neuen Band aufgenommen werden. Zum anderen muß durch eine solche Vereinbarung auf der Grundlage der geltenden Gesetze der Russischen Föderation eine klare Regelung des Deklassifikationsverfahrens erfolgen, die genau bestimmt, wie die Überprüfung bzw. Aufhebung der Geheimhaltung von Dokumenten beantragt werden kann, die bei ihrer Entstehung vor mehr als 50 Jahren klassifiziert wurde. Der Abschluß einer solchen Vereinbarung, in welcher Form auch immer, ist eine wesentliche Voraussetzung für die Wissenschaftlichkeit der Edition. Der Meinungsaustausch zu diesen offenen Fragen, der bereits vor mehreren Jahren begann, konnte im Zusammenhang mit der Vorstellung der deutschen Ausgabe wesentlich vertieft werden. Hilfreich war in diesem Zusammenhang die Vermittlung der deutschen Erfahrungen mit der Vorbereitung von Akteneditionen durch das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes. Dessen Leiter Ludwig Biewer betonte, „daß die möglichst weitreichende Offenlegen und Zugänglichmachen von staatlichem Schriftgut unter

1 Von Chruščev bis Gorbačev. Aus dem Tagebuch des außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafters und stellvertretenden Ministers für auswärtige Angelegenheiten V.S. Semenov, eingeleitet von E.V. Semeonova und B.L. Chavkin, in: *Novaj i novajsaja istoria*, 2004, H. 3, S. 96-136, hier S. 122.

Wahrung berechtigter und gesetzlich vorgeschriebener Sperrfristen ein wichtiger Beitrag zu Rechtstaatlichkeit und Demokratie ist“ (vgl. die eingangs erwähnte Dokumentation).

Noch sind wir von einer gegenseitigen Nutzung der deutschen und russischen Erfahrungen etwa durch ein Expertengespräch, wie es die Gemeinsame Deutsch-Russische Historikerkommission anregte, weit entfernt. Doch schnelle Wendungen, insbesondere in Hinblick auf den bevorstehenden 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs, bleiben möglich. Eher früher als später wird es zur Fortsetzung der Edition kommen. Die Bearbeiter hegen daran keinen Zweifel.

ZZF-PUBLIKATIONEN 2003/2004

Von 1993 bis 2004 sind in der Reihe „Zeithistorische Studien“, herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung, im Akademie Verlag Berlin (bis Bd. 10) und im Böhlau Verlag Köln/Weimar/Wien (ab Bd. 11) insgesamt 27 Bände veröffentlicht worden, fünf davon in den Jahren 2003 und 2004.

Bd. 23

Thomas Lindenberger

Volkspolizei. Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat, 1952–1968

503 S., 49,90 €

Wie in jeder modernen Gesellschaft gab es in der DDR eine „öffentliche“, uniformierte Polizei, die im Alltag „Ordnung und Sicherheit“ zu gewährleisten hatte. In den Forschungen zur Geschichte der zweiten deutschen Diktatur stand ihre Bedeutung bislang im Schatten der allgegenwärtigen Geheimpolizei, der Stasi. Die vorliegende Studie füllt diese Lücke und stellt die erste, auf der äußerst umfangreichen archivalischen Überlieferung vor allem des DDR-Innenministeriums beruhende monographische Untersuchung zur Deutschen Volkspolizei in der Phase des „sozialistischen Aufbaus“ dar.

Direkt den Weisungen der SED-Sicherheitsexperten unterstellt, war die Volkspolizei dennoch ein wichtiges Bindeglied zwischen dem SED-Staat und seinen Bürgern. Fast ausschließlich aus Arbeiterkreisen rekrutiert, sollte sie nicht nur politisch zuverlässig, sondern auch eine Polizei „aus dem Volk und für das Volk“ sein. Oberstes Motto ihrer Arbeitsweise war die „enge Verbindung zur Bevölkerung“. Ihre Symbolfigur im DDR-Alltag war bis in die letzten Tage der DDR der bereits 1952 eingeführte „Abschnittsbevollmächtigte der Deutschen Volkspolizei“, kurz „ABV“. Gerade auf dem Land verkörperte er als gutmütig-gestrenger „Dorfsheriff“ die harmoniesüchtige Utopie einer genuin „sozialistischen Polizei“. Deren repressive Seite in Gestalt der permanenten Überwachung und „erzieherischen“ Sanktionierung nonkonformen Verhaltens zeigt sich besonders deutlich am Beispiel der kriminalpolizeilichen Bekämpfung jugendlicher „Rowdys“ und „Beatfans“.

Bd. 24

Mario Keßler

Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889–1943)

335 S., 39,90 €

In seinem kurzen Leben behauptete sich der Historiker und Politiker Arthur Rosenberg (1889–1943) auf verschiedenen Gebieten. Geboren und aufgewachsen im kaiserlichen Berlin, erwarb er sich früh einen guten Ruf als Althistoriker. Nach dem Bruch mit seinem Herkunftsmilieu, dem assimilierten jüdischen Bürgertum und der deutschnationalen Gelehrtenwelt, wurde er ab 1918 ein führender kommunistischer Politiker, der dem Reichstag und der KPD-Spitze angehörte und dort ultralinke Positionen vertrat. Mitte der zwanziger Jahre gelangte er zu einer realistischeren politischen Haltung und verließ 1927 die KPD. In den folgenden Jahren profilierte er sich als Zeithistoriker und unabhängiger Marxist. Er starb 1943 im New Yorker Exil. Seine Bücher über Aufstieg und Fall der Weimarer Republik, zur Geschichte des Bolschewismus sowie über Demokratie und Sozialismus übten und üben noch immer einen bemerkenswerten Einfluß auf die intellektuellen Debatten zu diesem Thema aus.

Die vorliegende Biographie Arthur Rosenbergs zeichnet auch seine wechselvollen Positionen zum Judentum und zum Zionismus nach.

Bd. 25

Siegfried Lokatis

Der rote Faden.

Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht

391 S., 39,90 €

Warum widmete Walter Ulbricht zehn Jahre lang seine knapp bemessene Freizeit partei-geschichtlichen Fragen? Hatte das Politbüro nichts Besseres zu tun, als über die Redak-tion der Briefe Thälmanns zu beraten? Was stand dahinter, wenn Otto Grotewohls fünf-bändige Geburtstagsausgabe an einer einzigen Fußnote scheiterte, und weshalb schmolz die Pieck-Ausgabe von fünfzehn Bänden auf sechs zusammen? Welche Geheimnisse verbargen sich hinter dem Streit um den richtigen „Charakter der Novemberrevolution“, was durfte man wann über Stalins „Personenkult“ schreiben, und warum lautete die einzig richtige Reihenfolge „Karl und Rosa“?

Im ideologischen Kernbereich der SED konnte jedes falsche Komma ein politischer Fehler sein und ein gestrichener Name einen Kurswechsel andeuten. „Der rote Faden“ führt den Leser in ein untergegangenes Diskurs-Labyrinth, in dem partei-geschichtliche Texte sehr ernst genommen wurden. Im Mittelpunkt steht dabei die achtbändige „Ge-schichte der deutschen Arbeiterbewegung“ von 1966, eine mit einzigartigem Aufwand fabrizierte und verbreitete „Heilige Schrift“ der SED.

Bd. 26

Ulrich Pfeil

Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen.

Die DDR und Frankreich 1949–1990

704 S., 64,90 €

Im Januar 1988 wird der SED-Generalsekretär Erich Honecker in der französischen Hauptstadt Paris mit allen staatlichen Ehren empfangen. Die DDR scheint einen neuen Gipfel internationaler Anerkennung erklommen zu haben. Doch als der französische Staatspräsident François Mitterrand wenige Monate später, am 20. Dezember 1989, zu seinem Gegenbesuch in die DDR kommt, ist Honecker schon nicht mehr an der Macht und der SED-Staat bereits dem Abgrund nahe. Diese Reise gibt bis heute Anlaß zu Spe-kulationen über Frankreichs Haltung zur deutschen Wiedervereinigung und zum Platz der DDR in der französischen Deutschlandpolitik. Paris hatte „Pankow“ bis 1973 offiziell mit diplomatischer Mißachtung behandelt und seine Beziehungen mit der Bundesrepublik schrittweise ausgebaut, so daß viele ab den 70er Jahren vom „couple franco-allemand“ sprachen. Neue Archivfunde dokumentieren jedoch, daß auch die DDR in Frankreichs Deutschlandpolitik eine zentrale Rolle spielte und die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen nicht erst mit der diplomatischen Anerkennung begannen. Heute zeigt sich, daß man es auf politisch-diplomatischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene mit einer asymmetrischen und dynamischen Dreiecksgeschichte im Ost-West-Konflikt zu tun hatte.

Bd. 27

Christoph Classen

Faschismus und Antifaschismus.

Die nationalsozialistische Vergangenheit im ostdeutschen Hörfunk 1945-1953

384 S., 44,90 €

Das antifaschistische Selbstverständnis der DDR gehört seit 1990 zu den umstrittensten Aspekten ihrer Geschichte. Doch im Rahmen der politisch aufgeladenen Debatte, die

letztlich um die Frage von Legitimität oder Illegitimität des ostdeutschen Staates geführt wurde, war eine genaue historische Analyse oft nur wenig gefragt.

Die vorliegende Studie untersucht auf der Grundlage des seinerzeit wichtigsten Massenmediums, des Radios, die öffentliche Auseinandersetzungen mit der jüngsten Vergangenheit in der Nachkriegszeit. Wie wurden Krieg, Verfolgung und Widerstand dargestellt, was war jeweils sagbar und was nicht? Welche politischen und kulturellen Faktoren einerseits und welche biographischen Erfahrungen andererseits prägten das öffentlich verbreitete Geschichtsbild? Zugleich wird die Unterordnung des ostdeutschen Rundfunks unter den Parteiapparat der SED dargestellt und die Frage nach den gesellschaftlichen Wirkungen des Radios aufgeworfen.

Die Untersuchung zeigt, daß die Durchsetzung eines einheitlichen, kommunistisch dominierten Geschichtsbildes innerhalb der SED und ihres verlängerten Armes, des Rundfunks, zunächst auf große Schwierigkeiten stieß. Zwar gelang es bis Anfang der fünfziger Jahre in bemerkenswertem Maße, den Rundfunk auf die Vorgaben der Partei einzuschwören. Doch die Absicht, die sozialistische Umgestaltung mit Hilfe des Radios zu forcieren, scheiterte gerade deshalb weitgehend: Die Hörer wünschten Unterhaltung, nicht Propaganda im Radio, und auch das verbreitete Geschichtsbild orientierte sich zu stark an politischen Zwängen und zu wenig an den Lebenserfahrungen der meisten Deutschen.

WEITERE BUCHPUBLIKATIONEN 2003/2004

Neben den fünf Bänden der Reihe „Zeithistorische Studien“ erschienen in den Jahren 2003/2004 von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ZZF weitere 24 Buchpublikationen und eine CD-Rom.

2003

Konrad H. Jarausch/Michael Geyer, Shattered Past: Reconstructing German Histories, Princeton University Press: Princeton, NJ 2003, 380 S.

Jan Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus (Hg.), Fremde und Fremdsein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Metropol Verlag: Berlin 2003, 376 S.

Simone Barck/Anneke de Rudder/Beate Schmeichel-Falkenberg (Hg.), Jahrhundertsschicksale: Frauen im sowjetischen Exil, Lukas Verlag: Berlin 2003, 275 S.

Simone Barck, Antifa-Geschichte(n). Eine literarische Spurensuche in der DDR der 1950er und 1960er Jahre, Böhlau-Verlag: Köln/Weimar/Wien 2003, 320 S.

Simone Barck/Siegfried Lokatis (Hg.), Fenster zur Welt. Die Geschichte des DDR-Verlages Volk & Welt, Ch. Links Verlag: Berlin 2003, 280 S.

Torsten Diedrich/Hans Hermann Hertle (Hg.), Alarmstufe „Hornisse“. Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni 1953, Metropol Verlag: Berlin 2003, 464 S.

Burghard Ciesla (Hg.), „Freiheit wollen wir!“ Der 17. Juni 1953 in Brandenburg. Eine Dokumentenedition, Ch. Links Verlag: Berlin 2003, 255 S.

Deutschland Radio/Bundeszentrale für politische Bildung/Zentrum für Zeithistorische Forschung (Hg.), 17. Juni 1953: Chronik des Volksaufstandes in der DDR. Bearbeitung: Hans Hermann Hertle und Burghard Ciesla, CD-Rom: Berlin 2003.

Martin Sabrow (Hg.), Abschied von der Nation? Deutsche Geschichte und europäische Zukunft, Akademische Verlagsanstalt: Leipzig 2003, 84 S.

Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hg.), Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945. Beck Verlag: München 2003, 378 S.

Bernd Stöver, Der Kalte Krieg. Beck Verlag: München 2003, 128 S.

Christian Th. Müller, Tausend Tage bei der „Asche“. Unteroffiziere in der NVA. Untersuchungen zu Alltag und Binnenstruktur einer „sozialistischen Armee“, Ch. Links Verlag: Berlin 2003, 428 S.

Georgij Kynin/Jochen Laufer (Hg.), Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1949 (Bd. 3 der russ. Ausgabe). Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Verlag für Internationale Beziehungen: Moskau 2003, 852 S.

Hans-Hermann Hertle, Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, Weltbild: Augsburg 2003 (Lizenzausgabe), 338 S.

2004

André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Deutsche Verlagsanstalt: Stuttgart 2004, 270 S.

Mario Keßler, Exil und Nach-Exil. Vertriebene Intellektuelle im 20. Jahrhundert, VSA: Hamburg 2002, 205 S.

Henrik Bispinck/Jürgen Danyel/Hans-Hermann Hertle/Hermann Wentker (Hg.), Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus, Ch. Links Verlag: Berlin 2004, 344 S.

Edda Ahrberg/Hans-Hermann Hertle/Tobias Hollitzer/Stiftung Aufarbeitung (Hg.), Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, Lit-Verlag: Münster 2004, 212 S.

Martin Sabrow (Hg.), Skandal und Öffentlichkeit. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR, Wallstein Verlag: Göttingen 2004, 270 S.



Konrad H. Jarausch: Buchvorstellung in Berlin am 17. September 2004

Konrad H. Jarausch, *Die Umkehr*. Deutsche Wandlungen 1945 – 1995, Deutsche Verlagsanstalt: München 2004, 504 S.

Jochen Laufer/Georgij Kynin (Hg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage*. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Duncker & Humblot, Berlin 2004 (Bd. 1: 22. Juni 1941 bis 8. Mai 1945; Bd. 2: 9. Mai 1945 bis 3. Oktober 1946; Bd. 3: 6. Oktober 1946 bis 15. Juni 1948).

Hans-Hermann Hertle/Stefan Wolle, *Damals in der DDR. Alltag im Arbeiter- und Bauernstaat*, C. Bertelsmann: München 2004, 318 S.

Klaus Arnold/Christoph Classen (Hg.), *Zwischen Pop und Propaganda. Radio in der DDR*, Ch. Links Verlag: Berlin 2004, 382 S.

AUTORENVERZEICHNIS

Melanie Arndt, M.A., Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Dr. Christoph Classen, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Christian Domnitz, M.A., Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Christopher Görlich, M.A., Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Dr. José M. Faraldo, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Paulina Gulińska, M.A., Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Dr. Hans-Hermann Hertle, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Prof. Dr. Jürgen John, Universität Jena
Dr. Renate Hürtgen, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Prof. Dr. Konrad H. Jarausch, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Dr. Detlef Kannapin, Berlin
Dr. Lars Karl, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Lars-Broder Keil, Redakteur der Tageszeitung „Die Welt“
Dr. Jan-Holger Kirsch, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Prof. Dr. Christoph Kleßmann, Direktor em. des ZZF Potsdam
Dr. Jochen Laufer, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Márton Méhes, M.A., Collegium Hungaricum Berlin
Wolfgang Rackebrandt, M.A., Deutsches Kulturforum Östliches Europa
Annelie Ramsbrock, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Dr. des. Jennifer Schevardo, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Sebastian Seibert, cand. phil., Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Heiner Stahl, M.A., Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Dr. Bernd Stöver, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Irmgard Zündorf, M.A., Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam